

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Blauvorchrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 4.— Mk. pro Laufend für die Gesamtauflage, bei Zellaufgabe 4,50 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Fernsprecher: 2721. Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Reichskanzler hat dem Stichwahlhandel zwischen Nationalliberalen und Zentrum im Ruhrrevier seinen Segen gegeben in einem Brief an den Pastor Weber, worin er „den patriotischen Bemühungen der christlich-nationalen Arbeiter“ Erfolg wünscht.

Zentrum, Konservative und Christlichsoziale proklamieren in mehreren Wahlkreisen, wo Sozialdemokraten und Fortschrittler in Stichwahl stehen, Wahlenthaltung.

Die Spannung zwischen Italien und Frankreich wegen der Beschlagnahme französischer Schiffe dauert an.

Aus Peking wird gemeldet, daß der Hof den Plan der Abdankung der Dynastie preisgibt und den Kampf gegen die Revolution aufnehmen will.

Der geschlossene Kreislauf.

Leipzig, 24. Januar.

Aus Paris wird uns geschrieben: Das neue Ministerium hat am Dienstag von den bürgerlichen Parteien ein einhelliges Vertrauensvotum erhalten. Das bedeutet natürlich nicht, daß alle diese Parteien ihm gleiche Sympathien und Erwartungen entgegenbringen. In der letzten Debatte hat der Radikalsozialist Thalarias, ein dogmatisch verbissener Anhänger der Bulgardemokratie, sogar den Parteimagnaten Bourgeois wegen seines Eintritts in die Regierung angezapft. Aber Bourgeois schlug den indiscreten Sektierer mit der patriotischen Keule nieder. Es gebe Stunden, wo alle handelnden Kräfte der republikanischen Partei alles, was sie trenne, in zweite Reihe, und was sie eine, in die erste stellen müßten.

Daraus geht dreierlei hervor. Erstens, daß Herr Bourgeois und die republikanischen Bourgeois überhaupt die politische Situation als kritisch ansehen, zweitens, daß die Radikalen in einer solchen Stunde nicht für fähig halten, die Verantwortung für die Politik der Republik zu tragen, und drittens, daß der Begriff „republikanische Partei“ eine interessante Erweiterung nach rechts erfahren hat. Seit Waldeck-Rousseau etwa war die Grenze bei den Leuten der demokratischen Allianz, die Progressisten aus der „republikanischen Familie“ ausgestoßen. Heute ist Herr Poincaré Ministerpräsident, Herr Jean Dupuy, der gleich in der „republikanischen Union“ des Senats, die den Progressisten der Deputiertenkammer entspricht, angehört, Außenminister.

Es ist also offiziell, Frankreich hat jetzt ein „nationales“ Ministerium. Herr Poincaré hat dies im ersten Satz seiner Regierungserklärung bestätigt: „Unter den gegenwärtigen Umständen haben wir es als gebieterische Pflicht erachtet, in einem gemeinsamen nationalen Gefühl alle Fraktionen der republikanischen Partei zu vereinigen.“ Ist wirklich „das Vaterland in Gefahr?“ Zweifellos haben die letzten Wo-

nate aller Welt zum Bewußtsein gebracht, welche Gefahren für den Frieden die rivalisierenden kapitalistischen Staaten erzeugen und die bürgerlichen „Friedensfreunde“, unter denen ja Herr Bourgeois die erste Geige spielt, sind etwas kleinlaut geworden. Es ist eine Tatsache, mit der das internationale Proletariat rechnen muß, daß auch in Frankreich in den bestehenden Klassen die Ueberzeugung, daß ein europäischer Krieg unvermeidlich bevorstehe, stark um sich gegriffen hat. Aber die Koalitionsregierung soll nicht nur nach außen imponierend auftreten und die Freunde und Gegner Frankreichs überzeugen, daß die inneren politischen Kämpfe die Schlagkraft der Nation nicht beeinträchtigt haben, sondern namentlich auch die Bourgeoisie und die Mittelklassen beruhigen, bei denen die Parliamentsherrschaft arg in Miskredit gekommen ist. Unstreitig hat die republikanische Staatsform an Vertrauen in allen Schichten eingebüßt, und wenn man auch die unter der Gunst nationalistischer Stimmungen verstärkten bonapartistischen Treibereien, solange der Frieden dauert, für keine ernste Gefahr ansehen kann, so ist doch unleugbar, daß ebenso, wie in den vom Sozialismus nicht genügend erzeugten und von unklaren individualistischen Schlagworten berührten Arbeitermassen eine bedauerliche Geringschätzung der republikanischen Freiheiten um sich gegriffen hat, in der Bourgeoisie der Wunsch nach einem „starken“ Regime, das die Geldschränke vor revolutionären Bewegungen schützt und die ruhige Fortdauer der Lohnsklaverei sichert, immer stärker hervortritt. Schon Cailaux hat das Wort von der „Regierung, die regiert“, geprägt. Das neue Ministerium will dieses Programm verwirklichen und bewahren, daß auch die Republik mit einer starken Autorität vereinbar ist. Daß sich die Radikalen bei diesem Unternehmen freiwillig in den Hintergrund gestellt haben, muß die Mißachtung, die ihnen die Bourgeoisie entgegenbringt, noch steigern.

Es dürfte sich in der Geschichte der parlamentarischen Staaten wohl kaum ein Beispiel finden, daß eine Partei, die der Zahl nach die stärkste der Volksvertretung ist, ohne den Zwang revolutionärer Ereignisse derart kleinmütig die Herrschaft Leuten in die Hände gibt, die sie kurz vor dem noch als Feinde der Staatsordnung in Bann getan hat. Von den neuen Ministern sind, von den genannten zwei Progressisten abgesehen, auch die offiziell zu den „Linkenrepublikanern“ gerechneten Gegner oder Abtrünnlinge der verflochtenen Blockpolitik. Außer Bourgeois kann nur der ehemalige Unterrichtsminister Steeg, ein hiederländischer „Freidenker“, dem man das Portefeuille des Innern übergeben hat, weil die Radikalen die reaktionären Tendenzen seiner Briand'schen Administration noch in unangenehmer Erinnerung hatten, zu den Getreuen der radikalen Reformdemokratie gerechnet werden. Von Millerand rührt bekanntlich das Wort vom „verworfenen“ System Combes her, DeLacasse hat immer strebend sich bemüht, seine Stellung als „nationaler“ Politiker durch kein Engagement in der inneren Politik zu gefährden, Herr Klotz ist zwar bei der radikalsozialistischen Linken eingeschrieben, aber ein Schlingling der Großfinanz, Herr Briand genießt Vertrauen bis in die Salons der bonapartistischen Aristokratie, die von ihm den Ausgleich der Republik mit dem Vatikan erwartet hat

und der neue Unterrichtsminister Guisthau ist jaft einer seiner Intimen. Bleiben nur noch der „linksdemokratische“ Senator Boms im Ackerbaureffort und der Handelsminister Ferdinand David, der zu den Rechtsradikalen der Kammer gehört — beide der repräsentativen politischen Persönlichkeit ermangelnd. Kennt man die Namen, um deren Willen die bürgerliche Presse die neue Regierung zum „großen Ministerium“ gestempelt hat: Poincaré, Briand, Delcassé, Millerand, Bourgeois, so klingt nur im letzten die Erinnerung an die Bestrebungen und Hoffnungen der radikalen Reformdemokratie wider — und Herr Bourgeois ist ein müder Mann und sibt abseits in einem stillen Amt.

Ein „großes“ Ministerium dieser Art konnte kein andres als ein kleines Programm vorlegen. Darum wird ihm niemand einen Vorwurf machen und sogar die Anerkennung einer gewissen politischen Ehrlichkeit verlagern können. In der Politik können sich ja gerade die reichen Leute gestatten, mit Wasser zu lachen. Herr Poincaré und seine Leute wollen vor allem zwei Gegenstände erledigen, die zweifellos derzeit die dringendsten Aufgaben der französischen Politik sind: den deutsch-französischen Vertrag und die Regelung des Verhältnisses zu Spanien in der äußeren und die Wahlreform in der inneren Politik. Allerdings bewegt sich der Satz über diese in überaus allgemeinen Wendungen: die Ankündigung einer „Reform“, die den politischen Parteien eine exaktere Vertretung verbürgt und den Gewählten die nötige Freiheit gibt, scheint um das Prinzip des Proporz mehr herumzuschleichen, statt auf dieses gerade loszugehen. Und über noch scheint es um die meisten andern „Reformen“ zu stehen, bei denen ein Tropfen des radikalen Prinzips in einem Schffel Whrasenwassers aufgelöst wird. Daß die „Weltlichkeit“ der Schule „geschützt“ werden soll, ist selbstverständlich, dafür scheint der „skrupulöse Respekt vor der Gewissensfreiheit“ mehr auf eine Beruhigung der Radikalen abzuwirken. Die Erhebung der Einkommensteuer soll natürlich im Senat beschleunigt werden. Das Versprechen, daß sie „kein vegetarisches Verfahren“ enthalten soll, bedeutet das Versprechen an die Großfinanz, den Kapitalisten das Privileg der Steuerhinterziehung zu belassen. Die von der Kammer beschlossene und ins Finanzgesetz einverleibte Altersversicherung nimmt die Regierung nicht unzuweilig in ihr Programm auf, sondern sie verspricht nur, „nichts zu vernachlässigen, um auf diesem Gebiet ein Einvernehmen zwischen beiden Versammlungen schnelligst herbeizuführen“. Und noch unverbindlicher sind die Redensarten über die Invalidenversicherung.

Wenn das Ministerium Poincaré weniger versprochen hat, als frühere, mehr an die bourgeoisradikale Tradition gebundene Kabinette, so hat es immerhin von offenen Drohungen gegen die Arbeiterklasse abgesehen. Das bedeutet natürlich nicht, daß diese „nationale“ Regierung nicht eine ausgebildete bürgerliche Klassenregierung sein wird. Aber vermutlich wird es ein paar bescheidene Gesten des „apaisement“, der „Beruhigung“ Briand'schen Stils, auch für das Proletariat herit haben. Die Begnadigung des „Camelot du roi“ Lacour, der seinerzeit auf Briand ein „Attentat“ unternommen hat, ist wohl ein Vorspiel zu einer Amnestie, die den vielen politischen Verurteilten der reno-

Feuilleton.

Die Inselbauern.

Roman von August Strindberg.

10] [Nachdruck verboten.]

Die Ankunft der Städter unterließ nicht, ihren Einfluß auf Sinne und Sitten der Inselbauern auszuüben. Täglich Menschen vor sich zu sehen, die feittäglich gekleidet waren, jeden Tag zum Sonntag machten, ohne Ziel spazieren gingen und ruberten, badeten und musizierten; sich die Zeit vertrieben, als gebe es keinen Kummer, keine Arbeit in der Welt — das erregte anfangs keinen Reiz, sondern nur Erstaunen; Erstaunen darüber, daß das Leben sich so gestalten könne; Erstaunen über Menschen, die ihr Dasein so angenehm und ruhig, so rein und fein vor allem einzurichten vermochten, ohne daß man sagen konnte, sie hätten andern Unrecht getan oder Arme geplündert.

Ohne sich dessen bewußt zu werden, fingen die Inselbauern an, sich stillen Träumen hinzugeben; verstoßene Blicke nach der Großstuga zu werfen. Sahen sie ein helles Sommerkleid auf der Wiese aufleuchten, blieben sie stehen und weideten sich an dem Anblick wie an etwas Schönerem. Gewahrten sie einen weißen Schleier um einen italienischen Strohhut, ein rotes Seidenband um einen schlanken Leib, in einem Boot auf der Bucht, zwischen den Fichten des Waldes, wurden sie still und andächtig vor Sehnsucht nach einem unbekanntem Etwas, das sie nicht zu hoffen wagten, zu dem sie sich aber hingezogen fühlten.

Gespräch und Lärm unten in der Küche und der alten Stuga nahmen eine stillere Art an. Carlsson erschien beständig in reinem, weißem Hemd, hatte auch wochentags eine blaue Tuchmütze auf und nahm allmählich das Aussehen eines Verwalters an; hatte einen Bleistift in der Brusttasche oder hinterm Ohr und rauchte oft eine leichte Zigarre.

Gustav zog sich dagegen zurück, hielt sich so abseits wie möglich, um nicht zu Vergleichs Anlaß zu geben; sprach bitter von Städtern im allgemeinen; mußte sich und andre öfters als früher an das Geld auf der Bank erinnern; machte weite Bogen, um an der Großstuga vorbeizukommen und den hellen Kleidern auszuweichen.

Rundquist ging mit finstern Gesicht umher, hielt sich meist in der Schmiede auf und erklärte, er frage den Teufel nach der ganzen Welt, und sei es die Königinwitwe selber.

Norman dagegen holte seine Soldatenmütze hervor, schnallte den Hungerriemen über das Wams und schlug Haken um den Brunnen, wohin die Mägde der Herrschaft morgens und abends zu kommen pflegten.

Am schlimmsten kamen Alara und Lotte weg; die sahen bald alle Mannsleute feige abfallen, um zu den Mägden der Herrschaft überzugehen, die sich auf Briefen Fräulein nennen saßen und im Hut nach Dalard, dem Bader, stuhren. Alara und Lotte mußten nachsich gehen; im Viehhof war es so schmutzig, daß sie ihre Stiefel bald verdorben hätten; auf der Wiese und in der Küche war es zu heiß, um beschützt zu sein. Sie trugen dunkle Kleider und konnten sich nicht einmal eine weiße Paffe erlauben, infolge von Schweiß, Ruß, Spreu. Alara machte einen Versuch mit Manschetten, kam aber übel an; sie wurde sofort entlarvt, und man lachte lange über sie, daß sie sich in Wettstreit eingelassen. Doch am Sonntag

hielten Alara und Lotte sich schadlos; da legten sie einen Eiser für den Kirchgang an den Tag, wie man seit Jahr und Tag nicht gesehen; nur um ihre besten Kleider anziehen zu können.

Carlsson machte sich immer etwas beim Professor zu schaffen; blieb stets am Vorbau stehen, wenn jemand dort sah; fragte nach dem Befinden; sagte schönes Wetter voraus; schlug Ausflüge vor; gab Ratsschlüge und Aufschlüsse über die Seefischerei. Dann und wann bekam er ein Glas Bier oder einen Kognak. Die andern beschuldigten ihn bald, halblaut, er schmaroze.

Am Sonnabend, wenn die Köchin der Herrschaft nach dem Badeort Dalard fuhr, um einzukaufen, entstand ein Meinungsaustrausch, wer sie rubern sollte. Carlsson entschied die Sache ganz einfach zu seinen Gunsten, denn das kleine, schwarze, weishäutige Mädchen hatte es ihm angetan. Als die Alte ihm Vorstellungen machte, der erste und wichtigste Mann auf dem Hof dürfe sich nicht mit solchen kleinen Diensten befassen, antwortete Carlsson, der Professor habe ihn eigens gebeten, weil wichtige Briefe zur Post müßten. Gustav verriet wider Willen, daß auch ihm daran gelegen sei, den Boten zu machen, indem er vorschlug, die Briefe sollten ihm anvertraut werden.

Carlsson aber erklärte bestimmt, er könne unmöglich zugeben, daß der Hausherr Knechtsdienste verrichte; das gebe den Leuten nur Stoff zum Klatschen. Und dabei blieb es.

Der Dalardboten zu machen, hatte seine Vorteile, die der findige Alara im voraus ausgespart. Zuerst war man allein mit einem Mädchen auf See und konnte ungestört mit ihr schwätzen und schäkern. Dann folgten Bewirtung und Trinkgelber. Und im Badeort konnte er sich alle Kaufleute ver-

tionären Richtungen — vor allem Hervé — und den Gewerkschaften zugute kommen wird.

Die geeinigten Sozialisten haben sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum enthalten, nachdem sie von Genossen Mistral eine Erklärung hatten verlesen lassen, die die Abrechnung über die auswärtige Politik für die Zeit nach Erledigung des deutsch-französischen Abkommens vorbehaltlich und die Intervention in den wichtigen Fragen der inneren Politik und sozialen Reform ankündigt. Die Erklärung schließt: „Wir haben keine Illusion über die Tendenz der Regierung. Wir sind überzeugt, daß die jetzige Kombination die natürliche Folge und das deutlichste Symptom der Zerstückelung der radikalen Partei ist, die sich seit Jahren vollzieht. Nachdem sie den Plänen der Reaktion und der Sozialkonservativen gedient hat, dankt sie offiziell in ihre Hände ab. Die radikale Demokratie dankt endgültig ab. Wir aber kämpfen ohne Ruft weiter, um die Arbeiterklasse und die Demokratie gegen die Konsequenzen dieser Politik zu verteidigen.“

Die Radikalen hörten die Verlesung dieses Todesurteils mit Mißvergügen, aber ohne Mut zu lautem Widerspruch an. Am Tage vorher hatte es ihnen ja Camille Pellétan selbst im Parliamentsamt verkündigt. Zuerst aber hatte Dienstag in der Humanität die treffenden Sätze geschrieben: „Mit stiller, durchdringender Kraft bemächtigt sich der Konservatismus der Bourgeoisrepublik. Was wir morgen haben werden, wird ein neuer Minimalismus sein, vielleicht in der Form weniger provokant als der einstige, eben darum, weil er nicht mehr dem Widerstand eines kraftvollen Radikalismus begegnet, aber im Grunde gefährlicher, weil er durch die zersetzten radikalen Kräfte verstärkt wird.“ Welches Ende der Blokkadierung! Welche Lektion auch für deutsche Sozialisten!

Der italienisch-türkische Krieg.

Zum Konflikt zwischen Frankreich und Italien.

Bei beiden Beschlagnahmen der französischen Schiffe durch die Italiener handelt es sich um „relative Konterbande“. Die Karteage führte Fahrzeuge an Bord, die wohl zur Kriegsführung, aber auch zu anderen Zwecken dienen können. Es müßte also erwiesen werden, daß sie für die türkischen Streitkräfte bestimmt waren. Auf der Manuba wiederum waren 20 Türlen eingeschiff, die behaupten, Krankenpfleger des „Roten Halbmonds“ zu sein, dagegen behauptet die italienische Regierung auf Grund der Aufhänge ihrer Spione, es seien verkleidete türkische Offiziere. Beide Schiffe waren auf dem Wege nicht etwa nach einem Hafen von Tripolis, sondern nach einem französischen Hafen in der Kolonie Tuni. Dazu kommt, daß beide Dampfer den französischen Postdienst versehen und es Gewohnheitsrecht ist, solche Schiffe mit besonderer Vorsicht zu behandeln, eine etwa gebotene Durchsuchung durch die Kriegführenden mit aller Rücksicht vorzunehmen, damit die Besatzung des Postdienstes möglichst ungestört verbleibe.

Im Falle der Carthago haben die italienischen Gesandten ihre Blamose bereits insofern eingestanden, als die Regierung die Freigabe der Flugschiffe anordnete auf eine Versicherung nicht etwa der französischen Behörden, sondern des Vaters des Flugschiffers, für den sie bestimmt waren, daß die Fahrzeuge nicht im Dienste der Türkei verwendet werden. Im Falle der Manuba verpflichtete sich die Angelegenheit dadurch, daß die 20 Türlen den italienischen Behörden ausgeliefert worden sind, worauf das Schiff freigegeben wurde. Die Auslieferung ist die Folge einer Schamapere bei französischen Auswärtigen Amtes; dieselbe landte zu den französischen Konsul in Gagliari, einem italienischen Hafen, in den das Schiff geschleppt worden war, eine diffidierte Depesche, wonach die Auslieferung zu verweigern war. Die Depesche kam indessen nicht an, was nicht zu entziffern und der Konsul willigte trotzdem in die Auslieferung. Jetzt erklärt die französische Regierung: die Türlen sollen als Reisende unter dem Schutze der französischen Flagge; beschuldigt man sie der Täuschung, am Kriege teilzunehmen, so muß diese Anschuldigung von französischen Behörden geprüft werden; daher fordert Frankreich die sofortige Auslieferung der unrechtmäßig von den Italienern Gefangenen an Frankreich. Dagegen erklärt die italienische Regierung, sie selbst werde untersuchen, ob die Gefangenen Kombattanten seien oder nicht.

Zu den Verhandlungen über diesen Punkt liegen folgende Meldungen vor:

Paris, 24. Januar. Es herrschte allgemein die Ansicht, daß die Unterhandlungen zwischen der französischen und der italienischen Regierung über den Manuba-Zwischenfall erst heute noch der Rücksicht des französischen Botschafters Barrère nach Rom aufgenommen werden würden. Auf beiden Seiten scheint man jedoch den Wunsch nach einer schnelleren Regelung des bebauerndsten Zwischenfalls zu haben, da schon gestern eine Unterredung in Rom stattfand. In französischen politischen Kreisen ist man noch wie vor der Ansicht, daß der freundschaffliche Geist, von dem bisher die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen getragen waren, dafür bürgt, daß der Zwischenfall eine befriedigende Lösung finde.

Die französische Presse führt indessen eine sehr scharfe Sprache. So schreibt die Liberté, ein Blatt, das der Regierung nahe steht:

Die französische Regierung kann von ihren der Gerechtigkeit, den Gesetzen und der nationalen Würde entsprechenden Pflichten nicht ablassen. Wenn Italien gegen alle Erwartung auf die Forderung

rungen Frankreich eine ablehnende Antwort erteilen sollte, so würde die französische Regierung sich gezwungen sehen, sofort und in einschneidender Weise den Charakter und ihre Beziehungen zu Italien zu ändern. Die erste Maßnahme würde offenbar die sein, daß man den Botschafter in Rom, Barrère, zum mindesten in Form eines Umlaubs abberufen würde. Ferner würde Frankreich unverzüglich gewisse Vergeltungs- und Zwangsmaßnahmen ergreifen, alle den Italienern bisher gewährten Privilegien und sonstigen Reichertümern vorübergehend aufheben und eine strenge Überwachung ihrer Umtriebe an den tunesischen Grenzen anordnen. Weiter glaubt das Blatt beständigen zu können, daß die französische Regierung bereits die erforderlichen Weisungen erteilt habe, damit die Schiffabteilungen des Mittelmeergeschwaders sich zum Schutze der Interessen Frankreichs bereit halten, falls sie noch länger bedrängt werden.

Türkische Darstellung des Kampfes bei Gargarech.

Konstantinopel, 23. Januar. Ueber den Kampf bei Gargarech am 18. Januar veröffentlicht Tanin folgenden Bericht aus authentischer türkischer Quelle: Am Morgen rückte eine feindliche Kolonne, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehend, von Gargarech vor, um Janzur zu besetzen. Das türkische Kommando schob sofort türkische und arabische Streitkräfte vor, die die Italiener bei Gargarech angriffen. Der Kampf dauerte 3/4 Stunden. Durch eine Umgehungsmanöver des linken türkischen Flügels wurden die Italiener gezwungen, zwei ihrer Verteidigungsstellungen aufzugeben. Am Nachmittag zogen sie sich auf eine dritte Linie zurück, um Verstärkungen von Tripolis abzuwarten. Gegen Abend unternahm die Türken und Araber einen weiteren Angriff auf den Feind, der bereits Verstärkungen erhalten hatte. Der Nachtkampf gestaltete sich äußerst blutig. Die Italiener mußten schließlich auch die dritte Linie aufgeben und sich bis in die Dose vor die Stadtmauern von Tripolis zurückziehen. Die Italiener hatten 150 Tote und viele Verwundete und liegen auch Kriegsgerät im Stich. Die Türken und Araber hatten 18 Tote und einige Verwundete.

Bombardement an der arabischen Küste.

Konstantinopel, 23. Januar. Die Flotte hat die Nachricht erhalten, daß die Italiener vorgestern Kusitda am Roten Meer beschossen haben. Menschen sind nicht getötet worden. Der Materialschaden ist unbekannt.

Was der Krieg bis heute kostet.

Die Gazzetta Ufficiale veröffentlicht zwei Dekrete über die Kriegsausgaben. Durch das eine wird dem Ministerium ein Kredit von 5 Millionen Lire eröffnet, durch das andere dem Kriegsministerium ein solcher von 20 Millionen Lire. Da durch frühere Dekrete der Marine bereits 10 Millionen und dem Heere 80 Millionen bewilligt worden sind, so ergibt sich ein Gesamtkredit von insgesamt 115 Millionen, der bis zum 31. Januar befristet ist. Auf die Kriegsbauerei berechnet, macht das wenig mehr als 1 Million pro Tag, aber es ist zu bedenken, daß gleichzeitig alle Lagerhäuser fast geleert worden sind und man für ihre Neuausstattung neue Summen fordern wird. Weiter ist die Abnutzung der Kriegsschiffe in Rechnung zu setzen, deren Kessel in hohem Maße leiden, und vor allem ernsthaft aus der Abnutzung der großen Geschütze eine weitere ungeheure Ausgabe. Vorläufig schöpft man aus dem Vorrat, aber sehr bald wird die Erneuerung eines großen Teils des Bestandes nötig sein, und dann wird man genötigt werden, daß die vom Kwanti veranschlagten 2/3 Millionen Tapanlosten der Wirklichkeit sehr nahe kommen. Und dabei gibt es Menschen, die ganz gemächlich mit der mehrjährigen Dauer des Krieges rechnen! Wo soll das Geld herkommen?

Die Revolution in China.

Kampf auf Tod und Leben.

Die englischen Korrespondenten wollen wissen, daß der Hof sich nun endgültig entschlossen habe, alle Verhandlungen mit den Revolutionären abzugeben, die Abdankung des Kaisers nicht zuzulassen und den Kampf auf Tod und Leben auszunehmen. Es soll in erster Linie die Kaiserin-Witwe sein, die zu diesem Entschlusse drängt. Eine große Rolle soll dabei der General Fjhangchung, Befehlshaber der kaiserlichen Armee nördlich von Peking, spielen. Er erklärte, daß er lebendig dem Thron verpflichtet sei, und daß er 18 000 Mann disziplinierte Soldaten unter sich habe, die er leicht auf 100 000 bringen könne. Er werde niemals von der sogenannten Republik in Peking Befehle entgegennehmen und würde auf eigene Faust handeln, wenn der Thron abant.

Damit wäre die ganze Aktion Juanchingfais zusammengebrochen. Dieser behauptet nach wie vor, daß die Dynastie den Kampf nicht ausnehmen könne, da ihr die Mittel fehlen. Seine Vermittlerrolle wird jetzt auf beiden Seiten zurückgewiesen. Die Revolutionäre begehren ihn, wohl mit Recht, daß sein ganzes Bestreben dahin ging, sich der diktatorischen Gewalt zu bemächtigen, um die Revolution zu brechen.

So wird denn von neuem mit Eifer auf beiden Seiten gerüstet, wobei jedoch die Revolutionäre bei weitem in günstigerer Lage zu sein scheinen. Sie setzen die Konzentration ihrer Truppen für den Marsch auf Peking fort, der konzentrisch erfolgen soll, vom Süden her und von der Küste. Sie haben dreizehn Dampfer gemietet, um die Dampfmaschinen der Expeditionstruppen an die Schantungküste zu werfen. Die Avantgarde unter General Panitwei ist schon in Tschifu und etwa eine Brigade stark. Es ist auch eine Handgranatenbatterie gebildet aus Fanatikern, die geschworen haben, nicht lebend wieder zurückzukommen.

Die Lage in der Mongolei.

Kirin, 23. Januar. Der Gouverneur weist in einem telegraphischen Bericht an den Thron auf die äußerste Erschöpfung der Provinzialkassen hin, ferner auf die Belagerung der Bevölkerung,

Steuern zu zahlen, auf den Mangel an Verpflegungsmitteln für die durch die Kriegswirtschaft betroffene Bevölkerung. Endlich wird in dem Bericht auf die geringe Truppenzahl und die Ohnmacht der Obrigkeit gegenüber den zunehmenden Mäuereten der Chundshuen hingewiesen. In Anbetracht dieser Sachlage sucht der Gouverneur um seine Entlassung nach.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Friseurgehilfen im Jahre 1911.

Der Zweigverein Leipzig des Verbandes der Friseurgehilfen gibt zum erstenmal einen gedruckten Geschäftsbericht heraus. Aus ihm geht hervor, daß der Zweigverein auch im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl liegt von 120 auf 178; die Einnahme belief sich auf 4205,85 Mk., die Ausgabe auf 3830,48 Mk.; es verbleibt also ein Kasernenbestand von 575,37 Mk.

Dieser Erfolg ist nicht un wesentlich auf die Bemühung der Innung zurückzuführen, den Zweigverein zu zerkleinern. Die Innungsscharfmacher mußten aber erkennen, daß sie mit ihrem Treiben nur Wasser auf die Mühlen des Verbandes lieferten. Der schönste Erfolg des Verbandes ist unzweifelhaft die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges für die Friseurgehilfen. Wo er noch besteht, haben es sich die Gehilfen selbst zuzuschreiben, daß sie bis jetzt nicht den Weg zur Organisation fanden. Eine wesentliche Hilfe fanden die organisierten Friseure in ihrem Kampfe bei der Gesamtarbeiterchaft, die durch Unterstützung derjenigen Geschäfte, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt hatten, den Kampf wesentlich erleichterten. Der neue Tarifvertrag wurde mit 140 Geschäftsinhabern abgeschlossen. Bemerkenswert ist, daß der Kampf der Innung gegen die Gehilfen zu einer Spaltung innerhalb der Meisterschaft führte. Die einschlägigeren Geschäftsinhaber mochten das Treiben der Innungsgrößen nicht mitmachen und gründeten eine Vereinigung der Tarifmeister, die sich zur Aufgabe machte: „Aufrechterhaltung von geordneten Tarifverträgen mit dem Verbands der Friseurgehilfen Deutschlands, Schlichtung von Streitigkeiten aus demselben durch Bildung und Unterhaltung einer Schlichtungskommission, Vertretung der Interessen der Mitglieder in gerichtlichen und außergerichtlichen Fragen, Bildung der Mitglieder durch Vorträge und Kurse auf volkswirtschaftlichem und fachlichem Gebiete, Anbahnung von Reformen für das Friseurgewerbe durch gesetzliche Regelung des Berufsstandes und geschäftliche Festlegung der Arbeitszeiten.“

Daß eine auf solchen Grundlagen aufgebaute und wirkende Organisation den Innungsgrößen arge Beschwerden macht, ist selbstverständlich; ist ihnen doch alles, was nur einigermaßen nach Fortschritt riecht, im Innersten verhaßt.

Die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungskommission (3 Gehilfen, 3 Meister) hat mehrere Streitfälle zur Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt.

Einen weiteren Erfolg erzielt die Gehilfen, als die Innung die Gehilfen und Beurlinger am 24. Dezember statt bis 2 Uhr bis abends 8 Uhr beschäftigen wollte, ohne dafür eine Entschädigung in bar oder entsprechende freie Zeit zu gewähren. Die Gehilfen protestierten gegen die nutzlose Verlängerung der Arbeitszeit und wurden auch darin von den Tarifmeistern unterstützt. Die Behörde lehnte daraufhin das Anstehen der Innung rundweg ab.

Eine „fliegende Kasserstube“ wurde anlässlich des achten Genossenschaftstages der Konsumvereine im Volkshaus eröffnet, weil die in nächster Nähe des Volkshauses wohnenden Meister die beschiedenen Forderungen nicht anerkannt hatten. Während der wenigen Tage nahm die „fliegende“ 247,88 Mk. ein.

Die Meister besuchten an den Vormittagsversammlungen 64 Mitglieder, am Nachmittag waren über 100 beteiligt.

Selbstverständlich bestehen auch im Friseurgewerbe noch einige „Standesvertretungen“, Gehilfenvereine, die sich die Erhebung eines „guten Verhältnisses“ zwischen Meister und Gehilfen zur Aufgabe gemacht haben. Worin diese Bestrebungen bestehen, zeigt die Tatsache, daß nach einem von allen Gehilfenvereinigungen gefassten Beschlusse, zur Erreichung des 8-Uhr-Labenschlusses, der Ruhe an dem zweiten Feiertage usw. gemeinsam vorzugehen und zu diesem Zwecke monatlich eine Sitzung abzuhalten, die Klimbimvereine nichts wieder von sich hören ließen und alle Mahnungen unbeachtet blieben. Die Friseure mögen daraus aufs neue die Erkenntnis gewinnen, daß eine wirkliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur im Verband der Friseurgehilfen Deutschlands gewährleistet ist.

brachten, um ihm einen Kunden verschaffte; das brachte immer einen Händedruck ein, einen Schnaps hier, eine Zigarre dort; auch fiel ein gewisser Schein von Ansehen auf den, der Aufträge vom Professor zu besorgen hatte, am Wochenende sein Gutleitend war und sich in Gesellschaft eines Fräuleins von Stockholm befand.

Die Fahrten nach Dalars fanden jedoch nur einmal in der Woche statt und hatten keinen störenden Einfluß auf den regelmäßigen Gang der Arbeit. Carlsson war nämlich so pfliffig, die Tage, an denen er dort war, den Burschen die Arbeit in Akford zu geben: sie mußten so und so viele Klaster entwässern, so und so viele Acker pflügen, so und so viele Bäume fällen; dann waren sie frei. Die Leute gingen mit Vergnügen darauf ein, denn auf diese Weise konnten sie schon zur Respektzeit fertig sein.

Bei solchen Gelegenheiten, wenn die Arbeit zugemessen und die geleistete geprüft werden mußte, kam der Weisheit und das jetzt eingeführte Notizbuch zu Ehren. Carlsson gewöhnte sich daran, als Verwalter aufzutreten und allmählich die Arbeit auf andre Schultern gleiten zu lassen.

Gleichzeitig richtete er sich auf der Kammer wie in seinem eigenen Junggesellenzimmer ein. Tabakrauchen war längst eingeführt; auf den Tisch am Fenster hatte er ein grünes Täschentintenfaß, Federhalter, Bleifeder, einige Bogen Postpapier aufgeschichtet und mit Leuchter und Streichholzgestell geordnet: es sah aus wie ein Schreibtisch. Das Fenster ging nach der Großtuga; daran sah er in seinen Erholungsstunden und beobachtete die Bewegungen der Herrschaft; auch konnte er hier zeigen, daß er zu schreiben verstand.

Abends machte er das Fenster auf, legte die Ellbogen aufs Fensterbrett und schmauchte eine Pfeife oder einen

Zigarrenstummel, den er aus der Westentasche hervorluchte. Ober er las ein Wochenblatt. Von unten sah das so aus, als sei er der Hausherr selber.

Wenn es aber dämmerig wurde und er Licht ansteckte, legte er sich aufs Bett und rauchte. Dann kamen die Träume, Klänge vielmehr; die hielten sich auf Umstände auf, die zwar noch nicht eingetreten waren, aber durch eine kleine Befingerung sich vielleicht einstellen konnten.

Als er eines Abends so auf dem Rücken lag und „Schwarze Unter“ quahlte, um die Rücken zu betäuben, während seine Augen sich auf das weiße Kissen hefteten, das die Kleider bedeckte, ließ dieses plötzlich los und fiel zu Boden. Wie den Schakten einer Reihe Soldaten sah er die ganze Garde robe des Verstorbenen an der Wand flammenartig machen; gegen das Fenster und zurück zur Tür, je nachdem das Licht im Zuge flackerte. Carlsson glaubte den Toten in all den Gestalten zu sehen, welche die Kleider auf die karierte Tapete zeichneten. Da kam er in Zoppe aus blauer Bohi und in grauen Tuchhosen, in denen Knie waren, da er mit denen im Trebel am Steuer gefessen, wenn er mit Fischen nach der Stadt segelte, um dann in der „Messingstange“ mit dem Fischkäufer Toddy zu trinken. Hier kam er in schwarzem Gehrock und langen, flatternden Hofen: so ging er zur Kirche, wenn Beichte war; so war er auf Hochzeit, Begräbnis, Rindtause gekleidet. Dort hing die schwarze Jacke aus Schaffell; die hatte er an, wenn er im Herbst und Frühling am Strand stand und Zugnet zog. Dort brüstete sich der große Seehundpelz, der noch Spuren vom Weihnachtschmaus trug. Der Reisezug, mit grünem, gelbem, rotem Wollgarn gefickt, ringelte sich wie die große Seeschlange bis auf den Boden.

Carlsson wurde warm unterm Hemd, wenn er sich in den schönen, seidenweichen Pelz hincindachte; sich vorstellte, wie er auf einem Schlitten übers Eis schoß, eine Kappe aus Seehundsfell auf dem Kopf; wie die Nachbarn den Weihnachtsnachtsgast am Strande mit Feuern und Büchschüssen empfangen; wie er in der warmen Stube den Pelz auszog, um dann im schwarzen Tuchrock dazustehen; wie der Pastor ihn mit du begrüßte und er ganz oben an der Schmalseite des Tischs sitzen durfte, während die Anechte an der Tür standen oder sich aufs Fensterbrett geschwungen hatten.

Die Vorstellungen von den erwünschten Seligkeiten wurden so lebhaft, daß sie Carlsson auf die Beine brachten; ehe er sich dessen bewußt wurde, war er in den Pelz geschlüpft und strich mit der Hand über die Pulswärmer; und es schauerte ihn, als der Kragen seine Wade kitzelte.

Dann zog er den schwarzen Gehrock an und knöpfte ihn zu; stellte seinen Kasterpiegel auf den Stuhl und sah nach, wie der Rock im Rücken saß; steckte die Hand unter den Aufschlag und ging im Zimmer auf und ab. Ein Gefühl von Reichtum verbreitete sich von dem seidenweichen Tuch; etwas Geräumiges, etwas Rundliches, als er zur Probe den Schoß spaltete und sich auf den Betttrand setzte; so tuend, als sei er auf Besuch.

Während er so ganz in berausenden Träumen versunken war, hörte er von draußen plaudernde Stimmen; als er aufhorchte, meckte er, wie sich Idas (das war die hübsche Köchin) und Normans Stimmen verflochten, sich gleichsam schäbelten. Das gab ihm einen Stiß; mit einem Griff hatte er Gehrock und Pelz unter die Kleider hinter das Lakon gehängt; bewaffnete sich mit einer neuen Zigarre und ging die Treppe hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

Leipzig und Umgebung.

Vorbereitung der Fleischergesellen in Kleinschöcher. Nachdem alle glücklichen Versuche, zu einer Einigung zu kommen, gescheitert sind, ist der Kampf unvermeidlich. Es kommen folgende Firmen in Betracht: D. Reerguth, Wigandstraße, sowie dessen Filiale, Wittger Straße; Kühnel und Tils in der Sieberstraße; N. Sasse, Bindorfstraße und Marktstraße Stand 17 (Sonnabends Stand auf der Galerie); Fischer, Bahnhofstraße; Fleischwig, Jungmans und Langendorfs, Diebstr. 10; Dressel, Zahnstraße 29b. Als tariffrei kommen Fritz Grundmann, Antonienstraße, D. Pohle, Wigandstraße und die Fleischer des Konsumvereins in Betracht. Alle übrigen Meister beschäftigen zurzeit keine Gesellen; sie erklären sich bereit, bei Bedarf den Forderungen der Gesellen gerecht zu werden. Es sei noch bemerkt, daß einzelne Meister erklären: Ich bezahle schon mehr, aber aus Prinzip unter-schreibe ich nicht! Einer erklärte: Weht nur erst bei den alten Meistern, die können das, und laßt die Jungen in Ruhe; bei denen scheint also das Prinzip zu herrschen: erst mal aus den Knochen der Gesellen sich bereichern, dann sehen wir uns zur Ruhe! Die Arbeitererschaft möge heraus ihre Schlussfolgerungen ziehen, die Organisation wird weitere Mittelungen machen.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverein Leipzig.

Deutsches Reich.

Wieder eine „griffliche“ Verleumdung festgenagelt.

Der Redakteur der Christlichen Metallarbeiterzeitung, Krause, hatte in seiner Zeitung die schon wiederholt gerichtlich als unwahr festgestellte Behauptung aufgestellt, daß mit Wissen und Willen des Genossen Sasse, des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, jenes vielfach beprobte 30000-Mark-Flugblatt gegen Herrn Brust herausgegeben worden sei. Vor Gericht zitiert, konnte Herr Krause natürlich nichts, auch rein gar nichts als Beweis anführen. Der Verleumder wurde vom Amtsgericht Duisburg zu 100 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung ist kürzlich zurückgezogen und das Urteil rechtskräftig geworden. Krause muß nun laut Gerichtsurteil das Urteil in seiner Metallarbeiterzeitung abdrucken.

Die Tarifabschlüsse in der Zettler- und Porzellanindustrie im Jahre 1911.

Die Tarifbewegung war im letzten Jahre besonders lebhaft. Es wurden inhaltlich bedeutende Tarife für große Berufsgruppen abgeschlossen, unter denen der Dreifachtarif Berlin-Offenbach-Stuttgart in der Lederwarenindustrie an erster Stelle steht. Am 1. Januar 1911 bestanden 52 Tarife für 481 Betriebe mit 7867 Personen. Im Laufe des Jahres schieden 17 Verträge für 307 Betriebe mit 6242 Personen durch Kündigung und durch Anschließung an andere Verträge aus. Der Verband schloß im Jahre 1911 aufs neue 81 Tarife für 518 Betriebe mit insgesamt 10 000 Personen ab. Als neuabschlossene sind 19 Tarife für 63 Betriebe mit 618 Beschäftigten zu verzeichnen und bereits vorhandene Tarife wurden in 12 Fällen für 454 Betriebe mit 6384 Personen erneuert. Das Gros der im Vorjahre abgeschlossenen Tarife, nämlich 29 für 511 Betriebe mit 9001 Beschäftigten, wurde durch friedliche Verhandlung abgeschlossen, und zwar zwei Tarife mit 102 Personen sind durch Streiks zustande gekommen. Der Stand der Tarifverträge am 1. Januar 1912 betrug 80, es sind dadurch in 690 Betrieben mit 11 028 Personen die Arbeits- und Lohnbedingungen tariflich geregelt. Von den einzelnen Sparten dieses Gewerbes stehen mit den Tarifabschlüssen die Lederwarenarbeiter in der Fleischwaren- und Porzellanindustrie mit 18 Verträgen, die 6522 Personen umfassen, im Vordergrunde; denen folgen die Gruppen der Wagen- und Autosattler und die Militäreffektenarbeiter mit noch größeren Ziffern. Die anderen Spezialgruppen sind nur in geringerer Anzahl tariflich erfasst. Die Mitgliederzahl der Organisation betrug am 1. Januar 1912 ca. 13 000, davon stehen 8050, also fast 62, in einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis.

Aus der Steinindustrie.

Die Sandsteinehewer im Königreich Sachsen haben einen schönen Erfolg errungen. Sie konnten sieben einen „Normaltarif“ abschließen, der für etwa tausend Steinehewer gültig sein wird. Die Vorlage der Unternehmer wurde in diesen Punkten umgehändert; es fanden mehr als 20 Stimmungen statt, um den Tarif so zu gestalten, daß er von den Arbeitern angenommen werden konnte. Die Dreifachschläge gestalten sich folgendermaßen: Dresden-Pirna erhält einen Zuschlag von 20 Prozent, Leipzig einen solchen von 15 Prozent, die Städte Chemnitz, Meißen, Plauen und Zwickau erhalten einen Zuschlag von 8 Prozent.

Die Unternehmer mußten den Steinhewer erheblich entgegenkommen, sonst wäre im letzten Augenblick der Tarif noch gescheitert. Einige Unternehmer wollten nämlich mehrere Lohnkürzungen, „einschmuggeln“, was ihnen aber vorbeigelang. Für das Schärfe des Wertzeuges wird den Steinhewer 1 Prozent vom verdienten Lohne vergütet. Unter allen Umständen wollten die Steinhewer an der dreijährigen Tarifdauer festhalten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitern in bestimmter Form abgelehnt, man einigte sich auf eine Tarifdauer von zwei Jahren.

Zuschnneiderzeit in Mainz.

In Mainz sind 44 Konfektionszuschneider ausständig geworden. Die Fabrikanten haben jedem Zuschneider eine Abschrift von einem Schreiben des Verbandes süddeutscher Kleiderfabrikanten zugesandt. Darin wird mitgeteilt, daß der Verband der Fabrikanten den Verband der Schneider nicht als legitimierte Vertretung der Zuschneider anerkennt und daher die Mainzer Fabrikanten mit dem Verband nicht unterhandeln wollen. Es handelt sich also zunächst um Anerkennung der Organisation. Der erste Grund der Differenzen liegt darin, daß die Zuschneider durch die Organisation Forderungen einreichen ließen, die von den Unternehmern in der oben gekennzeichneten Weise beantwortet wurden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband in Sachsen. Wie aus einer Zusammenfassung der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den 4. Bezirk (Sachsen, Altenburg und einige preussische Orte in der Provinz Sachsen) hervorgeht, betrug die Zahl der in Sachsen organisierten Metallarbeiter am Schlusse des Jahres 1911 78 784 und im ganzen Bezirk 82 000. Die Zunahme betrug im letzten Quartal rund 1800 Mitglieder. Die Hauptmasse der organisierten Metallarbeiter stellen natürlich die drei Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig mit 17 502, 17 318 und 16 058, zusammen also 50 874 Mitgliedern; das sind rund 65 Prozent der Gesamtmitgliedschaft in Sachsen.

Anstand.

Der Eisenbahnstreik in Argentinien.

Der Streik der Eisenbahner geht ohne Zwischenfälle weiter. Vertreter der Eisenbahngesellschaften legten dem Präsidenten Saenz Pena die „Gründe“ dar, die sie angeblich verhinderten, alle Ausständigen wieder anzustellen. Wie es heißt, soll den Gesellschaften eine Frist gewährt werden, um den Dienst in normaler Weise wieder einzurichten; nach Ablauf dieser Frist aber soll das Dekret zurückgezogen werden, das die Gesellschaften ermächtigt, während des Streiks Personal zu verwenden, das den vom Gesetz geforderten Bedingungen nicht entspricht. — Es geht das Gerücht, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten demissionieren werde. Die Kammer hat beschlossen, die Regierung von neuem über den Streik zu interpellieren.

Aus der Umgebung.

Zur Stichwahl in Merseburg-Querfurt.

Im Wahlkreis Merseburg-Querfurt soll morgen die Entscheidung fallen zwischen unserm Feindgenossen Pollender und dem „freisinnigen Industriebauer“ Koch, der diesmal den Konfessivakten aus der Stichwahl verdrängt hat. Die Situation ist dadurch nicht viel anders geworden, als vor der Hauptwahl. Bist es doch auch jetzt noch einen ausgesprochenen Agrarier niederzurängen, der sich von dem unterlegenen Junkertum nur durch die vorgehängte volksfreundliche Maske unterscheidet. Es bleibt sich völlig gleich, welcher von den beiden Gutsbesitzern, ob der konservativen oder der freisinnigen, sich um die Stimmen der Wähler mühe bettelt. Agrarier bleibt Agrarier. Keiner kann aus seiner Haut heraus. Die Versprechungen, die man während des Wahlkampfes machte, sind nichts andres, als Leimruten, mit denen man diejenigen fangen möchte, die nicht alle werden. Die Interessen, die der „fortschrittliche“ Agrarier Koch vertritt, können niemals die der Kleinhandwerker, Gewerbetreibenden oder gar der Arbeiter sein. Es gilt deshalb, alles aufzubieten, um auch dem Fortschrittler den verdienten Durchfall zu bereiten.

Im Lager der Freisinnigen ist man nicht besonders zuverlässig gestimmt. Einmal weiß man, daß der Freisinn aus eigener Kraft seine Stimmenzahl nicht steigern kann und daß das Anwachsen seiner Wählerzahl bei der Hauptwahl ein für die Stichwahl nichts mehr bedeutender Protest gegen die konservative Kandidatur war. Dann aber fürchtet man, daß die Konservativen und Nationalliberalen ihre Drohung wahr machen und dem Freisinnigen durch Stimmhaltung zum Durchfall verhelfen könnten. Und wenn es nach dem konservativen Merseburger Kreisblatt geht, ist der Durchfall Kochs besiegelt. Das Blatt ventiliert die Frage, ob ein Konservativer oder Nationalliberaler für den Freisinnigen Stimmen könne, und bemerkt: Daraus ist zu erwidern, daß jeder das tun möge, was er mit seiner politischen Selbstachtung vereinbaren zu können glaubt. Dann wird dem Freisinnigen vorgerechnet, daß sich ihr Kampf doch in der Hauptsache gegen rechts gerichtet habe, und schließlich wird daraus folgender Schluß gezogen:

Es berührt komisch, wenn man gerade in unserm Kreise dem „Genossen“ gegenüber von freisinniger Seite aus sich so spröde zeigt. Am heutigen Tage werden die Freisinnigen die Wahlkreise Dessau und Jerich, zumgunsten der Nationalliberalen, an die „Genossen“ verraten, wie sie Göttinge verraten und Mansfeld zu verraten verstanden haben. Deshalb denn mit einemmal so zimperlich und so „patriotisch“? — Werden die Nationalliberalen nicht feig? Wer es, wie gesagt, mit seiner politischen Selbstachtung vereinbaren kann, für einen Freisinnigen zu stimmen, der tue es immerhin, wer aber noch auf Selbstachtung hält, der bleibe der Urne fern und lasse die Dinge gehen wie sie wollen.

Wird diese Parole befolgt, dann ist der Freisinn im Merseburger Kreise erledigt. Nur ein Ausweg wird Herrn Koch gelassen. Die Konservativen mühen ihm zu, sich zu prostituieren und seine sogenannten Grundzüge völlig zu verleugnen, indem sie ihm erklären:

Es scheint nur noch eine Möglichkeit für die mit ernster Verantwortung beauftragten Vorstände der nationalen Parteien offen zu stehen, weshalb sie im Wahlkreis Merseburg-Querfurt in letzter Stunde für Koch gegen Pollender die Parole ausgeben können, wenn Herr Koch nämlich eine schriftliche Erklärung dahinstellen will, daß er 1. gegen jede Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Kaisergewalt eintritt, 2. für den fortbauenden Zollschutz für Landwirtschaft und Industrie sich erklärt, und 3. Schutz der bürgerlichen Gesellschaft wie des einzelnen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie verlangt. Sollte Herr Koch für diese maßvollen Forderungen sich nicht erklären können, so wird jedem Patriot in jedem Deutsch-Konservativen und jedem Mitgliede der Reichspartei zu empfehlen sein, Stimmhaltung zu „üben“.

Wenn es Herrn Koch aus Unterfarnstied auch schließlich nicht schwer werden würde, eine derartige Verpflichtung einzugehen, so hat er jetzt vor allem auch auf seine eigenen Wähler Rücksicht zu nehmen, von denen es sich wohl ein großer Teil überlegen würde, nach einem derartigen Verrat noch einmal einen Stimmzettel für ihn abzugeben. Die gedrückte Stimmung im Freisinnslager ist nur allzu begreiflich. Auf alle Fälle sind die Aussichten des Fortschrittlers für die Stichwahl äußerst ungünstig, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß morgen Herr Koch denjenigen Weg geht, den Herr Niele-Starstedel am 12. Januar gewandert ist, und Genosse Pollender als Sieger aus der Entscheidungsschlacht hervorgeht. Dazu ist aber nötig, daß unsere Genossen die Situation nach Möglichkeit ausnutzen. Vor allem ist es den Arbeitern zur Pflicht zu machen, bis auf den letzten Mann zur Wahl zu gehen. Auch die auswärtigen Arbeitenden, von denen ein Teil am 12. Januar der Urne fern blieb, müssen sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein und morgen kein Opfer scheuen, um den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Pollender herbeizuführen zu helfen.

Delitzsch-Bitterfeld rot.

Der Reaktionsär Bauermeister ist gefahren. Der Sozialdemokrat Raute ist mit rund 2500 Stimmen Mehrheit gewählt. Das ist der Erfolg der am Montag bei außerordentlich starker Wahlbeteiligung vor sich gegangenen Stichwahl. Nach den letzten Meldungen erhielt unser Genosse Stadtverordneter Gustav Raute 16 264, der konservative Bauermeister 12 084 Stimmen. Das amtliche Resultat der Hauptwahl war folgendes: Raute (Soz.) 12 020, Bauermeister (Metzsp.) 10 089, Eschauer (fortschr. Volksp.) 9370, Guchelgewölz (Volksp.) 281, Baffermann (natl.) 29.

Die Nationalliberalen hatten ihre „Truppen“ zum größten Teil bereits im ersten Treffen dem Reichsparteiler zur Verfügung gestellt, so daß es die Ladung festhalten gilt: Der größere Teil der fortschrittlichen Wähler ist zu den Konservativen übergegangen, während nur der kleinere Teil es erst nahm mit der Niederwerfung des schwarz-blauen Blochs und für unseren Genossen stimmte.

Das muß für unsere Genossen eine Mahnung sein, in ihrer in den letzten Jahren mit lobenswerter Energie betriebenen Organisations- und Aufklärungsarbeit auch in Zukunft nicht nachzulassen, damit der Kreis bei den nächsten Wahlen aus eigener Kraft erhalten bleibe. Delitzsch-Bitterfeld muß unser Feld für immer.

Voritz. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde das Baugesuch des Gastwirts Volter einstimmig befürwortet mit der Bedingung, daß das Gelände außerhalb der Baufluchtlinie unentgeltlich der Gemeinde abgetreten wird. Für die Straße Voritz-Lauda wurden weitere 100 Kubikmeter Steine zum Schlagen angefordert. Weiter wurden für die von Herrn Dürre gelieferten Steine 3 Mark für den Anfuhrer bewilligt. Die alten Kirchbäume auf der Straße Voritz-Grasdorf sollen als Brennholz versteigert und durch neue Obstdäume ersetzt werden.

Leupisch. Feuer brach am Montag Abend in der ersten Stunde in der vierten Etage eines Holzgebäudes der Firma Börling & Mathiesen, Bogenlampenfabrik aus. Der Brand wurde bald bemerkt und blieb durch rechtzeitiges Eingreifen des Hauspersonals auf diesen Raum beschränkt. Die Ortsfeuerwehr brauchte nicht erst in Tätigkeit zu treten.

Eilenburg. Grobfeuer in der Rattunfabrik. Gestern früh brach auf noch unbekanntem Wege im Appretur- und Färbereigebäude der Eilenburger Rattunmanufaktur A.-G. Feuer aus. Vom Nachtwächter, der sich um diese Zeit auf einem Kontrollgang durch die weitläufigen Anlagen des Unternehmens befand, wurde das Auskommen des Feuers zuerst und zwar um 1/4 Uhr bemerkt. Der Wächter holte sofort einige im Fabrikgrundstück wohnende Angehörige herbei, die nun den Versuch unternahmen, das Feuer mit Hilfe von Feuerlöschapparaten im Entstehen zu unterdrücken. Da sich das Feuer, das reiche Nahrung an den in diesem Gebäude in großen Mengen aufgestellten Waren fand, immer weiter ausbreitete, wurde die freiwillige Feuerwehr alarmiert. Die Führer der Feuerwehr und die Polizeiorgane, die an die Alarmierung direkten Anstoß haben, waren kurz nach 4 Uhr am Brandplatz anwesend. Da die Hausanschlässe der Alarmierung noch nicht funktionierten, mußte die freiwillige Feuerwehr nach dem alten System, Stürmen und Nebelhorn, herbeigerufen werden. Infolgedessen giug reichlich Zeit verlorener, bis mit Hilfe mehrerer und äußerst langer Schlauchleitungen die Bekämpfung des Brandes energisch aufgenommen werden konnte. Der Zugang zum eigentlichen Feuerherd war fast unmöglich, da infolge der starken Rauchentwicklung das Gebäude völlig verqualmt war. Die ganze Tätigkeit der Feuerwehr richtete sich einmal auf die Bekämpfung des Brandherdes, auf das Färbereigebäude, und dann auf die Deckung der nicht weit von ihm entfernt liegenden übrigen Fabrikgebäude. Das Färberei- und Appreturgebäude ist bis auf das Erdgesch. das infolge der Betondecken nach dem Obergesch. hin dem Feuer eine Weiterverbreitung unmöglich machte, vollständig ausgebrannt. Der entstandene Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beläuft sich auf etwa 100 000 Mk.

Markranstädt. Tierärztliche Untersuchung der Ziehunde. Der Stadtrat macht bekannt: Nach § 2 Absatz 4 der Polizeiverordnung über die Verwendung von Hunden zum Ziehen sind alljährlich sämtliche Zughunde dem städtischen Tierarzt zur Untersuchung vorzuführen. Die Untersuchung für das Jahr 1911, die im Dezember wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche ausgefallen ist, soll am Freitag, den 26. Januar, vormittags 9 Uhr, auf dem Plage zwischen Rathaus und Kirche stattfinden, und werden die Besitzer von Zughunden aufgefordert, diese zu genannter Zeit in angeführtem Zustande vorzuführen zu lassen. Alle Hunde, die nicht vorgeführt werden oder bei der tierärztlichen Kontrolle als untauglich zur Verwendung als Zughund befunden werden, dürfen von Tage der Untersuchung ab zum Ziehen nicht mehr verwendet werden. Die Bestimmungen über die zeitliche Zulassung von Hunden zum Ziehen sind mitzubringen.

Rehbach. Tierseuche. Unter dem Viehbestande des Gutsbesizers Arthur Arnold in Rehbach, Kreisfreie Nr. 18, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Gemäß § 23 der Verordnung vom 5. Oktober 1908 zum Viehseuchengesetz ist bestimmt, daß die Gemeinde Rehbach den Sperrbezirk bildet und die Gemeinden Hartmannsdorf und Knautsaundorf mit dem Schäferreitgut zum Beobachtungsgebiet gehören.

Lauer. Die Maul- und Klauenseuche ist auch hier unter dem Viehbestande des Rittergutsbesizers Wagner ausgebrochen. Der selbständige Gutsbezirk Lauer bildet den Sperrbezirk, während die Gemeinde Gausch, sowie die selbständigen Gutsbezirke Cospuben und Gausch zum Beobachtungsgebiet gehören.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Das Wahleresultat der Stichwahl im 11. Reichstagswahlkreis stellt sich nach der heute vorgenommenen amtlichen Prüfung wie folgt: Wahlberechtigte 23 348; abgegebene Stimmen 20 698. Es haben Stimmen erhalten: Lipinski (Soz.) 12 840, Dr. Giese (Konf.) 13 328. Ungültig waren 400 Stimmzettel, erspülter 281 Stimmen. Mit einer Mehrheit von 488 Stimmen ist Dr. Giese gewählt.

Das Wahleresultat zur Stichwahl im 14. Reichstagswahlkreis stellt sich nach den amtlichen Ermittlungen wie folgt: Wahlberechtigte 28 071, abgegebene Stimmen 26 651. Davon haben erhalten: Hysse (Soz.) 13 058, v. Rieber 13 081. Ungültig waren 512 Stimmen. v. Rieber ist mit 28 Stimmen Mehrheit gewählt.

Peking, 24. Januar. Juanhikai besuchte heute früh im Geheimen den Kaiser und hatte eine Unterredung mit der Kaiserin-Witwe. Diese, die unter dem Einfluß der jungen Mandchuprinzen steht, erklärte sich für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Juanhikai soll dieser Ansicht beigepunktet und den Rat gegeben haben, die Mandchus sollten zusammenhalten und die nötigen Mittel zum Kampfe beschaffen; man solle aber vor Beginn der Feindseligkeiten den Vornarrsch der Revolutionäre abwarten. Damit sind jedoch die jungen Mitglieder des Kaiserhauses nicht einverstanden. Es wird hauptsächlich behauptet, daß Tschiang, der den Umschwung am Hofe herbeigeführt hat, jetzt die Ermordung Juanhikais anrät und Juanhikais Einfluß für so groß hält, daß man ihm nicht erlauben dürfe, Peking zu verlassen. Juanhikai selbst trifft zu seinem persönlichen Schutz umfassende militärische Vorsichtsmaßregeln. Er hat jetzt vier-tausend Mann seiner eigenen Truppen um sich, während die Mandchus zwölftausend Mann haben. Inessen halten die Mandchus und alle nordchinesischen Truppen zu Juanhikai. Die Gefandtschäfte glauben nicht, daß den extremen Ratschlägen der Mandchuprinzen Folge gegeben wird und daß die Abdankung des Thrones nur einen Aufschub erfahren hat.

Paris, 24. Januar. Dem Echo de Paris zufolge telegraphierte der gestern nachmittag in Rom eingetroffene Botschafter Barère, daß die italienische Regierung die Absicht habe, die Türken freizugeben, sobald ihre Identität festgestellt sei und die nach Cagliari entsandte Kommission, die die Türkei einer medizinischen Prüfung unterziehen sollte, das Ergebnis derselben mitgeteilt habe. In maßgebenden französischen Kreisen erblückt man in diesem Vorgehen einen Beweis dafür, daß die italienische Regierung in ihrer bisherigen beharrlichen Haltung beharre. Das Blatt meldet ferner, daß der französische Geschäftsträger in Rom, Legand, nach dem von ihm begangenen monumentalen Irrtum kaum auf seinem Posten verbleiben werde. Der Ministerpräsident habe gestern eine lange Unterredung mit dem Botschafter Cambon gehabt. Am Quai d'Orsay ständen große Personalveränderungen unmittelbar bevor. Mehrere Blätter greifen den italienischen Botschafter Tittoni sehr lebhaft an und behaupten, es sei sehr unwahrscheinlich, daß er noch lange in Paris bleiben könne.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Müller in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Porsdorfer-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Diese Nummer umfasst 14 Seiten.

Das plötzlich einsetzende Tauwetter hat überall durch Wasserrohr-Brüche grossen Schaden angestiftet. — Wie die Zeitungen berichten, hat eine Firma in Berlin allein Schaden von Mk. 40000 erlitten.

Im Hinblick hierauf erscheint es interessant, dass wir in Leipzig in den letzten Nächten bei unseren Abonnenten eine grosse Anzahl durch das Tauwetter entstandene Wasserrohr-Brüche so zeitig entdeckt haben, dass die sofortige Abstellung der Leitung veranlasst werden konnte, und ist hierdurch in vielen Fällen grosser Schaden verhindert worden.

Wach- und Schliess-Gesellschaft.

1276]

Orts-Berein L.-Gohlis.
Freitag, den 20. Januar, abends 7/9 Uhr
Halbjährige Generalversammlung
im Brauerei-Ausschank Nischau & Co.
Giesbethstraße 17.
Tagesordnung: 1. Rückblick von den Reichstags-
wahlen. Referent: Genosse Panzer. 2. Bericht des
Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 3. Partei-
und Vereinsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch erwartet
Der Vorstand.
NB. Die Generalversammlungsvertreter werden
erlaubt, die Karten zur Kreis-Generalversammlung
an diesem Tage in Empfang zu nehmen. [1311]

Deutscher Arbeiter-Sängerbund : Gau :
Leipzig.
Die Ausgabe des
Geschäftsberichts für 1911
an die Vertreter erfolgt am **Donnerstag, den 25. Januar,**
und **Freitag, den 26. Januar 1912 im Volkshaus.**
Donnerstag, abends von 6 bis 8 Uhr: Zimmer Nr. 4.
Freitag, abends von 6 bis 8 Uhr: Buchhandlungs-Filiale.
Wir bitten dringend alle Vertreter zu erscheinen, weil sich
die Ausgabe verzögert hat.
Der Vorstand.

Familien-Nachrichten

Dank. Zurückgekehrt vom Grabe unserer
teuren Entschlafenen
Fräulein Ida Faust
sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Be-
kannten für den herrlichen Blumenschmuck unseren
herzlichsten Dank aus. Besonders Dank ihrem ver-
ehrten Chef, ihren lieben Kollegen und Kolleginnen
für Kranz, Schleiher, Blumenschmuck und das letzte
ehrenvolle Geleit zu ihrer Ruhestätte. Dank auch
Herrn Pastor Stieler für die trostreichen Worte
am Grabe. Dies alles hat unseren großen Schmerz
gelindert. [1289]
L.-Lindenau, den 28. Januar 1912.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann,
unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn,
Schwager, Onkel und Neffe, der Graveur Herr
Richard Voigt
im Alter von 34 Jahren nach langem schwerem
Leiden im Krankenhaus St. Jakob entschlafen ist.
In tiefer Trauer
L.-Städtisch, Arnoldstr. 20, II., 22. Jan. 1912
Minna verm. Voigt geb. Schneider
nebst Angehörigen. [1292]
Beerdigung Freitag 1/2 11 Uhr auf d. Städtisch. Friedh.

Montag abend entschlief nach längerem
Leiden unser lieber Kollege und Mitarbeiter,
der Graveur
Richard Voigt.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken
bewahren. [1277]
Das Personal der Firma Albert Schmidt:

Nach kurzem Kranksein verschied schnell und
unerwartet im Krankenhaus mein lieber Mann,
unser guter Vater und Schwiegervater
Friedrich Hermann Schreiber
im Alter von 60 Jahren.
L.-Reuschensfeld, den 28. Januar 1912.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet Freitag, den 28. Januar,
vormittags 11 Uhr, statt. [1290]

Nach kurzem schwerem Leiden verschied Montag
unser Mitarbeiter, Herr
Lonis Richard Pursche.
Durch sein freundliches, bescheidenes Wesen hat er
sich unsere Liebe und Achtung erworben und werden
wir sein Andenken jederzeit in Ehren halten.
Das Personal der Firma Emil Baerkaor, Plagwitz.

Am Montag abend 9 Uhr verschied nach kurzem
aber schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter
Vater, Schwiegersohn und Schwager, der Hofkeller
Max Otto Mörtzsch.
Dies selbste tiefbetrübt an
Großdeuben, den 22. Januar 1912
Anna Mörtzsch geb. Barth und Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag, den 28. Januar,
vom Trauerhause aus statt. [1285]

Am 22. Januar verschied nach kurzem Kranken-
lager unser langjähriges Mitglied
Otto Mörtzsch.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
1276] **Ortsverein Großdeuben.**
Beerdigung findet Freitag, mittags 12 Uhr, statt.
Die Genossen treffen sich 1/2 12 Uhr im Vereinslokal.

Western morgen verschied nach kurzem schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter,
Groß- und Schwiegermutter
Frau Maria Wilhelmine Wunderlich
geb. Keller
im 53. Lebensjahre.
Tiefbetrübt zeigt dies hierdurch an [1290]
Gundorf, den 23. Januar 1912
Emil Wunderlich, Restaurateur
im Namen der übrigen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags
2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Metallarbeiter
Verband
Die Bibliothek
Volkshaus, Leipzig
Die Bibliothek
nicht allen Mit-
gliedern unent-
geltlich zur Verfügung und
können Bücher während der
Dauerausleihe entliehen werden
Sonntag, den 28. Januar, vormittags 1/2 11 Uhr
im **Volkshaus**
Projektions-Vortrag
des Herrn Professor Wempe, Oldenburg: Die
Wunderwelt des Mikroskops oder das Leben
der Tier- und Pflanzenwelt im Lichte mikro-
skopischer Beobachtung mit Demonstration mittelst
Projektions-Apparat.
Eintrittskarten à 20 Pfg. sind bei den Ver-
trauensleuten und im Bureau zu haben. [1314]
Fellenarbeiter. Donnerstag, den
25. Jan., abends
8 Uhr, **Versammlung im Volkshaus,**
Jäger Straße 22, Nebenaal, II. St. Tages-
ordnung: Die Antwort der Arbeitgeber
auf unsere eingereichten Forderungen.
Zahlreicher und pünktlicher Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.
Graveure und Ziseleure.
Freitag, den 20. Januar: **Öffentliche**
Versammlung. Tagesordnung: 1. Vor-
trag über Kunstgeschichte. 2. Unfrei-
lingsfrage. [1282]
Bauschlosser, Konstruktionsarbeiter.
Sonntag, den 27. Januar, abends 8 Uhr,
Grosses Winter-Vergnügen im Stablfest-
ment Schloss Draehensfeld, L.-Gohlis, Reuhere
Halle Str. 11. Programme im Vor-
verkauf, erhältlich bei sämtlichen Vertrauens-
leuten, zu 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

An die Hausfrauen von Leipzig
Ich rate meiner Kundschaft, keine zweifel-
haften Nachahmungen zu kaufen, also
z. B. beim Einkauf von Malzkaffee
genau darauf zu achten, daß Sie echten
Kathreiner mit Kneipp-Bild bekommen.
Ich führe nur diese eine, seit über zwanzig
::: Jahren allein bewährte Marke. :::
Hochachtungsvoll
Hugo Geest • Elisenstraße 39.

Verein Gesund- heitspflege L.-Ost + 3 Mohren
Donnerstag, 25. Jan., abends 8 1/2 Uhr, **VORTRAG** über
Gesundheits-Gefahren
unnatürl. Handlungen
im ehel. Geschlechts-
leben und über den
Freier Eintritt für Damen u. Herren. [1282]
Malthusianismus von J. Anton
Lehrreich!
Wichtig!

Monats- Garderoben
welche von Millionären,
Studenten u. Kavallieren
sehr wenig getragen, nach
Maß gearbeitet, zu ganz
bedeutend bill. Inventur-
preis. Jedezeitlänge 12,
16, 18, 22 A, Rockjackett-
Anzüge 10, 12, 14, 16 A,
Halter und Winterpaletots
wegen Räumung zu jedem
Preis. Schrod, Frack u.
Smoking-Anzüge werden
sehr billig verkauft und
auch vertieft. Damen-
garderoben sehr billig.
Friedmann Sainstr. 9, I.
Sonntags 14198
Sonntags d. 5 Uhr geschlossen.

Man steigt nach
Rich. Arnolds Möbelhallen, Leipzig,
Eisenbahnstr. 66-70
wenn man gute und billige Möbel haben will.
Verheirateten Sie sich, so können Sie wirk-
lich nichts Besseres
tun, als sich in meinen groß. Lagern von der riesigen
Auswahl und den großen Vorteilen zu überzeugen,
welche Ihnen geboten werden. Durch große Absatzkräfte
u. Kasseneinkäufe sowie eigene Fabrikation diene ich
jeder Konkurrenz die Spitze. Katalog N. frei. Kosten-
anschläge bereitwilligst. Fernspr. 1478.

Möbel aller Art
Schrank, Kirschbaum . 28 A
Vertiko 34 A
Sofa 30 A
2 frz. Bettst. u. Matr. 88 A
Kücheneinrichtungen bill. so-
wie noch verschied. sof. zu verk.
Plaff. Str. 12 veru. A. Facklam.
Einigung Herbolzstr. 7.

Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse
der Pianoforte-Arbeiter Leipzigs u. Umgeg.
Freitag, den 26. Januar, abends 7/9 Uhr
Generalversammlung
im Restaurant Dorotheenhof, Dorotheenplatz 2.
Tagesordnung: 1. Halbjährlicher Kassenericht.
2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl der auscheidenden
Vorstands- und Ausschussmitglieder. 4. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch erwartet
Der Vorstand.

Turnverein L.-Ostvorstadt.
Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.
Freitag, den 26. Januar, abends 9 Uhr
Generalversammlung
im Restaurant Goldenes Schiffchen
L.-Sofienstraße, Postfischerstraße 20.
Tagesordnung laut Statut.
In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung
ist es Pflicht eines jeden Turngenossen zu erscheinen.
1907] **Der Vorstand.**

inventur- Bedeutend
reduzierte Preise!
Müllers Monats- Garderobe
Jetzt nur Hainstr. 27, 1/2 Tr.
Vom 13. bis 27. Januar

Sie kaufen
nur von feinsten Kava-
lieren, Studenten wenig
getragene, a. Teil auf Selbe
gearbeitete englische Stoffe
Anzüge u. Paletots
die neu bis 100 A gekostet
haben für 8, 12, 15, 18 A
Frack- und Schrodanzüge
auch leichweise.
Kunser, Querstr. 32, I.
Ede Schützenstraße.

Gummiartikel
z. Wohn- u. Krank-Pf.
Batteln, Spülapp., Klattier-
spritz., Leihb., Luftkiss., Monats-
bind., Badhauben, Mass.-Art.,
Halskattch. f. Zahn. Kind. Pröl.
30 A. Auguste Ent. Neumarkt 5.

Telephonisch
Können Inserate nur in ganz
außergewöhnlich dringenden
Fällen angenommen werden.
Für die richtige Wiedergabe
telephonisch aufgegebenen In-
serate leisten wir keine Ga-
rantie.
Expedition d. Leipz. Volksztg.
Es empfiehlt sich, kleine
Inserate auf
Postanweisungen
zu schreiben. Das Porto
beizügt für Beträge bis
5 Mark nur 10 Pfg.

Ämliche Bekanntmachungen.
Ziehfinder-Vorstellung.
Die Ziehfinder-Vorstellung fällt Freitag, den 26. d. M.
aus und findet dafür
Montag, den 29. Januar 1912
von nachmittags 3 Uhr ab [1280*]
Leipzig, am 22. Januar 1912.
Pfl. u. Verw. 140. **Der Rat der Stadt Leipzig.**

Ausverkauf!
Zahn-Atelier
Willy Schult
Peterssteinweg 10, I.
Ecke Münzgasse.
Zellgabeln geru gefastet
Fernspr. 10352.

Monats- Garderobe
emp. v. Herrschaft. u. Student.
wenig getragene, nach Maß
gearbeitete Paletots, Jackett-
u. Gesellschafts-Anzüge (alle
Weiten) à 6, 10, 16, 22 M.,
ebenso Damenkleider jeden
Standes, sportbillig. Gest.
Besuch (ohne Kaufzwang) erb.
= Brühl 18, L. = und
Ebel, Ranst. Steinweg 13.

Politische Uebersicht.

Um die Mandate des Ruhrreviers.

Trotz ihrer Abmachungen haben Nationalliberale und Zentrum doch noch große Angst um den Ausfall der Stichwahlen in den vier Wahlkreisen des Ruhrbezirks, die am Donnerstag entschieden werden.

Köln ist — von einem kleinen Bruchteile der Nationalliberalen abgesehen — durch das Verhalten der liberalen Parteien gestern der Sozialdemokratie angeliefert worden.

Rahleiche mir zugegangene Telegramme aus allen Teilen des Deutschen Reiches lassen erkennen, welche Erbitterung darüber sich der weitesten Kreise der Zentrumspartei, namentlich aber im Ruhrgebiet, wo die Stichwahlen noch bevorstehen, bemächtigt hat.

So sehr ich diese Erbitterung verstehe, bitte ich doch auf das dringendste, derselben bei der Stimmabgabe am 25. Januar in keiner Weise stattzugeben. Ich fordere vielmehr, im Einverständnis mit dem Beirat des Provinzialausschusses, alle Anhänger der Zentrumspartei in den Wahlkreisen Bochum-Gelsenkirchen und Duisburg-Mülheim (Ruhr) hierdurch nachdrücklich auf, bei der Stichwahl bis auf den letzten Mann für die beiden rechtsstehenden nationalliberalen Kandidaten einzutreten und deren Sieg gegenüber der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu sichern.

Das erfordert in diesem Augenblick das vaterländische Interesse, welches überall voranzutreiben muß, und ganz besonders nach die Rücksicht auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, deren geistliche Weiterentwicklung allen einsichtigen Vaterlandsfreunden am Herzen liegen muß.

Köln, 23. Januar 1912.

Karl Trimborn,

Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei.

Herr Trimborn bezwingt also männlich Schmerz und Nachebedürfnis, um des vaterländischen Interesses und um der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wegen. Aufrechter wäre es gewesen, wenn er gesagt hätte, daß für das Zentrum zwei Mandate, Essen und Dortmund auf dem Spiel stehen und sicher verloren gehen, wenn es das Abkommen nicht innewirft.

Ob sie nicht trotzdem verloren gehen, ist noch sehr die Frage. Die Fortschrittler im Wahlkreis Dortmund, die im ersten Wahlgang für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt haben, machen die Parole für das Zentrum nicht mit, sondern haben die Aufforderung ergehen lassen. Keine Stimme dem Zentrumskandidaten! Unzweifel Stimmen haben die Dortmunder Fortschrittler allerdings nicht zu vergeben. Aber bei dem großen Vorsprung der Sozialdemokratie vor dem Zentrum und in der ganzen Situation kann ihre Abstimmung doch von Bedeutung sein.

In dieser Not muß Behm mann helfen. Und er ist auch schnell dazu bereit gewesen. Hat er trotz aller Beschwörungen und Flüche und Lockungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung das Anwerben der Sozialdemokratie auf 99 Mandate nicht verhindern können, so will er wenigstens das Wenige retten, was allenfalls noch zu retten ist. So will er ihr zum mindesten die Ruhrreviermandate abknöpfen helfen. Herr v. Behm mann-Hollweg hat sich daher nach Bülowschem Muster auf die Wahlbeeinflussung durch Briefschreiben gelegt. Er richtete zur Stichwahl ein Schreiben an den Pastor Weber in M. Gladbach, in dem es heißt, er hoffe und wünsche, daß die „patriotischen Bemühungen der christlich-nationalen Arbeiter“ im Ruhrrevier Erfolg haben.

Der Verrat der christlichen Arbeiter an die Scharfmacher des Ruhrreviers hat also den Segen des Kanzlers des schwarz-blauen Blods. Eine feine Empfehlung!

Die Sozialdemokratie kämpft einen harten Kampf gegen diese Machenschaften. Sie wird ihn in Ehren bestehen. Wie die Wahlen am 25. auch ausgehen mögen, die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Wahlkreise an der Ruhr sicherer Besitz der Sozialdemokratie sind, den kein Ruhhandel der Gegner mehr erschüttern kann. Dafür bürgt das starke Wachstum unsrer Partei in diesem gewaltigen Industriegebiet, das das aller andern Parteien weit hinter sich läßt.

Deutsches Reich.

Der 12 000-Mark-Graf.

Nichts kennzeichnet besser die Verwahrlosung des Liberalismus in Deutschland, als die Sucht der Liberalen, Rückhalt bei den Nachhabern zu finden, indem sie bald diesen, bald jenen Bureaucraten als von „liberalem Geiste befeelt“ hinflecken. Bülow galt ihnen als liberal, dem Freiherrn v. Marschall wird noch jetzt dieses Etikett angehängt und auch Herr v. Posadowsky steht bei ihnen im Geruche des Liberalismus. Diese letzte Zerung ist um so komischer, als der edle Graf ein für allemal gebrandmarkt ist durch die Zucht hausvorlage, die er durchzuführen suchte. Das wird noch verschlimmert durch die Tatsache, daß dieser Mann nicht davor zurückschreckte, aus der Kasse des Reichsverbands Mittel zu schöpfen, um Propaganda für dieses Schandgesetz zu treiben. Wie erinnerlich hat er es über sich gebracht, den Verband anzuschreiben. Unser Blatt brachte am 21. Oktober 1900 einen Brief des Generalsekretärs Bued zum Abdruck, in dem dieser schrieb:

Das Reichsamt des Innern hat mir persönlich gegenüber den Wunsch geäußert, daß die Industrie ihm 12 000 Mark zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zur Verfügung stellen möchte.

Graf Posadowsky erhielt das Geld und ließ dafür Subskriptionen gegen die Arbeiterschaft verbreiten, die an Verlogenheit alles übertrafen, was der Reichsverband jemals fertig gebracht hat.

Und jetzt wurde der Mann mit dieser schmutzigen Vergangenheit aufgestellt und gewählt als — liberaler Reichstagskandidat! Allerdings, der Herr Graf versicherte in Vielefeld, daß er jetzt ein solches Gesetz nicht mehr befürworten würde, daß er es damals nur ertreten hat, weil er es von

seinem Amtsvorgänger übernommen hatte. Das sind leere Ausflüchte, denn selbst vom rein bürokratischen Standpunkt aus war die Schnorrerei bei dem Reichsverband ein Skandal, der seinesgleichen sucht.

In den letzten Tagen hat dann der Herr Graf in Köln sich als Beschützer des Zentrums aufgespielt, um das „deutsche Rom“ vor den Sozialdemokraten zu retten. Das ist vorbeigelungen. Aber die Art und Weise, wie er den Kampf führte, beweist am besten, daß nicht der „Geist des Liberalismus“, wohl aber der Geist des Reichsverbands ihn nach wie vor befeelt. Seine Kölner Rede war nichts weiter als eine ordinäre Paule gegen die „rote Gefahr“. Er erklärte sich, ganz im Sinne der Scharfmacher, die Wähler, die in der Stichwahl für die Sozialdemokratie eintreten, zu beschimpfen, genau wie der erste beste Agitator des Reichsverbands. Man rühmt dem Grafen nach, daß er etwas von Sozialpolitik verstehe. In Köln aber stellte er sich hin und behauptete, das Zentrum habe niemals mit der Sozialpolitik politische Geschäfte getrieben, eine Behauptung, die bei jedem, der nicht gänzlich die Komödie mit der Witwen- und Waisenversorgung aus den Ueberschüssen der Kornzölle vergessen hat, die größte Heiterkeit erwecken muß. Auch in der Steuerpolitik erweist er sich als exzeptionär: er verteidigte die Steuermaße des Schnapsbloks mit der komischen Behauptung, es wäre falsch, wenn man die besitzenden Klassen allein hätte treffen wollen, denn dadurch schaffe man privilegierte Klassen! Diese Weisheit müßte er sich patentieren lassen.

Es taucht das Gerücht auf, daß die bürgerlichen Parteien den Mann mit der durch die 12 000-Mark-Affäre ramponierten Reputation zum Präsidenten des Reichstags ausersehen haben. Wir glauben nicht recht daran, da ein Präsident, der keine geschlossene Partei hinter sich hat, nicht gut denkbar ist, aber es würde sicher ein solcher Präsident den Tiefstand der bürgerlichen Parteipolitik recht gut personifizieren.

Noch ein Röder für die Stichwahlen?

Nach einer anscheinend offiziellen Meldung soll die 1909 abgelehnte Erbschaftsteuer angeblich eine fröhliche Aufregung erleben. Der Bundestag soll sich danach demnächst mit einer Erbschaftsteuervorlage beschäftigen, die dem Reichstag alsbald zugehen soll. Die verbündeten Regierungen würden versuchen, die Vorlage unter allen Umständen durchzusetzen, da die Steuer zur Deckung der Kosten der neuen Flotten- und der neuen Militärvorlage bestimmt sei und nicht nur für das geeignetste, sondern auch für das allein empfehlenswerte Mittel, die Kosten der neuen Heeres- und Flottenverfärgung zu decken, gehalten werden müsse.

Man scheint die Heeres- und Marinevorlage auf diese Art dem Volke schmachtender machen zu wollen! Wird aber nicht gelingen.

Die Junker übrigens protestieren schon heftig. Die Deutsche Tageszeitung bemerkt in einem Leitartikel zu der Sache: „Wollte die Regierung gegenüber dieser Sachlage die Heeres- und Flottenvorlage mit einer Erbschaftsteuer verknüpfen, so würde sie doch ungefähr das Unklügste tun, was sich überhaupt nur denken läßt; und sie würde die Wehrmachtsvorlagen vermutlich ernsthaft gefährden.“

Das heißt, den Junkern sind alle „nationalen“ Fragen und das, was sie sonst das Interesse der Landesverteidigung nennen, durchaus gleichgültig, sobald sie den Krepel bezahlen sollen. Dann tritt die Sorge für das Portemonnaie vor die für das angeblich bedrohte Vaterland. Dann werden sie selbst mit den vermaledeiten Katen gegen die ganze Sache stimmen! Welche Patrioten! Und welche Angst vor dem Zahlen und vor der Erschwerung der Steuerdefraudation!

Natürlich wird Behm mann sich angefallen dieser patriotischen Opposition die Angelegenheit nochmals reichlich überlegen. Und schließlich finden, daß die Zahlungspflicht der breiten Massen für die Junker auch eine der „gottgewollten Abhängigkeiten“ ist. Aber erst nach den letzten Stichwahlen!

Rache für Köln!

Der Verlust des Kölner Mandats hat das Zentrum schwer getroffen. Noch am Vorabend der Wahl hatte die Kölnische Volkszeitung in einem letzten verzweifelten Appell an die Wähler erklärt:

Alle Augen im Reiche blicken nun vor allem auf Köln. Das alte heilige Köln muß und wird auch seine Ehre wahren!

Am Dienstag aber mußte das Zentrumsblatt also klagen:

Köln von den Nationalliberalen der Sozialdemokratie ausgeliefert! Das ist das Ergebnis der heutigen Stichwahl in Köln. Die Planmenschen sind es weithin in die deutschen Lande leuchten und vor aller Welt dem Kölner Liberalismus das Brandmal auf die Stirn drücken. Es muß dankbar anerkannt werden, daß hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Partei ihre Gesinnungsgenossen von dem verhängnisvollen Schritt abzuhalten versucht haben. Leider reichte der Einfluß dieser Kreise nicht weit genug, das Gros der Nationalliberalen davon zu überzeugen, daß es ihre Pflicht sei, das Vaterland über die Partei zu stellen, den Bürgergeist der Parteiverbeugung zu überordnen. . . .

Ungebrochenen Mutes geht das Zentrum aus diesem schweren Kampfe hervor. Nicht eher aber wird der brennende Schmerz seiner Niederlage nachlassen, bis die Scharie angewendet ist. Wir bedauern lebhaft, daß durch den Kölner Liberalismus der Sache der Vaterlandsfreunde ein so wichtiger Schlag versetzt worden ist. Und das in einem Augenblick, wo das Zentrum mit Aufbietung aller Kräfte in andern Wahlkreisen nationalliberale Kandidaten zum Siege über die Sozialdemokratie geführt hat!

In der Zentrumsversammlung, die das Wahlergebnis entgegennahm, sind noch bitterere Worte gefallen; einer der lokalen Zentrumsführer, der Pfarrer Rastel, versicherte, nun sei es aber mit der Gutmütigkeit des Zentrums zu Ende; für sie heiße es jetzt nichts zu vergessen und zu handeln.

Unter diesem Handeln verstand der Zentrumsredner diesmal nicht kühnhandeln. Sondern Rache. Man will die Liberalen dafür strafen, weil ein Teil von ihnen, die Kölner Fortschrittler und Jungliberalen, eine seltene Spezies, die in Norddeutschland nur ganz vereinzelt vorkommt, den Verlust des Kölner Mandats verschulden. Im Ruhrrevier muß das Zentrum allerdings seinen Rachegehilfen Zügel anlegen, weil es sonst die Mandate von Essen und Dortmund nicht bekommen könnte. So soll denn die Rache an anderer Stelle genommen werden. Schon vor der Wahl in Köln hatte die

Kölnische Volkszeitung erklärt: Ohne Trimborn kein Eichhoff! Und jetzt hat denn auch die Zentrumspartei in Lenep-Mettmann die Parole der Wahlenthaltung ausgegeben, also die indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie im Kampfe mit dem Fortschritt beschloffen. Die Christlichsozialen des Wahlkreises haben sich angeschlossen. Das gleiche ist im westfälischen Wahlkreis Altena-Jeserloh in der Fall, wo die Christlichsozialen und die andern rechtsstehenden Elemente sich dieser Parole angeschlossen haben, so daß auch hier die Blauschwarzen beim Kampfe zwischen Sozialdemokratie und Fortschritt Gemehr bei Fuß stehen wollen. Ob sie durchzuführen? Die Sozialdemokratie wird sich auf diese Parolen jedenfalls nicht verlassen dürfen, sondern mit Aufgebot aller Kräfte kämpfen müssen.

Die Kölner Niederlage und die Berliner Richtung.

Ueber die Bedeutung des Kölner Wahlergebnisses schreibt die Post:

Das ist ein Schlag, den das Zentrum nicht erwinden kann, den es den Roten und den Jungliberalen nie vergessen wird. Der Nimbus des Ultramontanismus als fester Wall gegen den Umsturz ist dahin. Auch das Zentrum versteht es nicht mehr, die Arbeiter bei der bürgerlichen Fahne zu halten. Die niederschmetternd wird das in allen katholischen Landen wirken! Aber wie ist es zu verwundern, wird die Berliner Richtung sagen, da Köln ja der Mittelpunkt des Modernismus ist, der Erscheinungsort der ehemals gut katholischen Volkszeitung, die heute in keinem eht katholischen Hause mehr gelesen werden sollte. In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, wird man in Berlin und Trier händeringend schmunzeln. . . .

Die Rückwirkung dieser Niederlage auf ihre Position im innern Zentrumskampfe wird allerdings den Mandatsverlust der Zentrumsleitung, d. i. der Richtung Köln, besonders schmerzhaft machen.

Die Liberalen in Düsseldorf.

Die Liberale Vereinigung in Düsseldorf, der Nationalliberale und Fortschrittler angehören, hat gemäß den Abmachungen, die der liberale Kandidat des Wahlkreises in dem Abkommen der Nationalliberalen mit dem Zentrum über die Ruhrreviermandate geschlossen hat, für die Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie die Parole ausgegeben: Keine Stimme für die Sozialdemokratie! Der Beschluß wurde jedoch nur mit 40 gegen 34 Stimmen gefaßt und der Vorsitzende der Fortschrittler gab der Meinung Ausdruck, der Verlauf der beschließenden Versammlung habe gezeigt, daß ein großer Teil der liberalen Wähler dieser Parole keine Folge leisten werde.

Eine Wahlreform-Karikatur für Braunschweig.

Eine Wahlrechtsvorlage für das Herzogtum Braunschweig wird, nach einer den Braunschweiger Neuesten Nachrichten zugegangenen Information dem am Mittwoch, den 24. Januar, zusammentretenden Braunschweigischen Landtag zugehen. Sie sieht eine Reform des Wahlrechts auf Grund des Dreiklassenwahlrechts (!) mit direkter und geheimer Abstimmung vor.

Im März 1910 erklärte der Braunschweigische Staatsminister v. Otto im Braunschweigischen Landtage, daß innerhalb der Regierung über die Aenderung des Wahlrechts beraten werde, daß man sich aber über die Form des neuen Wahlrechts noch nicht schlüssig geworden sei. Nach zwei Jahren ist endlich diese Regierung auf das preussische Wahlrecht als Muster eines Wahlrechtsystems verfallen!

Jetzt besteht die „Landesvertretung“ in Braunschweig aus 48 Abgeordneten, von denen 15 die Städte, 15 die Bauern und 18 die wahlberechtigten Berufsstände (2 Geistliche, 4 Gewerbetreibende, 3 Gemeindefürsorge, 4 akademisch Gebildete und 5 Höchstbesteuerte) in das farnose Parlament entsandten. Und nun glaubt die Braunschweigische Regierung, das Volk mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht — allerdings bei direkter und geheimer Stimmabgabe! — zufriedenzustellen zu können. Man sieht, wie diese Regierung das Volk einschätzt! Unse Braunschweigischen Genossen werden ihr ein Licht aufsetzen.

Unglaubliche Meldungen.

Die National-Zeitung wech mitzuteilen:

Wie verlautet, ist die Frage, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Mitglied in das Präsidium entsenden soll, bereits grundsätzlich entschieden. Die Sozialdemokraten werden als stärkste Partei den Posten des ersten Vizepräsidenten beanspruchen und zweifellos auch zugestimmt erhalten. Wie sie sich zur höchsten Repräsentation verhalten, ist ihre eigene Angelegenheit, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden ihnen die anderen Parteien vorher keine Bedingungen stellen. Der Abg. Dieß soll für den Vizepräsidentenposten vorgeschlagen werden.

Das ist offenbar aus dem kleinen Redaktionsfinger gezogen. Daß die bürgerlichen Parteien einen Vizepräsidenten wählen, der sich nicht auf den Hofgang verpflichtet, glauben wir nicht eher, bis es geschehen ist.

Uebrigens will die Berliner Zeitung am Mittag im Gegenteil wissen, die Sozialdemokratie werde sich nicht mehr gegen die „Repräsentationspflichten“ sträuben, wenn sie durch die Anerkennung dieser „Pflichten“ den Vizepräsidenten ergatteren könnte.

Das Blatt nimmt die Wünsche einiger Revisionisten fälschlich für die Ansicht der Sozialdemokratie.

Stichwahlparolen.

In Pirschberg (Schlesien), wo Sozialdemokratie und Fortschritt in Stichwahl stehen, proklamierte der konservative Verein Wahlenthaltung.

Die Sozialdemokratie in Osnabrück gab die Wahlparole für die Nationalliberalen gegen das Zentrum an.

Die Fortschrittliche Volkspartei beschloß, den nationalliberalen Kandidaten in Duisburg-Mülheim aus Parteizuchteln zu unterstützen.

In Frankfurt-Lebus treten die Konservativen in einem Aufruf für den Kandidaten der vereinigten Liberalen Voller ein. Als Gegenprobe gewähren die Nationalliberalen — nicht der Fortschritt — in Landberg-Goldin den Konservativen Wahlhilfe. Auch in Aalen-Ludau haben die Nationalliberalen erklärt, geschloffen für den konservativen Genning stimmen zu wollen.

Außerdem hat sich das Zentrum, dem nationalliberale Wahlhilfe in Obersachsen geleistet wurde, verpflichtet, in Sorau-Forst den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie herauszuhauen.

Sähe Fortschrittel.

Der Vorstand der Fortschrittel in Liegnitz, Goldberg, Gannau hat eine Erklärung erlassen, worin er sich gegen die Stichwahlparole der Zentralleitung wendet. Einmal widerpreche sie dem Organisationsstatut, noch dem die Wahlkreisorganisation über die Gestaltung in der Stichwahl zu entscheiden habe, und zweitens befänden „ernte Bedenken gegen ihre Tendenz“. Der vorläufige Kandidat des Wahlkreises, Herr Fischbein, der mit dem Sozialdemokraten in Stichwahl steht, hat, wie das Berliner Tageblatt erklärt, von diesem Auftrag erst nach seinem Erscheinen Kenntnis erhalten. Er billigt ihn angeblich auch nicht, „da Herr Fischbein als Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschritteligen Partei die Stichwahl, gegen welche der liberale Wahlkreisverein in Liegnitz sich wendet, mitverfährt und mit gebilligt hat“. Um! Wird Herr Fischbein das noch vor der Stichwahl selbst erklären?

Ein mißlungener Wahlrechtsraub.

Im Jahre 1910 versuchte man in Rixdorf, jetzt Neudölln, das kommunale Wahlrecht zu „verändern“, indem das sogenannte „Kinderprivileg“ falsch angewendet und die Steuerbeiträge zugunsten der dritten Wählerklasse nicht richtig geschätzt wurde. Hiergegen protestierten unsere Genossen. Der Bezirksauschuß gab ihnen recht und lieferte die Wahl von 28 Stadtverordneten. Nun hat am Dienstag noch das preussische Oberverwaltungsgericht die Ungültigkeit der Erklärung ausgesprochen, da „eine gültige Wählerliste bei diesen Wahlen rechtlich überhaupt nicht existierte“!

Die Folge wird eine Verstärkung der Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium sein.

Anträge im preussischen Dreiklassenhaus. Im preussischen Abgeordnetenhause hat die polnische Fraktion einen Antrag eingereicht, der die Regierung auffordert, so bald als möglich eine Vorlage einzubringen, durch die der unbeschränkte Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen landesgesetzlich gewährleistet wird.

Der konservative Abgeordnete v. Brandenstein hat auf neue einen Antrag auf Revision der Geschäftsordnung eingereicht. Der gleiche Antrag lag bereits der vorigen Session vor, wurde einer Kommission überwiesen, aber die Kommissionsberichte sind im Plenum nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Herr v. Brandenstein und seine Freunde können augenscheinlich die Zeit gar nicht erwarten, bis die Geschäftsordnung so geändert ist, daß die Sozialdemokraten im Landtage mündel gemacht werden können.

Das Zentrum kann immer auch anders. Während es sich im Westen jetzt als den einzigen Wall gegen den roten Sturm ansieht, hat es — wie der Konstanzer Beobachter meldet — noch vor vier Tagen (vergebens) versucht, die Sozialdemokratie in Konstantz für seine Stichwahl zu gewinnen. Kann handeln links, kann handeln rechts.

Ruhland.

Das Gesetz über die Krankenversicherung angenommen. Petersburg, 23. Januar. Die Reichsduma hat in dritter Lesung die Gesetzesvorlage betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter angenommen.

Zur finnischen Frage.

Petersburg, 23. Januar. Der Kaiser hat die von der Duma und dem Reichsrat angenommenen Gesetzesvorlagen betreffend Geldzahlungen seitens Finnlands an die russische Staatskasse als Ersatz für die persönliche Befreiung finnischer Bürger sanktioniert.

Italien.

Der Protektorell gegen Tripolis vor Gericht.

In Tripolis sind 22 Parteigenossen wegen angeblicher Erpressung während des Protektorells gegen die italienische Expedition verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 22 Jahre Gefängnis beantragt. Das Gericht beschränkte sich auf Gefängnisstrafen von 3 bis 7 Monaten. Das Beweismaterial habe so gut wie gar nichts gegen unsere Genossen ergeben, aber heute, wo die Kriegsluft weht, muß jeder Sozialist erbaumungslos verurteilt werden.

Spanien.

Ministerreise und kein Ende.

Der brave Herr Canalejas legt das unmutige Spiel fort: bald geht er, bald bleibt er und niemand weiß, was er im Grunde will. Die es heißt, soll die Krisenmacherer darauf zurückzuführen sein, daß der Häuptling der Reaktionsäre, Maura, den König umgarnt hat und dieser Frieden mit den Konservativen schließen will. Die letzten Nachrichten lauten dahin, daß der König sich wieder berichtigt hat, weil man ihm klar machte, die Auslieferung des Ministeriums an die Reaktionsäre würde neue Volksaufstände hervorrufen und es könne dabei kommen, wie im benachbarten Portugal, da auf die Sozialisten kein Verlass mehr sei.

Marokko.

Die Kämpfe hören nicht auf.

Es gesehelt: In der Nacht vom 19. zum 20. dieses Monats wurde der spanische Vorposten bei Sef el Arba auf dem Gebiet der Jemurs von einer aus ungefähr 100 Mann bestehenden Abteilung Eingeborener angegriffen. Neuzugewinnung von Truppenverstärkungen gelang es jedoch, die Angreifer unter Verlust von einigen Toten zurückzuwerfen. — Somit das Wetter wieder günstig wird, soll eine Strafexpedition gegen die Jemurs in das Innere des Landes abgehen. Am Montag besetzte eine spanische Abteilung den strategisch wichtigen Platz Mordja Gila.

Sächsishe Angelegenheiten.

Die Volksschulreform.

2. Allgemeine Bestimmungen.

Als die Aufgabe der Volksschule wird es in § 1 des Gesetzentwurfs bezeichnet, „durch Unterricht, Übung und Erziehung die geistigen und körperlichen Kräfte des Kindes wirksam zu entfalten und ihm die Grundlagen sittlich-religiöser Bildung und vaterländischer Gesinnung sowie die für das bürgerliche Leben nötigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewähren“. § 1 heißt, so heißt es in der Begründung, „als besonders wichtige Aufgabe hervor, in den Kindern die Liebe zum Vaterlande und damit auch die königlichen und kaiserlichen Gesinnung zu wecken und zu pflegen“. Der Unterricht in der Volksschule wird damit ganz ausdrücklich als auf den Hurratriotismus abgestimmt deklariert.

Die Gestaltung der Volksschule ist nach § 3 der freien Entscheidung der Schulgemeinde überlassen, es ist ihr freigestellt, ob sie eine allgemeine Volksschule oder ob sie mehrere Arten (einfache, mittlere und höhere Volksschule) unterhalten will. Wo es die Verhältnisse gestatten, soll die Volksschule nicht als einfache, sondern als mittlere eingerichtet werden. Der Autonomie der Gemeinden, die Schulen so schlecht wie möglich einzurichten, ist also hier der denkbar weiteste Spielraum überlassen — genau wie in den konservativ-nationalliberalen

Anträge der Zweiten Kammer vom 11. Januar 1900. In der Begründung zu diesem Punkte heißt es, das Volksschulwesen habe sich unter der bisherigen Freiheit der Gemeinden auf eine weithin anerkannte Höhe gebracht. Es liege deshalb zu einem staatlichen Eingreifen in den bisherigen Entwicklungsgang keine zwingende Veranlassung vor. Der gesetzlichen Einführung der allgemeinen Volksschule stehe an sich nichts entgegen, aber sie würde in den zahlreichsten, finanziell oft schwachen kleinen Schulgemeinden kaum möglich sein, und es würden damit die an vielen Orten bestehenden höheren Volksschulen beseitigt. Diese Bedenken würden auch durch den Hinweis auf andre Länder nicht beseitigt. Der Entwurf wolle also die Gemeinden nicht daran hindern, die allgemeine Volksschule einzurichten, er fördere diese vielmehr sogar durch die Bestimmung, daß überall die mittlere Volksschule eingerichtet werden solle, wo es die Verhältnisse gestatten. Das werden die Gemeinden sicher auch ohne eine solche Bestimmung tun. Da es aber die Verhältnisse eben keineswegs gestatten, so ist die ganze Bestimmung für den alten Frikien. Deshalb muß eben die allgemeine Volksschule in den vorgeschriebenen, und alle Schwierigkeiten würden spielend überwunden, wenn die Ausgaben für das Volksschulwesen auf den Staat übernommen werden. Bei einer Einführung der allgemeinen Volksschule müßten auch die dem Elementarunterricht dienenden Privatschulen beseitigt werden. Davon kann jedoch nach der Ansicht der Regierung „natürlich“ gar keine Rede sein. Als eine Folge der allgemeinen Volksschule befürchtet die Regierung eine Ueberfüllung und ein Ueberhandnehmen der Privatschulanstalten. Dies könnte für die Gemeindefinanzen zum Nachteil sein und deshalb darf die allgemeine Volksschule nicht allgemein eingeführt werden. Man sieht, der Entwurf beweist sich bei seinen Deduktion fortwährend im Kreise herum.

Ebenfalls in Uebereinstimmung mit dem mehrerwähnten Antrage der Zweiten Kammer hält der Entwurf an dem konfessionellen Charakter der Volksschule fest. Ueber diesen Punkt ist bereits in der allgemeinen Ueberlicht über den vorgelegten Entwurf in der Montagnummer der Leipziger Volkszeitung das Nähere gesagt worden. Es soll also in Zukunft nicht nur der Religionsunterricht in der Volksschule beibehalten, sondern er soll auch nach den Lehren der einzelnen Bekenntnisse erteilt werden. Während aber den Anhängern der verschiedenen Bekenntnisse das Recht eingeräumt wird, die Unterweisung ihrer Kinder in ihrem Bekenntnisse zu fordern, soll dies für die Kinder religionsloser Dissidenten nicht gelten. Hier schlägt die vorgeschlagene kirchliche und religiöse Toleranz in die kraffteste Unzulässigkeit um. Es ist auch bereits gesagt, daß die geistliche Ortsschulaufsicht durch die weltliche Schulaufsicht ersetzt werden soll. Das hat jedoch weiter nichts zu bedeuten, da ja der Ortsschulaufsicht ferner noch den Religionsunterricht in der Schule überwachen und weiter auch Mitglied im Schulvorstand sein soll. Die Befestigung der geistlichen Ortsschulaufsicht ändert jedenfalls an dem Wesen unserer auf der religiös-sittlichen Weltordnung aufgebauten Volksschule gar nichts.

Die Unterhaltung der Volksschule ist den Schulgemeinden überwiesen. Der freien Entscheidung der Schulgemeinde ist es überlassen, ein gewisses Schulgeld zu erheben. Eine Herabsetzung gegenüber dem bisherigen Zustande soll insofern herbeigeführt werden, als nur für drei Kinder einer Familie, die gleichzeitig die einfache oder mittlere Volksschule besuchen, Schulgeld erhoben werden darf. Ausdrücklich wird vorgegeschrieben, daß Eltern und Erzieher dafür zu sorgen haben, daß ihre schulpflichtigen Kinder die erforderlichen Bücher und sonstigen Lehrmittel besorgen. Wird die Beschaffung der Lehrmittel verzögert, so hat der Schulvorstand die Bücher usw. auf Kosten der Erziehungspflichtigen zu besorgen; jedoch kann im einzelnen Falle auf den Ersatz der Kosten verzichtet werden. In der Begründung wird zur Schulgelddrücke ausdrücklich festgestellt, daß Sachsen unter den größeren deutschen Bundesstaaten heute der einzige ist, der noch den Zwang zur Erhebung von Schulgeld ausübt. Diesen Zwang hebt nur die Vorlage auf; damit ist aber wiederum nichts Wesentliches an der Sache geändert, denn in der Praxis werden nur die großen und reichen Gemeinden bei der Lage sein, auf das Schulgeld verzichten zu können, und bei der Zusammenlegung der Stadt- und Gemeindevertretungen werden wohl auch die besser situierten Gemeinden nur in den allerersten Fällen zur Schulfreiheit übergehen. Weil das Schulgeld eine wichtige Einnahmequelle im Haushalte der Schulgemeinden bedeutet, hat der Entwurf den Gemeinden die freie Entscheidung überlassen, ob sie Schulgeld erheben wollen oder nicht. Das Schulgeld ist aber nicht nur eine Kopfsteuer, sondern auch die ungerechteste aller Kopfsteuern. Aus Gründen der Gerechtigkeit müßte deshalb, wenn man nicht zur Uebernahme der Schulkosten auf den Staat überhaupt zukommen will, der Schulaufwand mindestens auf die Gesamttheit der Gemeindebürger umgelegt werden.

Aus dem Landtage.

Dresden, 23. Januar.

Steuerreformen“ sind in der Regel das Gegenteil von Reformen; sie laufen fast samt und sonders auf neue Belastungen der minderbemittelten Volksschichten hinaus. Diesem Zweck wollen nun die drei Gesetzentwürfe, die heute die Zweite Kammer in erster Lesung beschloß, die Gemeindesteuer, Kirchensteuer- und Schulsteuergesetz, angeblich nicht dienen. Sie enthalten keine neuen Steuerentwürfe, sondern wollen nur die Mängel der gegenwärtig geltenden und in ihrer Sautigkeit verwirrenden Steuerlegung der einzelnen Gemeinden in ein einheitliches System bringen und zugleich Grenzlinien ziehen zwischen der Steuerpolitik der Gemeinden und des Staates. Das ist wenigstens der offizielle Zweck der Gesetze. Inwieweit sie diesem Zweck gerecht werden, ist freilich eine andre Frage. Der Minister Lichtum hatte in seiner Begründungrede gewissermaßen für mildere Umstände plädiert, indem er ausführte, der nun ihm zu verantwortende Gemeindesteuerentwurf sei nicht nach einer bestimmten Theorie entworfen und deshalb auch nicht wie aus einem Guss geraten. Man habe im Gegenteil auf dem „historisch Gewordenen“ weitergebaut, wodurch ein Gesetz zustande gekommen sei, das vielleicht nicht allen Wünschen entspreche. Man müsse sich aber auch hier in der Kunst des Erreichbaren üben. Mit diesen Darlegungen fand der Minister natürlich den vollen Beifall der Konservativen sowohl wie der Nationalliberalen. Diese Parteien schwärmen

ja immer für das „historisch Gewordene“ und das „politisch Erreichbare“, wenn es gilt, einen wirklichen Fortschritt hintenanzulassen zu können, der möglicherweise an ihren Klassen vorzuziehen und „privilegien etwas rütteln könnte. Ja, dem konservativen Bürgermeister Wittig ging dieses Festhalten am Ueberlebten und Unzulebten nicht einmal weit genug. Er begeisterte sich für die Umsatzsteuerung der Genossenschaften und behauptete, daß den Gemeinden durch den Regierungsentwurf nicht Bewegungsfreiheit genug gegeben werde, nach unten die Steuerlasten noch ernüchternder anzuziehen. Dabei gesteht der Entwurf den Gemeinden schon ohnehin das Recht zu, in der Steuererhebung nach unten die Minimalgrenze der Staatseinkommensteuer — 400 Mk. Einkommen — herabzuziehen! — Auch von nationalliberaler Seite wurden eine ganze Reihe von Spezialwünschen zugunsten der Bestehenden geltend gemacht.

Dem Genossen Lange boten diese Ausführungen und die Mängel des Gesetzentwurfs eine dankbare Gelegenheit, die darin zum Ausdruck kommende unsoziale Gesinnung scharf zu geißeln. Er wandte sich energisch gegen die in dem Entwurf vorgesehene Beibehaltung der total veralteten und die Armen am schwersten belastende Kopfsteuer, deren Wirkung er an einigen kraffen Beispielen illustrierte, ferner gegen die Umsatzsteuer und die Heranziehung der unteren Einkommen, die nicht einmal zum Leben, geschweige denn zur Steuerleistung ausreichen. Die Grundtendenz des Entwurfs konzentrierte er dahin, daß durch ihn die reichliche Minderheit nach Möglichkeit vor einer ausreichenden und gerechten Steuerleistung geschützt werden solle. Der Langsamen Kritik schloß sich dann Genosse Richter an, der sie noch nach mehreren Richtungen erweiterte.

Die drei Gesetzentwürfe wurden schließlich an die Gesetgebungskommission verwiesen.

Die betrogenen und blamierten Freisinnigen im 11. Reichstagswahlkreis.

Die Freisinnigen im 11. Wahlkreis, die dem Reaktionsär und Lebensmittelmacherer Giese wieder zum Mandat verhilfen haben, teils aus diesem Hah gegen die Sozialdemokratie, teils in der Hoffnung, mit ihrem elenden Helfershelferbist für den Konservativen das Mandat für Günther in Plauen retten zu können, müssen nun einsehen, daß sie die betrogenen und blamierten Vorkämpfer der Konservativen gewesen sind. Ihr Organ, das freisinnige Sächsische Tagesblatt, schildert die Schande und Blamage des Freisinnigen wie folgt:

„Einen vogelrechtlichen Wahlkreis, entnommen der agrar-demagogischen Kammer, hatten sich die Konservativen in Ostschlesien vor der Stichwahl am 20. er. gelollet. Auf Hieses-Plakaten hatten sie mit dilo Bettlern der aufstrebenden Wählerchaft Kund und zu wissen getan: Wer Giese wählt, wählt auch Günther! Die wichtige unerfährere Liberale müssen, im Vertrauen darauf, daß sie durch ihr Einreden für Giese zugleich die wertvolle (sic!) Kraft des Fortschrittlichen Günther in Plauen dem Reichstage erhalten könnten, ihrer Anbelangung gegen den Reaktionsär Giese Gewalt angetan haben und für diesen an die Wahlurne gegangen sein. Die Konservativen Kuguron aber schickten und winterierten sich mit den Augen zu: „Die Dummen werden nicht alle.“ Sie wußten natürlich sehr wohl, daß die konservativere Presse in Plauen, wie die beiden reaktionären Organisationsen, die des Bundes der Landwirte und der Konservativen, trotzdem sie den Mund mit ihrer „nationalen“ Dreddelphrase nicht voll genug nehmen könnten, wenn es in ihrem Kram paßt, fest gegen Günther Stimmung gemacht hatten. In Flugblättern und Resolutionsen war über den Vorkämpfer der Fortschrittspartei, Herrn Günther, das Anathema ausgesprochen worden: Auf keinen Fall Günther! Die Bundesdemagogen hatten ihn außerdem als Vorkämpfer der vaterländischer Geselle, Königmörder, internationaler Genosse, Mitterhändler, Familienzerstörer sein soll. Eine größere Geduld, ein häßlicherer Jesuitismus ist noch nicht dagewesen. In letzter Minute legten sich dann noch die rein konservativen des demagogischen „Nationalen“ Wänstelchen um und ließen am Sonntag aus Plauen tragen: Giese ist in Ostschlesien mit Hilfe der Freisinnigen gewährt, jetzt dürft ihr auch für Günther votieren. Natürlich erreichte diese lahme Stichwahlparole, 5 Minuten vor 12“ her ausgegeben, gar nicht mehr die weit über den Rand zerstreuten Wähler. Ueberdies die orthodoxen Agrar-demagogen vom Bunde der ihrer Parole gegen Günther. Resultat: Günther ist gestern mit 3000 Stimmen gelangt. ... Ueherlich hatten sich die „Patrioten“ ja völlig den Rücken gekehrt: aus „nationalen“ Gründen war die Parole für Günther abgegeben worden. Ob nun das Schicksal für oder wider den Fortschrittlichen entschieden, das war ihnen egal. Jetzt war nämlich, nachdem die Wähler in Ostschlesien-Burgen ihre Schulbigkeit getan hatten, mit einemmal das Vaterland nicht mehr in Gefahr. Und wenn sie die leibhaftigen Liberalen in Ostschlesien hatten Sand in die Augen streuen lassen, so war das ihre Schuld. Warum waren sie so dumme, den verlassenen Hühner-Führern zu Plauen! „Wer Giese wählt, wählt auch Günther“ — kein größerer Schwindel ist ja in Szene gesetzt worden.“

So das freisinnige Blatt über den sammervollen Freisinn im 11. Wahlkreis. Wenn aber das Sächsische Tagesblatt so tut, als ob nur die dummen und leichtgläubigen liberalen Wähler Herrn Dr. Giese zum Siege verholfen hätten, so ist das nicht minder elende Bescheid, denn das Sächsische Tagesblatt müßte die Jämmerlichkeit und Dummheit seiner Gefolgschaft kennen und, wenn ihm wirklich daran gelegen gewesen wäre, die Reaktionsäre zu werfen, die Parole für Giese abgegeben. Das Sächsische Tagesblatt hat diese Parole aber nicht ausgegeben und seine Gefolgschaft ruhete ins Garn der Konservativen laufen lassen. Und zwar mit Absicht, denn auch das Sächsische Tagesblatt glaubte durch einen Zitatendienst für die Konservativen das Mandat Günther retten zu können. Im übrigen war, das zeigte die Haltung der Freisinnigen im 11. Wahlkreis während des Wahlkampfes zur Genüge, der scheinbare Kampf gegen den Schwarz-blauen Block selber freilich nur Schein. Nun, die Stunde wird auch kommen, wo der freisinnigen Stuppe im 11. Wahlkreis für ihr elendes Verhalten heimgezahlt werden kann.

Die sächsischen Eisenbahnen im Jahre 1911.

Die Einnahmen der sächsischen Eisenbahnen beziffern sich im Jahre 1911 auf insgesamt 178 807 720 Mk., das sind 7,87 Prozent mehr als im Jahre 1910. An den Gesamteinnahmen im Jahre 1911 ist der Personenverkehr mit 63 334 033 Mk., also mit 35,3 Prozent mehr, und der Güterverkehr mit 115 543 072 Mk., also mit 7,81 Prozent mehr als im Vorjahre beteiligt. Voraussichtlich werden dem Landtage in einem Nachtrag zum Etat für 1910/11 mehrere erhebliche Nachtragforderungen zugehen.

Amliche Wahlklepper.

An Desuibus i. t. erschien am Wahltage in den Nachmittagsstunden ein elegant gekleideter Herr in einem der Wahllokale und stellte sich dem Wahlvorsteher als Abgeandter des Herrn Amsthaupmann an, der beauftragt sei, sich zum Bevandhol von künigen Wählern zur Verfügung zu stellen. Der Wahlvorsteher wies den Herrn ab: er habe nichts damit zu tun, der Herr solle sich an die Listenföhrer der Parteien wenden. Der steuerte nun schnurstracks auf den sozialdemokratischen Listenföhrer zu: „Der Herr Amsthaupmann schickt mich, daß ich künigen Wähler mit Ger-

anhole." Eben wollte der Genosse diesen seltenen Helfer beschaffen, als der Bahnhofsleiter in rüchiger Erkenntnis der eigentlichen Zweckbestimmung des Herrn Abgesandten diesen zu dem billigen Parteiorteer dirigierte. Dort fand er dann Beschäftigung.

Dresden. Eine gemeinsame billige Fleischversorgung auf genossenschaftlichem Wege wurde in einer Versammlung beschlossen. Die Genossenschaft nennt sich Allgemeine Fleischverarbeitungsanstalt für Dresden und Umgegend und will Vieh auf eigene Rechnung einlaufen und in ihren Verkaufsstellen an ihre Mitglieder verkaufen. Außerdem befragt die Genossenschaft die Einkäufer der Schlachthöfe, die täglich in der Großstadt zu Hunderten von Zentnern abfallen. Nach gemachten Erfahrungen sollen sich jährlich mit diesen Abfällen, die auf eigener Mahlanstalt verflüssigt werden, etwa 12.000 Zentner Fleisch produzieren lassen. Die Beteiligung ist äußerst reger, da der Anteil nur 20 Mark beträgt.

Chemnitz. Am Sonnabend sollte ein Kassenbote der Chemnitzer Ortskrankenkasse überfallen und beraubt worden sein. Der Raubanfall ist erlöst. Es wird berichtet: Der seit einigen Jahren bei der Gemeinnützigen Ortskrankenkasse beschäftigte, 20 Jahre alte Bote Rindfleisch erhielt am Sonnabend vormittag ausnahmsweise den Auftrag, eine größere Geldsumme, über 10.000 Mark, zur Bank zu schaffen. Nach einiger Zeit kam der Bote mit blutbespritztem Knebel wieder und gab an, daß er in einem Hause neben dem Vitzthumerschen Neubau auf der Theaterstraße von zwei Burtschen überfallen worden sei, die ihm das Geld geraubt hätten. Durch die Schläge, die er dabei von ihnen empfangen habe, sei er außerstande gewesen, um Hilfe zu rufen. Er klagte über Schmerzen im Leibe; bei der sofort vorgenommenen ärztlichen Untersuchung konnte aber nichts weiter ermittelt werden als ein Stich in der Blase, durch den sich das Blut in der Mundpartie hinreichend erklärte. Weiter war es merkwürdig, daß sich die Schere noch bei ihm vorfand. Nur die Münzen und die Reichstassen fehlten. Rindfleisch wurde nun polizeilich ins Verhör genommen. Erst nachmittags 1/8 Uhr rückte er mit dem Geständnis heraus, daß der Raub zwischen ihm und dem Geld an dem Tag vorübergegangen war, und nannte nun ihre Namen. Es sind der 18-jährige Handarbeiter Kurt Kitzsch aus Wilsdorf und der 19-jährige Handarbeiter Oswald Arthur Wilsdorf aus Lauenburg. Sie hatten dadurch, daß Rindfleisch sein Geständnis erst machte, als er nach dem langen ergebnislosen Verhör in die Gefängniszelle abgeführt werden sollte, einen mehrstündigen Vorsprung erlangt, den sie dazu benutzten, das Geld im Zellgang zu vergraben. Sonnabend abend in der zehnten Stunde wurden sie in ihren Wohnungen verhaftet. Das Geld, dessen Aufsuchen durch die Kriminalpolizei einen großen Teil der Nacht in Anspruch nahm, ist bis auf 55 Mark wieder herbeigeschafft. Wie Rindfleisch angab, ist der Raub lange vorher geplant gewesen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Beim Sprengen von Felsen ereignete sich in der Nähe des Activeria-Lagerplatzes am Schleusenbau ein furchtbares Unglück. Eine Sprengladung entzündete sich vorzeitig, wodurch drei Arbeiter zum Teil schwerliche Verletzungen erlitten, denen einer der Betroffenen vergangene Nacht bereits erlegen ist, der sonstige Arbeiter Luste. Er hatte eine Zerkleinerung des Unterkiefers und innere Verletzungen davongetragen. Der Arbeiter Michael stülzte beide Augen ein. Nach am besten ist der 63-jährige Arbeiter Frede wegenommen. Anher vorliegenden Verletzungen hat er den rechten Unterarm gebrochen. Frede ist verheiratet und Vater erwachsener Kinder. — In der bereits gemeldeten Gasexplosion in Döbeln wird noch mitgeteilt: Durch das Lawetter war in einem Gasleitungsrohr ein Bruch entstanden. Um die Bruchstelle zu finden, bohrten Arbeiter Löcher in die Straße. Dabei hielt ein Arbeiter ein Licht an einer Bohrstelle. Im Augenblicke erfolgte die Explosion, da sich eine große Menge Gas unter dem gestörten Wasser angesammelt hatte. Der Luftdruck riß die Holzbohrer in den Hintergrund, wodurch wurden große Bruchstücke an der Hinterseite der Mauer herabgeworfen. Der Anbau, in dem sich das Wasserbad befindet, und mehrere anstößende Schuppen stützten mit den massiven Wänden zusammen. — Beim Hobeln erkrankte in Kleitzburg das fünfjährige Kind des Arbeiters Schlotter. Der Kleine fuhr mit seinem Schlitten in die Mulde und verstand unter dem Eise. — Auf dem Vertrauensschutz in Schiedewitz wurde der Bergarbeiter Reischmann aus Gattich in letzter Nacht von hereinbrechendem Gestein verkrüppelt und lebensgefährlich verletzt. Der rechte Arm war ihm vollständig abgequetscht, der linke zweimal gebrochen; außerdem hat Reischmann schwere innere Verletzungen erlitten. — Der Handarbeiter Dreßel in Plauen, der wegen Ermordung seiner Logierwirtin vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. — Der Soldat Schmidt von der 1. Kompagnie des 134. Infanterieregiments in Plauen schoß sich eine Platzpatrone in den Mund und verlor sich tödlich, bevor er sich in eine Wunde zu versetzen konnte. — Der 19-jährige Handelmann Gottlieb Schädlich aus Osterberg stürzte auf der Station Perla sgrün aus dem Eisenbahnwagen. Er wurde überfahren und getötet. Schädel hinterläßt eine Wunde und sechs Kinder. — Von seinen Pferden erschlagen wurde in Rothendorf ein Fuhrwerksbesitzer Reinhardt. Die Tiere scheuten beim Herannahen zweier Rangierlokomotiven, Reinhardt kam zu Fall und wurde von den Pferden durch Hufe geschlagen.

Aus den Nachbargebieten.

Weißenfels. Die Stadtverordneten beschlossen, den mit der Firma Riedel abgeschlossenen Stromlieferungsvertrag aufzulösen und ein eigenes Elektrizitätswerk zu errichten. Das Werk soll rund eine Million Mark kosten.

Geno. Der bei der Lieberlandzentrale beschäftigte Monteurrühne kam bei der Arbeit im Transformatorhaus in Srippendorf mit der Hochspannung in Berührung und wurde durch den elektrischen Schlag sofort getötet. Seine Frau verheiratet.

Eisenach. Am Montag abend verunglückte in Frankenheim (Rhön) auf der steilen Straße nach Reubach drei Reubacher Einwohner beim Tobeln. Sie verloren infolge des starken Glattseises die Gewalt über den Schlitten und sausten gegen einen Baum. Der 25 Jahre alte Markus Belski starb nach wenigen Stunden. Die Verletzungen der beiden anderen sind schwer, aber nicht lebensgefährlich. — In der Villa des Fabrikwerkesbesizers Müller in Waag laßt das Kinderfräulein im Eherz mit einem Jagdgewehr, von dem es glaubte, daß es nicht geladen ist, auf sich an. Ein Schuß traf das Mädchen tödlich durch die Lunge.

Bersammlungen

im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein L.-Dpt

hielt im Thältinger Hof in L.-Volkmarzdorf seine Halbjahrs-Generalversammlung ab. Nach dem Berichte des Vorstandes betrug die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1911 4042, 3888 männliche und 754 weibliche, gegen 3798 männliche und 760 weibliche Mitglieder am 30. Juni 1911. Im verflorenen Halbjahr wurden vom Verein eine öffentliche und drei Mitgliederversammlungen abgehalten. Außerdem fanden im Vereinsbezirk eine Reihe von Wähler- und öffentlichen Versammlungen statt. Ferner wurden zwei Kunstabende und ein Unterhaltungsabend veranstaltet und zwei Besuche der Hygiene-Ausstellung vorgenommen. Der Bericht des Kassierers verzeichnete — einschließlich eines Kassenbestandes von 858.44 Mark — eine Gesamteinnahme von 11.892.15 Mark, der eine Gesamtausgabe von 11.804.44 Mark gegenübersteht. In die Hauptklasse wurden 5451.20 Mark abgeführt. Außerdem wurden verausgabt für Agitation 1688.42 Mark, für die Gleichheit 530 Mark,

für Druckkosten 421.50 Mark, für Referate 7420 Mark, für die Bibliothek (inklusive der Umzugskosten) 1724.94 Mark, für die 400 Mark, Entschädigung an die Verfassenden und den Gesamtvorstand 1187.70 Mark, Diverses 297.92 Mark. Dem Kassierer wurde entsprechend dem Antrage der Revisoren Decharge erteilt. Zur Kreis-Generalversammlung wurde ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach die Delegationskassen zur Kreis-Generalversammlung jedes Jahr erneuert und mit dem Namen des Vertreters versehen werden sollen.

Der Ortsverein Proßpöha

hat am 18. Januar seine halbjährliche Generalversammlung abgehalten. Nach dem Berichte des Vorstandes zählte der Verein am 1. Juli 1911 82 männliche und 18 weibliche Mitglieder, am 1. Januar 1912 dagegen 60 männliche und 18 weibliche Mitglieder. Abgehalten wurden 8 Sitzungen und 7 Versammlungen, darunter eine öffentliche, die durchschnittlich von 87 Personen besucht waren. In die Hauptklasse wurden insgesamt 114.90 Mark abgeführt. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1911 27.51 Mark. Die Revisoren fanden Bücher und Kasse in Ordnung. Auf ihren Antrag wurde der Kassierer entlastet. Die Sängervereinigung zählte derzeit 22 Sängern und übte an 24 Abenden. Nach dem Berichte des Bibliothekars wurden 268 Bände an 588 Personen ausgeliehen, darunter 380 Bände an 104 Jugendliche. Der Bestand der Bibliothek beträgt 280 Bände. Es wurde beschlossen, einen größeren Schrank anzuschaffen. Neueingetretene waren 8 Personen. Unter Vertriebenem wurde das Reichstagswahlresultat besprochen. Der Rat der Stadt Leipzig soll ersucht werden, eine Steuererhebungsstelle im Orte einzurichten. Am 10. Februar soll Stadtdirektor Schell über städtische Einrichtungen referieren. Weiter ist beabsichtigt, am 10. Februar einen Familienabend abzuhalten.

Der Ortsverein Mülkau-Zweinauendorf

hielt am 18. Januar seine halbjährliche Generalversammlung ab. Zum Berichte des Vorstandes teilte der Vorsitzende mit, daß im vergangenen Halbjahr acht Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Im Durchschnitt wies die Mitgliederzahl von denen sechs mit Referenten besetzt waren, 27 Besucher auf. Am 1. Juli 1911 zählte der Verein 94 männliche und 25 weibliche, am 1. Januar 1912 90 männliche und 26 weibliche Mitglieder. Die Geschäfte des Vorstandes wurden in 10 Sitzungen erledigt. Der Vorsitzende rückte, daß von Zweinauendorf kein Mitglied in der Versammlung anwesend war. Dann wies er darauf hin, daß Genosse Geier in Mülkau und Zweinauendorf über 300 Stimmen bei der Reichstagswahl erhalten habe, von denen die Knappe Hälfte im Verein organisiert sei, und forderte zur eifrigeren Agitation auf, um so viel als möglich sozialdemokratische Wähler der Organisation zuzuführen. Dem Berichte des Kassierers ist zu entnehmen, daß der Verein eine Einnahme von 271.55 Mark (inklusive 28.80 Mark Kassenbestand am 1. Juli 1911) hatte, dem an Ausgaben 242.46 Mark gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von 29.09 Mark verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Der Bericht des Bibliothekars wies eine Abnahme von Bücherentleihungen gegenüber dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres auf, die hauptsächlich auf das Konto der Jugendliteratur zu setzen ist. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Näher, Zepher, Krüger, Gelbenreich und Gerold gewählt. Wegen des schlechten Versammlungsbesuches wurde der Gemeinderatsbericht von Mülkau zum Teil von der Tagesordnung abgesetzt und nur ein kurzer Bericht über eine Schulreformberatung und über die Verbandsvorversammlung des Elektrizitätsverbandes gegeben. Vom Genossen Kuttig wurde angeraten, eine Abendunterhaltung im engsten Kreise zu arrangieren. Dieser Anregung wird in nächster Zeit entsprochen werden.

Bereine und Bersammlungen.

Die Stollmücker

hielten im Volkshaufe ihre Jahresversammlung ab. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre 20 Sektionsabteilungen, 12 Werkstatt-, 8 Bezirks-, 7 Betriebs- und 18 Brancheverammlungen abgehalten wurden. Alle Veranstaltungen waren im Durchschnitt recht gut besucht. Im Rat traten die Kollegen in den Kleinstbetrieben in eine allgemeine Lohnbewegung ein, die den Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages zeitigte. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 3 bis 8 Pfg. pro Stunde, eine Arbeitszeitverkürzung von 8 bis 6 Stunden pro Woche während der Dauer des Vertrages. Die gute Konjunktur und die Erstarkung der Organisation ermöglichten es auch, für die Kollegen in den Automobilfabriken fast durchgängig Lohnrückstellungen heranzuziehen. Eine im April vorgenommene Statistik ergab für 187 Kollegen einen Durchschnittslohn von 50 1/2 Pfg. pro Stunde. Die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit betrug 56 1/2 Stunden. Im Oktober des Berichtsjahres ergab eine weitere Statistik für 160 Kollegen einen Durchschnittslohn von 55 Pfg. pro Stunde. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 56 1/2 Stunden, und zwar für 128 Kollegen 58 Stunden, für 48 Kollegen 57 Stunden pro Woche. Am diesjährigen Fickelkursus beteiligten sich 28 Kollegen. Die Gesamtbranche ist im Berichtsjahre auf organisatorischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete einen kräftigen Schritt vorwärts gebracht worden. Bei der Wahl zur Sektionsleitung wurde Kollege Winkler als Sektionsleiter wiedergewählt. Die Kollegen Foker und Scholz wurden neuergewählt. Als Mitglied zur Lokalverwaltung wurde Kollege Röhbe in Vorschlag gebracht. Am 8. März soll ein Vergnügen im Volkshaufe stattfinden.

Die Krichlitzener und Heizer

hielten ihre Generalversammlung ab. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Verlach in der üblichen Weise. Der Geschäftsführer Bornmann gab sodann den Jahresbericht von 1911. Die Nebenerwartung, war es ein arbeitsreiches Jahr und auch für unsere Gewerkschaft ein gewaltiges Kampfsjahr. Drastische Kämpfe rufen unter den Mitgliedern einer Organisation immer eine gewisse Depression hervor, worunter die Entwicklung der Organisation zu leiden hat. Das traf auch für unsere Zahlstelle zu. Tarife wurden im verflorenen Jahre zwei abgeschlossen mit bedeutender Verbesserung für die Kollegen. Lohnforderungen wurden 12 an die Unternehmer eingereicht. Davon waren 6 von Erfolg, in 3 Fällen wird noch verhandelt und in 3 Fällen wurde nichts erzielt. An Arbeitszeitverkürzung wurden im verflorenen Jahre in der Zahlstelle für 50 Kollegen auf die Woche berechnet 240 Stunden oder pro Jahr 12.400 Stunden erreicht, an Lohnausgleichungen für 83 Kollegen pro Woche 332 Mark, oder pro Jahr 17.266 Mark. Ueberstunden werden jetzt mit 15 bis 50 Prozent Zuschlag bezahlt. In der Berichtzeit fanden statt: 52 Vorstandssitzungen, 2 Generalversammlungen, 11 Monats-, 2 Bezirks-, 17 Betriebsversammlungen. Mündliche Verhandlungen mit den Unternehmern fanden durch den Geschäftsführer 14 statt. In den Filialen fanden in Gilenburg 8, in Taucha 4, in Markranstädt 5, in Deltitz 3 Versammlungen statt. Der Belegung der Mitglieder diente eine Beschäftigung des städtischen Elektrizitätswerks in Lößnitz. In den Tarifbewegungen machten sich 21 Sitzungen notwendig. In der Mitgliederbewegung ist eine erhebliche Fluktuation zu verzeichnen. Neuzugeworbenen sind 148 Mitglieder. Aus andern Zahlstellen und Gewerkschaften sind 51 Kollegen übergetreten. Wegen Beitragsrückständen mußten 82 Kollegen gestrichen werden, ausgetreten sind 18, übergetreten in andre Zahlstellen und Gewerkschaften 80. Ferner wurde ein Kollege nach § 6 Absatz a des Verbandstatuts ausgeschlossen. Der Mitgliederbestand stellt sich mit dem noch nichttrügerlich erfolgten Uebertritt der 20 Gilenburger Kollegen nunmehr auf 1005 Mitglieder. Der Kassenbericht lautete folgendermaßen: Die Einnahme für die Verbandskasse IV. Quartal 1911 war 6619.08 Mark, die Ausgabe 3866.45 Mark, der Uebersehuf 2752.63 Mark. Die Einnahme für die Sozialkasse belief sich auf 2715 Mark, die Ausgabe auf 2481.08 Mark, bleibt ein Uebersehuf von 2333.92 Mark. Hierauf erfolgte Diskussion und Entlastung des Kassierers. Sodann wurde vom Kollegen Köhling Bericht erstattet über den Arbeitsnachweis, der

schon vorhin unterzogen wurde. Köhling forderte die Kollegen auf, den Nachweis in Zukunft besser zu unterziehen. Bericht erstattet wurden im vergangenen Jahre 121 feste Stellen und 60 Ausstellen. Arbeitslos wurden in dieser Zeit 253 Kollegen. Die Debatte endete mit der Wahl einer Kontrollkommission. Sodann berichtete Kollege Pröhl über die Agitationskommission, deren Arbeiten im Laufe des Jahres nicht immer den gewünschten Erfolg hatte. Er forderte die Mitglieder auf, in Zukunft mit zu helfen an der Verstärkung der Zahlstelle. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden S. Winkler (Vorstand), Koppe (Schriftführer), Paeger, Linte, Pröhl, Wahn und Namohn. Zum Delegierten der Gaukonferenz in Apolda wurde Bornmann einstimmig gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Häufel, Köhli und Durach bestimmt. Außerdem wurden die Kollegen Bornmann, Winkler, Koppe und Kugel als Delegierte zum Verbandstages in Wittenberg vorgeschlagen. Die Wahl von zwei Delegierten hierzu erfolgt am 10. März.

Baurbeiter Taucha.

In der letzten Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1911 bekannt. Im Kassenbestand vom vorigen Quartal waren 91.27 Mark vorhanden. Die Einnahme betrug 899.47 Mark, macht zusammen 1820.84 Mark. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 200.08 Mark, demnach bleibt ein Kassenbestand von 1120.78 Mark. Davon sind auf der Sparkasse angelegt 864.88 Mark. Kollege Dittrich beklagte als Kassierer, daß er alles in bester Ordnung gefunden habe. Darauf gab der Kassierer die Jahresabrechnung bekannt. Auch hier beklagte der Kassierer, alles in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragte, den Kassierer zu entlasten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Unter anderm haben 12 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden. Diese waren durchschnittlich von 55 Mitgliedern besucht. Sitzungen von der Verwaltung haben 27 stattgefunden. Der Zweigverein bestand bei der Verschmelzung aus 170 Mitgliedern. Im Jahresabluß waren 212 Mitglieder vorhanden. Gewählt wurden: Kollege Glauch als 1. Vorsitzender, Otto Kreusch als 2. Kassierer, Paul Rennert als 3. Schriftführer, ferner Hermann Thleme, Karl Hüh, Ernst Müller, Emil Streibel (Bibliothekar) und als Revisoren Richard Dittrich, Robert Näher und Alfred Rothe. Ferner wurden als Gewerkschaftsdelegierte die Kollegen Paul Zwißler, Robert Näher und Hermann Jannert, und in die Baurbeiter-Schutzkommission für das Jahr 1912 die Kollegen Ernst Müller und Otto Ludwig gewählt. Dann berichtete der Vorsitzende über die Verhandlung mit dem Unternehmer Müller wegen der Regelung der Arbeitszeit und der Feuerungszulage. Betreffs der Arbeitszeit wurde unsere Forderung gutgeheißen. Die Feuerungszulage wurde mit folgender Beauftragung abgelehnt. Es sei kein Grund vorhanden, eine Feuerungszulage zu gewähren, da doch Arbeit genügend vorhanden sei. Kollege Zwißler beantragte, mit dem Zweigverein Leipzig in Verbindung zu treten, um gemeinschaftlich einen Antrag an den Baurbeiterverband einzubringen auf Gewährung einer Feuerungszulage. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Kollege Winkler soll Arbeitslosenmärkte erhalten, da er keine Unterstützung während der Dauer seiner Krankheit gezogen hat. Kollege Näher gab einen kurzen Bericht von der letzten Parteiführung über die Erhöhung der Beiträge. Diese Angelegenheit wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, da erst der Jahresbericht zurücksichtigt wurde.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausrätgers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wollen man den Namen des Ausrätgers mit angeben. Die Expedition.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Kreisverordneten Städteordnung alle Gemeindevorsteher berechtigt, die

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 26. Lebensjahr vollendet haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholten sind;
5. eine direkte Staatsinkommensteuer von mindestens 8 Mark bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig bezahlt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsens bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Vereiung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheirateten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtschein von Frau und Kindern.

Bei Nichtsachsen muß zugleich Sachfragen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreisverwaltung die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. der Geburtschein (event. Familienbuch, Konfirmationschein oder dergleichen);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Aufstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Inbegriff (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und hennegemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts ufw. wie der Einzelne zugelassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urakunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesuch sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtschein), Militärpapier sowie 8 Mark für Stempelgebühren.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Donnerstag:

Speisenkarte I (Tischkarte): Mischkost mit Rind- und Hühnchen.
Speisenkarte II (Tischkarte): Mischkost mit Rindfleisch und Braten mit Schweinefleisch.
Speisenkarte III (Tischkarte): Eintopf mit Schwarzwild.
Speisenkarte IV (Tischkarte): Rostbraten mit Wiener Würstchen.
Speisenkarte V (Tischkarte): Schmalzbraten mit Rindfleisch.
Speisenkarte VI (Tischkarte): Rindfleisch mit Rindfleisch.
Speisenkarte VII: Eintopf mit Schwarzwild.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke

Küfeke

Nahrung für: schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Januar.

Geschichtskalender. 24. Januar 1679: Der Philosoph Christian Wolff in Breslau geboren († 1754). 1732: Der Dramatiker Pierre Augustin Caron de Beaumarchais in Paris geboren († 1799). 1776: Der Schriftsteller Ernst Theodor Amadeus Hoffmann zu Königsberg i. Pr. geboren († 1822). 1798: Der Dichter Karl v. Holtei in Breslau geboren († 1880). 1850: Der Philosoph Hermann Ebbinghaus in Barmen geboren († 1909). 1893: Der Komponist Friedrich v. Flotow in Darmstadt gestorben († 1812).

Sonnenaufgang: 7,58, Sonnenuntergang: 4,27. Mondaufgang: 10,5 vorm., Monduntergang: 10,8 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Januar. Südostwinde, heiter, etwas kälter, vorwiegend trocken.

Das amtliche Stichtwählergebnis von Leipzig-Stadt.

Nach dem heute bekanntgegebenen amtlichen Ergebnis haben bei 45 705 Wahlberechtigten 40 709 Wähler ihr Stimmrecht ausgeübt; davon fielen auf

Cohen 18 898
Junk 21 587

Stimmen, 244 sind ungültig.

Stichtwählergebnisverbindung.

Morgen abend werden im Volkshaus die Ergebnisse der Stichtwahlen bekanntgegeben, worauf wir an dieser Stelle hinweisen wollen.

Säuglingschutz.

Dem fortwährenden Drängen der Sozialdemokratie, der jähren, unermüdbaren Tätigkeit ihrer Vertreter in Staat und Gemeinde und dem Wirken der sozial einsichtigen Kreise des Bürgertums nachgebend, hat man sich in den letzten Jahren mehr und mehr dazu bequemt, die fürchtbare Säuglingssterblichkeit in Deutschland zu bekämpfen. Immer mehr geht man dazu über, Maßnahmen zu ergreifen, die hohe Kindersterblichkeit einzudämmen. Es war nicht mehr möglich, achtlos an der Tatsache vorüberzugehen, daß jährlich mehr als 350 000 Kinder unter einem Jahr dahingerafft werden. Eine Anzahl deutscher Städte ist in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit mit anerkanntem Eifer vorgegangen und hat andere Städte veranlaßt, ebenfalls dieser Frage näher zu treten. In Leipzig haben die Behörden verhältnismäßig spät mit dieser Arbeit eingesezt. Die getroffenen Einrichtungen sind auch noch weit hinter denen anderer Städte zurück. Aber nun soll auch in Leipzig ein entscheidender Schritt vorwärts getan werden. Es soll in der heute stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten über einen Beschluß des Rates diskutiert werden, der dahin geht, am 1. Januar 1912 (?) eine städtische Kinder-Milchanstalt einzurichten; dazu einen einmaligen Beitrag von 10 000 M. zu bewilligen und 5000 M. als jährlichen Zuschuß zu dieser Anstalt zu bewilligen. Man darf erwarten, daß die Stadtverordneten diesem Beschluß nicht nur zustimmen, sondern noch einen guten Schritt weitergehen. Erst dann würde sich ein würdiges Glied in der Kette der Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit darbieten.

Der Begründung der Ratsvorlage werden eine Anzahl Tabellen beigegeben, die jede für sich interessante Schlüsse zuläßt. Aus einer Tabelle geht zunächst hervor, daß die Zahl der Lebendgeborenen in Leipzig von 1900 an ständig zurückgegangen ist. Und das trotz der Zunahme der Bevölkerung. Während im Jahre 1900 15 485 Lebendgeborene gezählt wurden, sank diese Zahl im Jahre 1909 auf 13 575, sie stieg im Jahre 1910 wieder auf 14 215. Ein guter Bruchteil dieser Kinder sind unehelich, die Zahl der Unehelichen stieg übrigens um ein geringes; von 2783 im Jahre 1900 auf 2917 im Jahre 1910. Die Zahl der ehelichen Geburten betrug 1900 12 702, sie fiel auf 10 734 im Jahre 1909 und nahm wieder einen kleinen Anstieg auf 11 298 im Jahre 1910.

In diesem Jahrzehnt starben in Leipzig unter einem Jahr im Jahre 1900: 8855 oder 24,885 Prozent, im Jahre 1909: 2335 oder 17,20 Prozent, im Jahre 1910: 2128 oder 14,97 Prozent. Betrachtet man das Prozentverhältnis der gestorbenen unehelichen und ehelichen Kinder, so überwiegt die Zahl der Unehelichen ganz bedeutend. Im Durchschnitt starben 10 Prozent uneheliche Kinder mehr als eheliche. Man kann also zugeben, daß die Säuglingssterblichkeit in Leipzig abgenommen hat, im Jahre 1908 stand sie aber immer noch wesentlich über dem Reichsdurchschnitt. Und betrachtet man gar das Verhältnis zu andern Ländern, so wird Deutschland in der Säuglingssterblichkeit nur noch übertroffen von Desterreich und — Rußland. Beträgt doch z. B. in Schweden die Säuglingssterblichkeit kaum 7 Prozent, in Dänemark kaum 10 Prozent, in Norwegen 6,7 Prozent. In Deutschland kommt Barmen als einzige Stadt in Frage, wo der Prozentsatz unter 10 Prozent ist.

Es ist nach allerlei Erklärungen für diese gewaltig große Kindersterblichkeit gesucht worden. Der Rat führt z. B. das Wort Schmollers an: „von dem Schandmal der deutschen Nation, die größte Kindersterblichkeit der Welt zu besitzen, die nur die Folge unserer zu großen Geburtenzahl sei“. Dies kann für Leipzig deswegen nicht zutreffen, weil, wie vorn gezeigt wurde, von einer hohen Geburtenziffer in Leipzig nicht gesprochen werden kann. Sehr richtig hat der Rat deswegen noch nach andern Gründen gesucht. Er findet sie in den sozialen Verhältnissen und führt an: Mangelhafte Pflege der Geborenen, geringe sittliche und geistige Eigenschaften der Pflegerinnen, Mangel an Geld, Fabrikarbeit der Frau, spielen eine ebenso große Rolle wie ungünstige Wohnungsverhältnisse. Letztere wirken schädlich auf den Säugling ein. Der zweite Hauptfaktor ist die Ernährung. Leider besitzt Leipzig zu diesem Teile der Frage noch kein verarbeitetes Material, aber der Rat kommt nach Betrachtung der Verhältnisse in andern Städten zu dem Resultat, daß die natürliche Ernährungsweise vor der künstlichen einen erheblichen Vorzug verdient und daß die in allen Monaten nachgewiesene große Sterblichkeit der künstlich genährten Säuglinge in

erster Linie an der Beschaffenheit der künstlichen Nahrung liegen muß. Besonders eklatant zeigt sich dies in den Sommermonaten, wo die Zahl der künstlich ernährten Kinder, die dahinsinken, sich gewaltig steigert. Während in Leipzig z. B. im Januar 1910 135 Kinder starben, waren es im August desselben Jahres 285. Noch viel drastischer aber zeigt sich das an den Zahlen des vergangenen Jahres. Im Januar starben 161, im August aber 987, die Sterblichkeit überstieg in einzelnen Wochen sogar die Geburtenziffer. Um über die Ursachen nähere Aufschlüsse zu erhalten, ist eine besondere Statistik über diese Frage beschloffen, deren Ausarbeitung zurzeit in den Händen des Statistischen Amtes liegt. Nach Aufzählung all dieser Umstände behandelt die Ratsvorlage dann die zu ergreifenden Maßnahmen. Worauf wir in einem zweiten Artikel eingehen werden.

Der Kannibalismus.

Im Museum für Völkertunde hielt am Sonnabend Dr. A. Uge seinen zweiten Vortragsabend über: Der Kannibalismus. Er betonte eingangs, daß der Ethnologe keine moralischen Werturteile abzugeben habe, wie es Angehörige zivilisierter Völker bei der Betrachtung des Kannibalismus zu tun gewohnt seien, die diese Sitte lediglich als eine widerwärtige Erscheinung, eine Entartung der Menschheit ansehen. Der Ethnologe müsse vielmehr die Vorgänge im Leben der Völker — also auch den Kannibalismus — als soziale Erscheinung werten. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend gab der Vortragende zunächst ein Bild von der geographischen Verbreitung des Kannibalismus in Geschichte und Gegenwart. Schon in der Literatur der Alten wird er erwähnt, so bei Herodot, Strabo und Aristoteles, die unter anderem auch von Menschenfresserei in Europa berichten. Im Mittelalter berichtete der Reisende Marco Polo, der 1271 bis 1295 Asien durchzog, über Kannibalismus in den von ihm bereisten Ländern. In eigentliche Verbindung mit Kannibalen kamen die Europäer jedoch erst seit der Zeit der großen geographischen Entdeckungen. Damals galten namentlich die Kariben im nördlichen Südamerika und auf den kleinen Antillen als die ausgesprochensten Menschenfresser; jedoch war die Anthropophagie damals auch in starkem Maße in Zentralamerika und vereinzelt auch in Nordamerika verbreitet, so auf der Vancouverinsel und der dieser Insel gegenüberliegenden Küste. In das „typische“ Menschenfresserwolf der Kariben erinnert auch noch der Name Kannibalismus, der eine Verflüchtigung des Wortes Kariben ist. Verbreitet ist er heute noch im nördlichen und zentralen Südamerika. In Afrika sind es namentlich die mittelafrikanischen Völker, Monbutu und Riam-Niam, die dem Kannibalismus huldigen. Doch ist er auch noch bei andern Negerstämmen mehr oder weniger verbreitet. Völlig fehlte er im Sudan und in mohamedanischen Gebieten, ebenso in Südafrika. Ein weiteres Verbreitungsgebiet des Kannibalismus war oder ist Australien, Indonesien — wo die Vataal auf Sumatra noch Anthropophagen sind — und die Südseeinseln, namentlich die Fidjisch- und die Salomoninseln, die Neuhelbriden und Neu-Kaledonien. Auf den Fidjischinseln, wo er die höchste Stufe erreichte, ist er heute ausgerottet. Als Ursache des Kannibalismus ist einmal Nahrungsmittelknappheit, die den getöteten Feind möglichst vollständig vernichten möchte. So gibt z. B. ein Indianerstamm am Amazonas das gefessene Fleisch wieder möglichst schnell von sich; Geschmack am Menschenfleisch ist hier also nicht die Ursache der Anthropophagie. Doch spielt auch Vedererei, also Geschmack am Menschenfleisch eine Rolle. Zu dieser Ursache mag die Not, der Mangel an Nahrungsmitteln, geführt haben, die die ursprünglich vereinzelte Erscheinung zur Gewohnheit und schließlich zum Genuß machte. Eine dritte und wichtigste Ursache bilden die Vorstellungen von Zauberei. Es besteht bei manchen Völkern z. B. der Brauch, gewisse Stücke von Tieren aus bestimmten Gründen zu essen oder beim Verzehren des Tieres zu meiden. So soll das Verzehren eines Löwenherzens den Mut des Löwen übertragen. In gleicher Weise glaubte man die Eigenschaften Verstorbener oder Erschlagener sich durch Verzehren der Toten aneignen zu können. Im alten Mexiko waren Menschenopfer bei allen religiösen Festen eine häufige Erscheinung. Ein Forscher schätzt, daß dort jährlich 20 000 Menschen dem Kannibalismus zum Opfer fielen. Die Opfer genossen dort, wie auch anderwärts, eine besondere Pflege und wurden dann rituell geschlachtet, wozu auch noch Silberhandschriften Zeugnis ablegen. Auf den Fidjischinseln war es früher Sitte, bei jedem Ereignis — etwa wenn man ein neues Schiff zu Wasser ließ — Menschen zu opfern. Man brauchte sie als Salben, wusch mit ihrem Blut das Deck usw. Beim Verzehren benutzte man hier stets besonders für diesen Zweck hergestellte Gabeln. Die hier aufgeführten Ursachen geben natürlich selbst die äußerlich erkennbaren Gründe, die die Menschheit zum Kannibalismus geführt haben, nicht vollständig wieder. So führte Herr Dr. Uge noch etliche weitere Motive für den Kannibalismus an. Er betonte aber auch zum Schluß noch besonders, daß diese Erscheinungen so ungeheuer variabel seien, daß es nicht möglich wäre, sie jetzt schon psychologisch zu ordnen. Mit seiner Darstellung wollte er eine streng psychologische Erklärung nicht geben; nur wo Vedererei die Ursache sei, sei das treibende Motiv klar, sonst wären wohl Zaubervorstellungen die wesentlichste Ursache des Kannibalismus.

Kinderlesehallen.

Man schreibt uns: Nachdem die zu Anfang November 1910 versuchsweise erfolgte Einrichtung einer Kinderlesehalle in der 8. Bezirksschule an der Elßner Straße sich überaus glücklich bewährt hat, sind vom Schulausschuß in allen Stadtteilen solche Lesehallen für Kinder, und zwar: im Osten in der 2., 9., 17., 36. und 38. Bezirksschule, im Süden in der 27. und 31. Bezirksschule, im Westen in der 24. und 33. Bezirksschule und im Norden in der 10. und 29. Bezirksschule eingerichtet worden.

Die Neigung der Kinder für Bildbetrachtung und Lesen ist bekannt. In den Schullesezimmern können nun an zwei Schulstunden nachmittags die Kinder nach den ausliegenden Verzeichnissen gute Bilder, Bilderbücher, Bücher mit kleinen Erzählungen und solche mit größeren zusammenhängenden Geschichten frei wählen oder sich von einem anwesenden Lehrer wählen lassen. Es ist von besonderem Vorteil, daß sie hier ihre eignen Wünsche geltend machen können, nach welcher Art von Büchern ihr Verlangen geht: nach Märchen oder Sagen, nach Reisen und Abenteuer oder geschichtlichen Erzählungen und Kriegsgeschichten, nach Erzählungen aus dem Leben großer Männer und Frauen u. a. m. Die Kinder werden hierdurch zum selbständigen Lesen herangebildet, andere, ungeeignete Lektüre entzogen und für die Benutzung der Lesehallen für Erwachsene vorbereitet. Alle Kinderlesehallen erfreuten sich bisher eines sehr regen Besuchs.

In einigen war der Besuch so stark, daß ein Bibliothekar mit seiner Kraft gar nicht durchkam. In einzelnen Schulen mußte man den Besuch wegen zu großen Andrangs zunächst auf die Oberklassen beschränken, an andern Schulen mit dem Besuche der Knaben und Mädchen wochenweise wechseln. Erfreulicherweise hat sich auch meist ein fester Stamm von Besuchern herausgebildet.

Wenn man bedenkt, daß ein beträchtlicher Teil der betreffenden Schulkinder durch Arbeit daheln und für Fremde an den Nachmittagen in Anspruch genommen ist, so wird man die große Zahl der Besucher besonders willkigen und dem Schulausschuß für Kinder auch weiterhin einen Platz zugestehen in der Reihe der Veranstaltungen zur Verbreitung wertvoller Literatur und der Erziehung zu guter Lektüre.

Verl.- oder Dienstvertrag?

Eine kritische Frage in der gewerblichen Rechtsprechung ist die Auslegung bestimmter Verträge, bei denen man annehmen kann, daß es sich um einen Vertrag zwischen zwei selbständigen Unternehmern, also um einen Werkvertrag handelt, oder um ein Vertragsverhältnis zwischen einem Arbeiter und einem Unternehmer, somit also um einen Dienstvertrag. Auch das bürgerliche Gesetzbuch hat hierüber keine bestimmten Normen geschaffen, vielmehr ist in seinen Motiven zum Ausdruck gebracht, daß es in Grenzfällen die Entscheidung unter Würdigung aller einzelnen Umstände zu erfolgen hat. Ein solcher Streitfall beschäftigt jetzt das Gewerbegericht der Amtshauptmannschaft Leipzig. Der Baumeister Kurt Eiche hatte bei dem von ihm geleiteten Neubau auch dafür zu sorgen, daß die Zäune angebracht wurden. Er wandte sich an den Tischlermeister Gustav M. in Anaußleeberg und forderte ihn auf, wegen der Arbeit einmal bei ihm vorzusprechen. Bei der Unterhandlung fragte E., zu welchem Preise M. die Arbeit übernehmen wolle, worauf dieser erklärte, er arbeite nach dem in Leipzig für die Tischlergesellen gültigen Tarif. Auch müsse E., wie im Tarif vorgesehen sei, die Kosten für die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung zahlen. E. hat dann die Arbeit von einem andern ausführen lassen; daher klagte M. jetzt auf Zahlung von 67 M. entgangenen Lohn. Vor Gericht gab E. an, daß die von M. behaupteten Vertragsbedingungen vereinbart worden seien, jedoch nur für den Fall, daß M. die Arbeit zur Ausführung übertragen erhalte; tatsächlich sei kein fester Vertrag zustande gekommen. E. betritt die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Wäre ein solcher Vertrag geschlossen worden, dann wäre es ein Werkvertrag; denn M. sei selbständiger Gewerbetreibender, aber nicht sein Arbeiter gewesen. Dies geht schon daraus hervor, daß er (E.) nichts von der praktischen Arbeit des Tischlers verstehe, M. hätte seine Arbeiten selbständig ausführen müssen, ohne auf Anleitung oder Aufsicht durch E. rechnen zu können. M. behauptete, er sei der Arbeiter des Baumeisters gewesen. Er stütze sich darauf, daß ausdrücklich vereinbart worden sei, der Lohn solle sich nach dem in Leipzig geltenden Tarif richten. Daß es sich um ein Arbeitsverhältnis handele, zeige sich besonders auch darin, daß der Beklagte sich bereit gefunden habe, ihm (M.) als Arbeiter zur Kranken- und Invalidenversicherung anzumelden. Das Gericht wies den Kläger kostenpflichtig ab. In der Begründung wurde gesagt, das Gericht sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier ein Werkvertrag vorliege. Der Kläger sei als selbständiger Unternehmer anzusehen, was besonders daraus hervorgehe, daß er irgendwelche Anleitung von E. nicht zu empfangen habe, da dieser nicht Fachmann war. Daß der Gehilfenvertrag zugrunde gelegt wurde, könne nicht ausschlaggebend sein (!), denn nach ihm seien nur die Preise festzustellen. Von der Vereinbarung über die Zahlung der Versicherungsbeiträge wurde in der Urteilsbegründung nichts erwähnt, obwohl gerade diese Vereinbarung die Annahme rechtfertigt, daß es sich im vorliegenden Falle um ein abgeschlossenes Arbeitsverhältnis handelt.

Die politisch Unmündigen. Der Arbeitsauschuß der „nationalen“ Arbeiter- und Gehilfenorganisationen von Leipzig hat eine Jahreshaupversammlung abgehalten, wozu die Mitglieder dieser angehängt politisch neutralen Organisationen keinen Zutritt haben. Aus dem der bürgerlichen Presse zur Verfügung gestellten Bericht wollen die Organisationsleiter 3000 Mitglieder haben. Dies ist im ganzen Bericht die einzig tatsächliche Angabe; denn über die Klassenverhältnisse schweigt des Sängers Höflichkeit. Vielleicht auch deshalb, weil die Öffentlichkeit sonst erfahren würde, wie überhaupt es damit steht, und vielleicht auch die andre interessante Tatsache, wieviel die politisch „neutralen“ Organisationen zu dem nationalen Wahlfonds beigetragen haben. Die einzige Bemerkung über die Klassenverhältnisse sagt, daß diese „befriedigend seien“.

Ein Leid haben die Drahtzieher dieser Organisationen nun zu tragen: es ist ihnen ein Konkurrenzunternehmen unter dem vreführenden Namen: „Verband nationaler Arbeitervereine“ entstanden. Es handelt sich dabei um die herrlichen Gelder, die vor dem Ausbeutertum noch besser kriechen und noch besser Arbeiterverrat über können, als ihre Bettern aus dem nationalen Lager. Diese erlassen heute in der bürgerlichen Presse eine Warnung gegen die Gelder, die wir kommentarlos abdrucken wollen:

Zur Kasparierung! Wir werden um Ausnahme der nachstehenden Zellen ersucht: Im Laufe der letzten Zeit ist ein „Verband nationaler Arbeitervereine“ mehrfach genannt worden. Es ist unter diesem Namen auch ein Angebot von Flugdrucken an eine Reihe kleinerer Firmen ergangen. Infolge mehrerer an uns ergangener Anfragen erklären wir hierdurch, daß das Angebot der Flugdrucken nicht von uns ausgegangen ist, wir haben mit der Angelegenheit nichts zu tun. Unseres Wissens existiert oder auch ein „Verband nationaler Arbeitervereine“ hier in Leipzig nicht und ist dieser Name vermutlich nur als Deckadresse verwendet worden. Arbeitsauschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfenorganisationen zu Leipzig.

Der Schulunterricht im Leipziger Heim für gebrechliche Kinder. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Leipziger Heim für gebrechliche Kinder beträgt gegenwärtig 30. Nach der Vergrößerung des Heims wird jedoch mit 40 schulpflichtigen Kindern gerechnet werden müssen. Bisher wurden die Kinder von zwei Lehrern, die nur im Nebenamt am Heim tätig sind, nachmittags in zwei Abteilungen je 8 Stunden wöchentlich unterrichtet. Nach dem Urteil der Lehrer und des Schulausschusses ist diese Stundenzahl für die Folge aber keineswegs mehr ausreichend. Es soll daher ein Lehrer im Hauptamt anstellt werden, dem noch wenigstens ein Lehrer im Nebenamt zur Seite stehen soll. Da der Verein selbst nicht über die nötigen Mittel verfügt, richtet er das Ersuchen an den Rat, einen städtischen Lehrer in das Heim als hauptamtlichen Lehrer für den Unterricht abzurufen zu wollen. Hiermit hat sich der Rat einverstanden erklärt. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, davon Kenntnis zu nehmen.

Die Beteiligung der Knabenhorizontlinge an den Stadtkolonien der Schreibervereine. Einem Wunsche der Stadtverordneten entsprechend übermittelte ihnen der Rat eine Uebersicht über die Beteiligung. Es kamen die Knabenhorizonte von 13 Bezirkskolonien in Frage. In den Porten dieser Schulen befanden sich 482 Schüler, von denen sich 208 zur Beteiligung an den Stadtkolonien gemeldet haben. Davon haben sich 270 regelmäßig beteiligt. In der Uebersicht wird hervorgehoben, daß der hiesige Aufenthalt im Freien, die regelmäßige Beteiligung mit Milch und Brotchen eine gute körperliche Erholung für die Kinder war, so daß bei fast allen Kindern eine Gewichtszunahme festzustellen war.

Kochkunst-, Gastwirts- und Hotelausstellung. Die von den freien Kaffee- und Schankwirten im Hotel Stadt Nürnberg vom 21. bis 29. d. M. veranstaltete Große Kochkunst-, Gastwirts- und Hotelausstellung wurde am Eröffnungstage von über 2000 Interessenten besucht; daß diese Ausstellung Interessantes, Reiches und Sehenswertes bietet, beweist am besten, daß die Anzahl der Besucher mit jedem Tage wächst. Am zweiten Tage überstieg die Besucherzahl 4000. Mittwoch, den 24. d. M., findet in den Abendstunden von 6 bis 8 Uhr ein Extrakoncert statt. Freitag, den 26., soll es wiederholt werden. Außerdem werden die Musikpausen von Vorträgen eines Sängerkorps noch ausgefüllt werden.

Schwurgericht. Die Hauptverhandlungen des Schwurgerichts zu Leipzig in der ersten Sitzungsperiode 1912 begannen am Donnerstag, 25. Januar. Es wird an diesem Tage vormittags 10 Uhr: verhandelt gegen den Fabrikarbeiter Gottlieb Richard Dressel aus Unterlauterbach i. B. wegen Brandstiftung und Verleumdung; nachmittags 1 Uhr: gegen den Bergarbeiter Friedrich Albin Krämer aus Prödel bei Reuden wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange (Fortsetzung der Verhandlung am 26. Januar, 10 Uhr vormittags). Montag, 30. Januar, vormittags 10 Uhr: gegen den früheren Landbriefträger, jetzigen Arbeiter Franz Albert Warlich aus Raumburg a. S. wegen Unterschlagung im Amte, mittags 12 Uhr: gegen die Arbeiterin Marie Schrikane geb. Bernstein geb. Gerhardt in Leipzig-Kleinborsdorf wegen Heines. Dienstag, 30. Januar, vormittags 10 Uhr: gegen den Privatmann Moritz Max Weber aus Dölitz wegen betrügerischer Bankrotts. Mittwoch, 31. Januar, vormittags 10 Uhr: gegen den Hausdiener Karl Ortmann aus Erfurt wegen räuberischer Erpressung, mittags 12 Uhr: gegen den Schweizer Otto Richard Nagel aus Oberlungwitz wegen verführter Notzucht und Mißfallsdiebstahl, nachmittags 3 Uhr: gegen den Arbeiter Hans Graupner aus L-Anger wegen schwerer Urkundenfälschung. Freitag, 2. Februar, in folgenden Tagen: vormittags 10 Uhr: gegen den Arbeitsburschen Karich Max Karl Wulfe aus Rythen, den Arbeiter Friedrich Karl Wulfe aus Rythen, den Arbeiter Paul Heinrich Anders aus Bihelmsdorf, den Arbeiter Friur Hermann Behn aus L.-Wolkmar, die Arbeiterbefreiung Helmine Auguste Emilie Wulfe geb. Siebert aus Rythen, wegen Aufruhrs usw. Montag, 5. bis Mittwoch, 7. Februar, vormittags 10 Uhr an: gegen den Geschäftsführer Clemens Albin Altemann aus Dresden wegen Raubmordes. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Bühler führen.

Statistisches vom Polizeiamt Leipzig. Im Jahre 1911 wurde vom Sigillanzbureau des Polizeiamts auf 51155 Personen Fahndung angeordnet, davon allein auf 41510, die in den Polizeibüchern durch Stadtrats oder Bekanntmachung gesucht wurden. 42381 solcher Fahndungen wurden wieder erledigt. Es wurden 3137 Personen auf Grund der Fahndungsordnung festgenommen und zwar 1058 rechtskräftig Verurteilte, 28 durch Bekanntmachungen hieriger und fremder Behörden Gesuchte, 92 des Landes Vermessene und 1959 vom Polizeiamt in Fahndung Gestellte. Gegenwärtig werden durch Fahndung noch 119093 Personen beiderlei Geschlechts gesucht. Deren Zahl ist gegen das Vorjahr um 8004 gestiegen. In die hiesigen beiden Gefängnisse I und II sind 6447 Personen eingeliefert worden. Es wurden im Jahre 1911 407 Personen als vermisst angezeigt. Davon sind 28 hier tot aufgefunden worden.

Sittlichkeitsverbrechen. Im April vorigen Jahres verübte in der Westvorstadt ein Mann ein Sittlichkeitsverbrechen und flüchtete nach der Tat auf seinem Fahrrad, das er bei sich führte. Jetzt hat sich der Täter, ein 34 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Braunshweig, selbst der hiesigen Kriminalpolizei gestellt. Er will sich seit seinem Verschwinden in England aufgehalten haben. In der Rathausstraße hat wieder ein Mann ein Schulmädchen von der Straße weg in ein Haus gelockt und sich dort an dem Mädchen vergangen. Der Verbrecher wird beschrieben: mittelgroß, mit schwarzem Schnurrbart, bekleidet mit schwarzem Lederjacket und schwarzem Hute.

Ein pens. 67jähriger Bahnwärter verging sich an schulpflichtigen Kindern und ein 33 Jahre alter Arbeiter aus Landsberg erregte in der Westvorstadt durch schamloses Betragen Mergernis. Beide Täter sind in Haft genommen worden.

Erschossen hat sich gestern in einem hiesigen Hotel ein hier jugendlicher Architekt aus Wilmersdorf bei Berlin. Der Beweggrund ist unbekannt.

Feuer war gestern gegen Abend in einer Tischlerei der Röhner Straße infolge des Umfallens einer brennenden Petroleumlampe entstanden. Der Inhaber der Tischlerei versuchte mit Hilfe seiner Lehrlinge die Flammen zu erstickten, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte.

Diebstähle. Gestohlen wurde aus dem Wartenraum einer Klinik ein dunkelblauer Winterüberzieher mit hellgrauen Flecken durchgezogen, in dessen Taschen sich mehrere Eisenbahnfahrkarten für die Strecke Leipzig-Connewitz befanden haben.

In der Schulstraße wurde von einer Haustüre der Drücker und ein großer stählerner Knopf aus Messing abgeschraubt und gestohlen.

Eingebrochen. In L.-Wagwitz brach der 19jährige Knabe Voigt durch die mürbe gewordene Eisdiele des Ester-Saale-Kanals. Zum Glück waren zwei größere Knaben bei der Hand, die den gefährdeten Knaben aus dem Wasser zu ziehen vermochten.

Zeugen gesucht. Auf dem Eisenbahnübergange in der Könnertstraße geriet am 20. Januar früh in der 8. Stunde ein Straßenbahnwagen in die Gefahr, von einem Güterzuge, der gerade die Straße kreuzte, erfasst zu werden. Es werden die Zeugen dieses Vorganges, der leicht die schlimmsten Folgen hätte haben können, ersucht, sich zur Aufklärung des Sachverhalts bei der Kriminalpolizei einzufinden.

In der Nacht vom vergangenen Sonntag zum Montag früh in der zweiten Stunde wurde auf der Dresdener Straße in der Nähe des Straßenbahndepots ein junger Mann von einem Trupp junger Leute überfallen und ohne jede Veranlassung so geschlagen, daß er sich in ärztliche Behandlung hat begeben müssen. Die Missethäter sind nach der Tat die Dresdener Straße hinaus gelaufen. Wahrscheinlich wohnen sie in den östlichen Vororten. Sachdienliche Mitteilungen wolle man der Kriminalpolizei zu Aktienzeilen Nr. 2. B. 205 zugehen lassen.

Verhaftungen. Verhaftet wurde hier ein 68 Jahre alter Kaufmann aus Görlitz, der seit vier Jahren wegen Betrugs und Urkundenfälschung von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe rechtskräftig verfolgt wurde und seit dieser Zeit unter falschem Namen an verschiedenen Orten des Deutschen Reiches gelebt hat. In seinem Possesse fand man noch gefälschte Ausweispasspässe vor.

Wegen der Entwendung eines Lederziehers wurde ein kürzlich erst nach Verbüßung einer Strafe entlassener 33 Jahre alter Tischler aus Blankenburg wieder in Haft genommen.

Ein 21jähriger Handlungsgehilfe wurde zur Verantwortung gezogen, weil er wertvolle Ringe mit dem Goldstempel versehen ließ und diese dann als echte verkaufte.

Soziale Rundschau.

Zwölf Jahre Zuchthaus gegen einen Verzweiketen.

Vor dem Schwurgericht zu Essen wurde dieser Tage die Tragödie eines Arbeiterlebens zu Ende geführt. Im Oktober v. J. hatte der Anstreicher Albin auf den Vertrauensarzt der Valerienstiftungskrankenkasse Dr. Schneider einen Revolveranschuss abgegeben, der den Arzt schwer, aber nicht tödlich verletzte. Albin war stark lungentidend und dieserhalb schon mehrfach in Lungenheilstätten gewesen. Auch im Oktober fühlte er sich krank und wurde von einem Arzte arbeitsunfähig geschrieben. Die Krankenkasse übernahm ihn dem Vertrauensarzt, der den Kranken ohne weitere Rücksicht auf seine Lage das System der Krankenversicherungsbeiträge in dieser christlich beherrschten Kasse sehr stark ausgebildet sein. Albin brachte nunmehr die Älteste eines Spezialarztes für Lungenkrankheiten und die des Kreisarztes bei, die ihn beide für arbeitsunfähig erklärten. Darauf wollte ihn Dr. Schneider ins Krankenhaus schicken, womit Albin aber nicht einverstanden war. Krankengeld bekam er dann nicht. Und nun tauchte der Gedanke in dem Manne auf, sich an dem Arzte zu rächen. Er kaufte sich einen Revolver und schoss eines Nachts auf den von der Stadt heimkehrenden Arzt. Nachher stellte er sich selbst der Polizei. Ein Sachverständiger erklärte den Mann (der unorganisiert war) nach der ethisch-moralischen Seite für defekt. Trotzdem erkannten

die bürgerlichen Geschworenen auf 12 Jahre Zuchthaus wegen Mordversuch. Der Verurteilte ist so hilflos, daß er das Zuchthaus nicht mehr lebend verlassen wird.

Gerihtsjaal.

Schöffengericht.

Eine Beleidigung des Rates der Stadt Leipzig. Der Arbeiter B. hatte eine wiederholte Aufforderung des Gewerbeamtes, sich zu einer Befragung einzufinden, unbeachtet gelassen und wurde daher eines Tages zwanngsweise vorgeführt. Es leistete in seiner Erregung dem Wohlfahrtschuhmann Widerstand und erklärte, der Rat könne ihn usw. frei nach Göt von Verhaftungen. Natürlich entstand dabei ein Aufruhr, so daß die Anklage — alle „guten“ Dinge sind drei — auf Beleidigung, Widerstand und Verhinderung ruhender Verrücktheit lautete. B., der sich so Juriditor an der Autorität der Obrigkeit verlehnt hatte, wurde zu zwei Wochen Gefängnis und einen Tag Haft verurteilt, wobei ihm erklärt wurde, er sei noch gut wegkommen. Das nächste Mal aber...! Dann kommt er sicher ins Zuchthaus.

Landgericht.

Der neidende Buchhandlungsgeselle. Der Buchhandlungsgeselle Otto Paul Jakob, der mit mehreren Kindern bei geringem Einkommen not lit, bestellte fälschlich auf den Namen der Firma D. M. Bücher im Werte von 3500 Mk., um sie zu verkaufen. Die Firma D. M. mußte die Bücher bezahlen, da sie ordnungsmäßig durch Verlangenszettel bezogen worden waren. B. wurde wegen dieses Betrugs zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Bermischtes.

Die Gewinnung des Goldes.

Dieserjenige Eigenschaften des Goldes, die vor allem seinen hohen Wert bestimmen, sind neben seiner glänzenden Farbe seine fast unüberwältigliche Beständigkeit und sein Widerstand gegen jegliche Verbindung mit andern Stoffen. Diesen Eigenschaften ist es auch zuzuschreiben, daß das Gold nur im gediegenen Zustand in der Natur vorkommt. Es findet sich vorwiegend in kristallinischen Schiefer, in Quarz, Gneis, Granit und andern Gesteinen eingesprengt, und zwar entweder in mikroskopisch feiner Verteilung oder in Form von Schuppen oder Körnern, ferner als Ausfüllung von kleinen Hohlräumen und Spalten. Auch findet es sich im Gemenge mit Silber, Blei, Kupfer, Zinkblende und andern Erzen.

Bird das goldführende Gestein durch die Einwirkung der Atmosphären zerstört und von Wind und Wasser weggeführt, so findet ein natürlicher Trennungsprozess statt, wobei das Gold von seinen Beimengungen abgetrennt wird. Die leichteren tauben Bergteile werden fortgeführt, während die schwereren und widerstandsfähigsten Teile und vor allem das Gold zurückbleiben und die Goldlager oder „Goldstein“ bilden. Diese sind also weiter nichts als die Reste abgelehnter goldhaltiger Gesteinstypen. Das Gold findet sich somit auf zweierlei Lagerstätten, entweder auf den ursprünglichen, primären Lagerstätten in anstehenden „Muttermasste“ oder unter den Trümmern des letzteren auf den angeschwemmten Seifen, die als sekundäre Lager bezeichnet werden.

Ursprünglich beschränkte sich die Goldgewinnung allein auf letztere, und noch heute liefern diese den größten Teil des Goldes, wobei als die ergiebigsten Lager vorwiegend alte Flussläufe in Betracht kommen. Das Abheben des Goldes aus dem tauben Gemenge erfolgt mittels Waschen. Die einfachste und primitivste Art ist die mit der sogenannten Wiege. Diese besteht aus einem auf Schankelbalzen ruhenden Raster, auf dessen nachbinnen geformten Bohlen hölzerne Querleisten aufgenagelt sind. Am oberen Ende befindet sich ein großes Sieb, während das untere Ende offen ist. Ein Arbeiter füllt das goldhaltige Material auf das Sieb, und während dieses Wasser darüber, und der dritte versteht die Wiege in schaukelnde Bewegung. Dadurch werden die leichten, erdigen Bestandteile abgeführt, die mittleren Riese rollen am unteren Ende des Rasters ab, wöhligen die größeren Teile auf dem Sieb zurückbleiben. Das Gold selbst aber sammelt sich mit den schwersten Sanden hinter den Querleisten am Boden der Wiege. Hier wird es gesammelt, getrocknet und dann der Sand abgeblasen, so daß das reine Gold zurückbleibt.

Diese Art der Goldgewinnung ist einmal sehr unrationell, da ein großer Prozentsatz des in dem Rohmaterial enthaltenen Goldes in den Abgängen verbleibt und somit verloren geht. Andererseits stellt sie eine sehr mühselige Arbeit dar, und es gehören die romantischen Erzählungen von dabei erworbenen großen Reichümern, vor vereinzelte Ausnahmen abgesehen, in das Reich der Fabel. Zuweilen sind die Goldwäscher froh, wenn sie einen ihrer schweren Arbeit angemessenen Verdienst finden.

In Großbetrieben erfolgt das Goldwaschen in der Weise, daß man die goldhaltigen Erdschichten mittels eines kräftigen Wasserstrahls losspült und einer terrassenförmig übereinander angeordneten Reihe von Behältern zuführt, so daß der Sandstrom in dem obersten Behälter eintritt und aus dem unteren ausfließt. In jedem Behälter ist ein Rührwerk angeordnet, das den Sand beständig aufrührt, so daß die leichteren Teile von dem Wasser mit fortgeschwemmt werden, während die schweren Teile, unter diesen das Gold, zurückbleiben und sich am Boden ablagern. Der durch diese Behandlung wesentlich angereicherte Goldsand wird dann mit Wasser in einen unten spitz zulaufenden kegelförmigen Trög gefüllt, dieser in kreiselnde Bewegung gesetzt und dadurch der Sand abgeplült, während sich das Gold in der Spitze des Kegels ansammelt. An Stelle des Losplüßens und Transportierens der Massen mittels Wasser kommen neuerdings vielfach Bagger zur Anwendung, die das goldführende Gestein abtrennen und den Waschen zuführen, wobei das zum Abheben der tauben Gesteine erforderliche Wasser entweder direkt den Waschen oder ganz oder zum Teil der Lagerstätte zum Ausfördern der Sande zugeführt wird.

Das durch den Waschprozess gewonnene Produkt ist nur selten völlig reines Gold. Es bildet vielmehr ein Gemenge von Gold, Eisen und sonstigen vorwiegend schweren Mineralien. Das Gold wird hieraus mittels „Amalgamieren“ mit Quecksilber ausgezogen. Zu diesem Zwecke wird das Gemenge mit Quecksilber innig vermischt, wobei das Quecksilber das Gold vollständig auflöst und in sich aufsaugt. Das so gebildete Goldamalgam wird in eiserne Retorten gebracht und hier das Quecksilber wieder abdestilliert, während das Gold als schwammige Masse zurückbleibt, die in Barren gegossen wird. Diese enthalten in 100 Teilen gewöhnlich etwa 80—90 Teile Gold, während der Rest vorwiegend aus Silber und Kupfer und zum kleineren Teil aus Nickel, Eisen, Zinn und andern Metallen besteht. Diese Beimengungen müssen durch „Raffinieren“ entfernt werden.

Während das Gold selber fast ausschließlich aus den angeschwemmten Massen alter Flussläufe gewonnen wurde, gehen diese von der Natur einer Aufbereitung unterworfenen Goldlagerstätten immer mehr zur Reize. Man ist infolge dessen gewonnen, dem Golde auf seiner natürlichen Lagerstätte nachzugehen. Nun ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Goldgewinnung, wenn sie auf den sekundären Lagerstätten schon so lohnend sei, auf den primären erst recht gewinnbringend sei. Leider ist dieses nicht der Fall. In den Schwemmungen haben wir ein von der Natur schon aufbereitetes und dadurch angereicherteres Schmelzprodukt vor uns. Es ist also hier ein wesentlicher Teil der zur Goldgewinnung aus armen Gesteinen erforderlichen Arbeit bereits unentgeltlich geleistet, die des Goldbergmanns somit mit vieler Mühe und großen Kosten selbst auszuführen muß. Dabei ist das Gold in dem Muttergestein oft so verteilt, daß es kaum aufzufinden ist.

Ist der Goldgehalt des anstehenden Gesteins so groß, daß seine Verarbeitung lohnend zu werden verspricht, so wird es durch Sprengarbeit gelöst und mittels Mühlen und Hochwerken in feinstes Pulver verhandelt. Dieses wird durch Schlämmen möglichst konzentriert und dann das kostbare Metall durch Amalgamieren mit Quecksilber herausgezogen.

Die Entwicklung des deutschen Braunkohlenbergbaus übertrifft die der Steinkohlerzeugung noch erheblich in Grad und Schnelligkeit. Während die Gewinnung an Steinkohlen in den letzten vier Jahrzehnten sich kaum auf das Fünffache gehoben hat, ist bei der Braunkohle eine Steigerung fast auf das Siebenfache eingetreten, und noch großartigler ist die Entwicklung der eigentlichen Brennstoffindustrie. Man braucht noch kein hohes Alter erreicht zu haben, um in die Zeit zurückzusehen, wo es Brennstoff überhaupt nicht gab, und wo die Oefen auch in den Wohnungen entweder mit Steinkohle oder mit Torf geheizt wurden, allenfalls daneben vielleicht mit Roks. Im Jahre 1872 belief sich die gesamte Braunkohlengewinnung in Deutschland auf wenig mehr als 9 Millionen Tonnen, während sie jetzt auf 70 Millionen Tonnen angewachsen ist. Dementsprechend ist auch der Verbrauch an Braunkohle, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, gestiegen, nämlich von 245 auf 1150 Kilogramm im Jahr. Auch heute sogar kann der Braunkohlenbergbau in Deutschland noch nicht den ganzen inländischen Bedarf decken, sondern es werden noch mehr als 8 Millionen Tonnen jährlich eingeführt, obgleich eine Ausfuhr an Braunkohle überhaupt nur in ganz geringfügigen Beträgen stattfindet.

Dieser außerordentliche Aufschwung ist selbstverständlich hauptsächlich in der Entwicklung der Pechkohlenfabrikation begründet gewesen. Die ersten Vorschläge zu einer derartigen Anordnung der rohen Braunkohle wurden schon vor fast 70 Jahren gemacht, aber erst vor nicht 40 Jahren wurden die Mittel dazumal verwollkommen, daß sie zu allgemeiner Benutzung gelangen. Noch im Jahre 1883 belief sich die Pechkohlerzeugung in ganz Deutschland nur auf drei Viertel Millionen Tonnen, während sie jetzt mehr als 15 Millionen Tonnen liefert und während vor 25 Jahren erst ein Sechstel der geheizten Braunkohle zu Brennstoff verarbeitet wurde, nehmen jetzt fast drei Fünftel aller Braunkohle diesen Weg. Der jährliche Wert der deutschen Braunkohlerzeugung stand damals erst auf 40 Millionen Mark und ist seitdem auf fast 200 Millionen angewachsen. Das ist eine gewaltige Differenz, wenn sie auch noch keinen Vergleich mit dem Wert der Steinkohlenproduktion aushält, der jetzt den Betrag von 1 1/2 Milliarden Mark nicht unerheblich übertrifft. Jedemfalls steht der Braunkohlenbergbau nicht dem Steinkohlenbergbau allen übrigen Arten der Mineralgewinnung in Deutschland weit voraus; denn sogar die Gewinnung von Salz und Eisenerz bringt nur etwa je 100 Millionen Mark jährlich ein.

Die extraproduktiven Gebiete des Braunkohlenbergbaus entspringen auf Preußen und zwar auf die Rheinprovinz, die Provinz Sachsen und Brandenburg. Daneben kommt noch das Herzogtum Sachsen-Koburg und das Königreich Sachsen mit etwas größeren Ziffern in Betracht. Das an Braunkohle nicht für die Herstellung von Pechkohlen aufgebraucht wird, dient namentlich zur Gewinnung von Braunkohleenteer, die aber in demselben Verhältnis zurückgegangen ist, wie die Pechkohlenindustrie zugenommen hat.

Wie weit bringt das Licht in das Meer ein? Eine der größten Überraschungen, die der Menschheit von der ausfließenden Naturwissenschaften des neunzehnten Jahrhunderts bereitete wurde, war ohne Zweifel die Entdeckung der höchst eigenartigen Nebelwelt in großen Meerestiefen. Hätte man es doch überhaupt nicht für möglich gehalten, daß in Tiefen von 5000 Metern und mehr noch lebende Wesen zu haufen vermischt. Man glaubte, daß infolge des Fehlens von Licht und Luft sowohl tierisches wie pflanzliches Leben in den Abgründen der Ozeane nicht vorhanden sein könnte. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die eigentliche Lebensluft der Tiere, der Sauerstoff, bis auf den Meeresboden hinabdringt, so daß Tiere in allen Tiefen zu atmen vermögen. Auch der ungeheure Druck, unter dem die tiefen Schichten des Weltmeeres stehen müssen, scheint kein Hindernis für den Bestand tierischen Lebens zu ergeben. Daß in jenen Schichten auch Licht vorhanden sei, läßt sich freilich nicht annehmen. Es fehlt allerdings nicht völlig an Lichterscheinungen, die aber lediglich auf die Beleuchtung beschränkt sind, wie sie von den Tiefseefischarten selbst durch allverhand Apparate zutage gebracht wird. Das Sonnenlicht aber vermag in solche Tiefen nicht zu gelangen. Die Physik hat ein Interesse daran, zu ermitteln, wie weit ein Licht von gegebener Stärke in eine Wassertiefe eindringen vermag. Auf der letzten Fahrt des Michael Sars, des Meinen norwegischen Forschungsschiffs, hat Dr. Seland Hansen Beobachtungen über diesen Punkt gemacht. Danach dringen die Sonnenstrahlen bis zu einer Tiefe von 100 Metern, aber nur mit einer Abschwächung, von der die roten Strahlen stärker betroffen werden als die blauen. In einer Tiefe von fünf-hundert Metern ist von den roten Sonnenstrahlen nicht die Spur einer Wirkung übrig; dagegen sind die violetten und ultravioletten Strahlen durch eine photographische Platte sogar in einer Tiefe von 1000 Metern noch wahrnehmbar. Sie scheinen erst in einer Tiefe von 1700 Metern gänzlich zu verschwinden.

Auskunft in Rechtsfragen.

Genau Schläfer. Das ist kein Grund. Der Schein kann nur verwandelt werden, wenn der Nachgehende die in der Gewerbeordnung enthaltenden Bestimmungen nicht erfüllt.

Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis.

39000 Mitglieder. Wöchentliches Beitrag für männliche Mitglieder 10 Pf., für weibliche Mitglieder 5 Pf. Der Verein setzt sich zusammen aus 88 Ortsvereinen mit selbständigen Bibliotheken, die allen organisierten Arbeitern zur unentgeltlichen Benützung offen stehen. — **Eligend** Vorsteher: **Paul** 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags u. **Paul** nachmittags von 5—8 Uhr; **Sonnenbänke** von früh 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. — **Sammlungen** nehmen entgegen die Vorstände der einzelnen Ortsvereine, das Parteisekretariat, der Untersekretäre und die Parteimitglieder: **Gertrud** Geibel, L. Schulz, **Arthur** Straß 17; **Karl** Buchdrucker, L. Gindener, **Hendrich** 40; **Kurt** Deane, L. Gindener, **Kreuzstraße** 1; **Hans** Teubner, L. Gindener, **Dölitz** Straße 3; **Karl** Pöpper, L. Gindener, **Geibener** Straße 40. — **Erhebung** von Postenangelegenheiten, Besetzungsmitteilungen im Parteisekretariat. — **Alle** anderen die Organisationsbesprechungen, Zusammentritte sowie Besprechungen sind zu richten an den 1. Vorsitzenden, **Johann** Geibel, L. Gindener, **Dölitz** Straße 3.

Die drohende Erkältung

bleibt aus oder verläuft harmloser, wenn bei Beginn der Verengung im Halse rechtzeitig ein paar Wyborst-Tabletten genommen werden. Sie bringen die Heiserkeit zum Schwinden und erhalten die Stimme klar und frisch. Sie sind ein unentbehrliches Hausmittel, das diejenigen, die ihre überraschende Wirkung kennen, nie im Hause sein lassen. Die Schachtel kostet in allen Apotheken 1 Mark.

Notdosen in Leipzig: Engel-Apotheke, am Markt 12; Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; **Andreas**-Apotheke, Ecke Süd- u. Moltkestr.; **Börsen**-Apotheke, Hallische Str. 12; **Eisner**-Apotheke, Waldstr. 14; **Germania**-Apotheke, Promenadenstr. 6; **Hirsch**-Apotheke, Grimmaischer Steinhof 28; **Hof**-Apotheke, Hauptstr. 9; **Johanna**-Apotheke, Gabelsberggasse 2; **Kurplatz**-Apotheke, Sternwartenstr. 39; **Mohren**-Apotheke, Patrizierstr. 17; **Ranstädter**-Apotheke, Ranstädter Steinweg 57; **Roland**-Apotheke, Ecke Bayerische und Arndtstr.; **Salomon**-Apotheke, Grimmaische Str. 17; **Sonnen**-Apotheke, Südplatz; in **Augsburg:** **Hubertus**-Apotheke, in **Berlin:** **Anna**-Apotheke; in **Göhrde:** **Schiller**-Apotheke und **Wettin**-Apotheke; in **Lindenberg:** **Carola**-Apotheke; in **Magdeburg:** **Blücher**-Apotheke; in **Paunsdorf:** Apotheke von **O. Meyer**; in **Pöppitz:** **Sophien**-Apotheke; in **Reudnitz:** **Bismarck**-Apotheke und **Osse**-Apotheke; in **Sachsen:** **Körner**-Apotheke, **Kreuzgasse** 1. In **Borna:** **Löwen**-Apotheke; in **Kerndorf:** Apotheke von **Th. Lappo**.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

20. Sitzung vom 23. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr.

Um Regierungssitze: Dr. Beck, Bithum, v. Sandewitz. Zunächst werden für die bauliche Erweiterung des Steuergebäudes in Pirna (Lit. 28a von Kap. 20 des ordentlichen Etats) nach der Vorlage die Ausgaben mit 48 000 M. bewilligt.

Darauf wird in die allgemeine Beratung eingetreten über die Entwürfe des Gemeindefeuer-, Kirchen- und Schulsteuergesetzes. Diese werden auf Vorschlag des Präsidenten zur gemeinsamen Beratung gestellt.

Minister des Innern, Graf Bithum: Das Bedürfnis nach einer Neuordnung des gesamten Steuerwesens wird allgemein empfunden. Unter der Landgemeindevorordnung sind die Gemeinden ausgeblüht, aber die Entwicklung ist über diese Bestimmungen hinweggegangen. Heute soll nun das Steuerwesen neuzeitlich geregelt werden. Ein Gesetz, das diesen Zweck erreichen soll, muß den Bedürfnissen der Steuerpflichtigen, der Gemeinden und des Staates entsprechen. Allen diesen Wünschen kann der Gesetzentwurf nur gerecht werden, wenn er die Materie in erschöpfender Weise behandelt. Der Entwurf geht von dem Grundsatz aus, nicht mit Bewährtem zu brechen, sondern an das Bestehende anzuknüpfen. Die Reform muß von dem Gegebenen aus schrittweise erfolgen. In den meisten Städten und Landgemeinden befindet sich die Steuererhebung in durchaus befriedigenden Verhältnissen. Nur diejenigen Gemeinden, die in diesem Punkte zurückgeblieben sind, sollen eingehalten werden, ein etwas beschleunigteres Tempo auf diesem Gebiete einzuschlagen. Weiter sollen aber auch die Mängel, die die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen aufweisen, beseitigt werden. Die Rechtsverhältnisse der Gemeinden sollen einheitlich geregelt werden. Vor allem soll mit der Doppelbesteuerung, die in vielen Gemeinden zu beobachten gewesen, getrieben werden. Die unvollständigen Einkommensteuertarife sollen beseitigt werden durch eine richtige Ausdehnung der Progression der höheren Einkommen. Auch soll eine Vorabsteuerung des Grundbesitzes geschaffen werden. Gewiß ist die Regelung der Meinung, daß noch in manchem Punkte hätte weiter gegangen werden können, aber gerade in der Steuerpolitik gilt die Kunst des Erreichbaren. Die Regierung würde u. a. die obligatorische Einführung der Gemeindefeuer als eine wertvolle Ergänzung des Steuerwesens der Gemeinden halten, sie steht aber davon ab, diesen Punkt weiter zu verfolgen, da zurzeit noch keine Aussicht auf seine Verwirklichung besteht. (Sehr richtig!) In der Wahl der Steuern hat der Staat den Gemeinden vollständig freie Wahl gelassen. Damit hat sich die Regierung eine große Selbstbeschränkung auferlegt, sie ist an die äußerste Grenze gegangen, was ihr mit einer wirksamen Steuerreform überhaupt vereinbar erschien. Sie glaubt deshalb, den Ständen eine Grundlage geboten zu haben, auf der eine Verwirklichung auf diesem schwierigen, aber auch sehr wichtigen Gebiete möglich ist, nicht zuletzt zum Wohle der Gemeinden. (Bravorufen.)

Auktionsminister Dr. Beck spricht zum Entwurf der Kirchen- und Schulsteuergesetze. Es handelt sich in erster Linie um eine Neuordnung der Parochiallastenerhebung vom Jahre 1888, die als veraltet erscheinen muß. Der Minister hofft, daß die drei Gesetze eine freundliche Aufnahme in der Kammer finden werden.

Hg. Wittig (konf.): Wir vertreten den Standpunkt, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden sozial als möglich geschützt werden muß, auch bezüglich der Steuererhebung. Die Befähigung in der Gemeinde ist verschieden, das von einer Schätzprüfung verlangt werden muß. Vergleicht man das vorliegende Dekret mit dem Entwurf von 1904, so muß man sagen, daß diesem Gesichtspunkte jetzt mehr Rechnung getragen wird. Wir stimmen der obligatorischen Einführung einer Vermögenswertsteuer ab, halten aber den Steuersatz von 1 Prozent zu hoch. Der Grundbesitz ist jetzt zweifelslos schon sehr belastet. Ein Beweis dafür ist, daß sich schon viele Gemeinden genötigt gesehen haben, zur Beschaffung von Wohnungen selbst Häuser zu bauen. Das nun die Beschränkung der Einkommensteuer auf 75 Prozent anbelangt, so wünschen wir, daß sowohl für die politische Gemeinde als auch für die Kirchen- und Schulgemeinde der Satz auf 85 Prozent erhöht wird. Daß eine Steuer auf Großbetriebe und deren Filialen, die Waren im Kleinhandel abgeben, zulässig ist, begrüßen meine Freunde mit Genehmigung. Der Einführung des Kinderparagrafen für die Einkommensteuer werden wir uns nicht entgegenstellen. Auch der obligatorischen Einführung der Gemeindegemeindesteuer stimmen wir unter der Voraussetzung zu, daß der im Entwurf vorgesehene Mindestsatz keine Erhöhung erfährt. Im Kapitel der allgemeinen Gemeindefeuer meinen wir weit von dem Standpunkte der Staatsregierung ab; diese Steuer wird kaum viel Freunde und Anhänger finden. Von ihr werden nur diejenigen Städte getroffen, die schon jetzt auf dem Gebiete des Steuerwesens stark in Mitleidenschaft gezogen sind. (Rufen links: So liberal?) Hinsichtlich der Kopfsteuer, die durchaus veraltet ist, stimmen wir mit der Regierung überein, daß sie nach dem Dekret nicht mehr eingeführt werden darf und dort, wo sie zu Schäden führt, eventuell zwangsweise beseitigt werden kann. Im übrigen sind wir gern bereit, an dem Zusammenkommen des Gesetzes mitzuarbeiten. (Bravo! rechts.)

Hg. Kleinhepfer (nat.-lib.): Bei allen Bedenken gegen das Dekret sind wir doch zur Mitarbeit bereit. Die Abgeordneten haben keine ausreichende Zeit gehabt, sich mit dem Entwurf eingehend zu befassen. Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen von der rechten Seite lagen sich jetzt förmlich hintereinander. (Sehr richtig!) links und in der Mitte; (Rufen rechts.) Deshalb habe ich den Wunsch meiner Freunde auszudrücken, daß künftig alle größeren und wichtigeren Vorlagen den Mitgliedern der Kammer vor oder mindestens bei Eröffnung des Landtages zugehen. Um eine gründliche Durchberatung des vorliegenden Dekrets zu ermöglichen, halten wir mindestens drei Lesungen noch für notwendig. Wir sind auch der Meinung, daß es vielleicht richtiger gewesen wäre, mit der Inangriffnahme des Schulsteuergesetzes bis nach Erledigung der Volksschulreform zu warten; jedenfalls wollen wir uns durch die Beschlässe über das Schulsteuergesetz keineswegs hinsichtlich des neuen Volksschulgesetzes in irgendeiner Weise binden. Die Vorteile der drei Entwürfe bestehen hauptsächlich darin, daß wir ein einheitliches Einschätzungsmedium und die Beseitigung der Schäden und der Unklarheiten der Doppelbesteuerung gewährt erhalten. Kirchen- und Schulsteuer sollen aber dort Eingriffe erfolgen, wo die Verhältnisse der Gemeinden geordnet sind. Inzwischen werden außerordentliche Ausnahmemaßnahmen notwendig zu umgehen sein, sie müssen jedoch auf das Mindestmaß herabgedrückt werden. Die Grundbesitzabgabe muß in erster Linie stetig bleiben und in richtigem Verhältnis zu den Pflichten und Rechten der Anfalligen stehen. Als Hauptsteuer muß für die Gemeinden nach wie vor die Einkommensteuer in Betracht kommen. Da man die Selbstverwaltung der Bevölkerung fördern soll, sind auch wir der Meinung, daß eine Vermögenswertsteuer erhoben werden kann, daß man aber nicht über 1/2 Prozent hinausgehen möchte. Sehr erfreut sind wir, daß die Hälfte die allgemeine Gemeindefeuer statt abhebt; sie würde nur Handel und Industrie in einschneidender Weise belasten. Die Kopfsteuer betrachten wir als ungerecht und unsozial. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Bezüglich des Kirchen- und Schulsteuergesetzes sind wir mit den Grundsätzen der Regierung in der Mehrzahl einverstanden, dagegen haben wir Bedenken bezüglich der Bestimmungen der Veranschlagung des Grundbesitzes anders-

Hg. Lange (Soz.): Das Bedürfnis zur gesetzlichen Neuordnung der Materie erkennen wir an. Die Entwicklung hat die geltenden Bestimmungen überholt. 1800 betrug die Gemeindefeuer in Sachsen 35 000 000 Mark, 1910 aber 102 000 000 Mark. Der Gemeindevoranschlag ist nicht nur größer geworden infolge des Wachstums der Bevölkerung, sondern der Aufwand ist auch gestiegen, der auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Die Regelung des Gemeindefeuerwesens ist erwünscht. Wir lehnen auch eine dadurch herbeigeführte Beschränkung der Gemeindeautonomie nicht grundsätzlich ab, sondern finden uns damit ab, allerdings aus andern Motiven als das Ministerium. Dieses geht von dem Standpunkte aus, die reichen Leute, das hohe Einkommen, könne zu arg herangezogen werden. In dem Dekret über die Abänderung der Landgemeindevorordnung wird auf Frankreich hingewiesen und die Ansicht vertreten, reiche Minderheiten müßten durch das Ausschlagsrecht der Beschränkung werden vor der Ausbeutung durch arme Majoritäten. Unsere Gesetzgebung garantiert den reichen Minderheiten den ausschlaggebenden Einfluß. Darum billigen wir die Beschränkung der Autonomie, weil erfahrungsgemäß die besitzenden Minderheiten, die in der Gemeindeverwaltung die Mehrheit bilden, gar zu leicht geneigt sind, die Lasten, die das öffentliche Wohl erfordert, von sich ab und auf die minderbemittelte Masse abzuwälzen. Von der vorgeschriebenen Verhältnismäßigkeit ist dabei nichts zu spüren. Und das sind nicht etwa nur arme und kleine Gemeinden, nein, auch gutsituierte gehören dazu; z. B. Annaberg, das bei einem Einkommen von 400 Mark 500 Prozent, bei 700 Mark 195 Prozent, bei 4000 Mark Einkommen aber nur 102 Prozent an Gemeindevoranschlag erhebt. Hier macht es die famose Kopfsteuer, die unten mit 4 Mark und bei Einkommen von 1400 Mark auf mit 8 Mark erhoben wird. Diesen Zuständen kann vorgebeugt werden durch die staatliche Aufsicht oder durch gesetzliche Bestimmung der Grenzlinien. Wir sind für das letztere. Darum können wir es nicht billigen, daß den Gemeinden frei stehen soll, unter 400 Mark herunterzugehen.

Im Landtage ist kürzlich einmal gesagt worden, daß ein Familienvater mit einem Einkommen von unter 900 Mark kein menschenwürdiges Dasein führen kann. Hier will man nun aber den Gemeinden sogar die Möglichkeit geben, noch unter 400 Mark herabzugehen. Die stärkere Heranziehung der unteren Einkommen ist in Sachsen durchaus nicht nötig, ist doch hier die Vermögenssteuer von 9 000 648 290 Mark im Jahre 1908 auf 9 068 847 880 Mark im Jahre 1910 gestiegen, das ist in zwei Jahren eine Zunahme des Vermögens von 68 000 000 Mark. Ebenso geht es entschieden zu weit, daß bei den 118 000 Steuerzahlern unter 1000 Mark Einkommen erlaubt wird, noch mit einer höheren Staffel heranzuziehen, als mit der Staatsstaffel. Bei dem niederen Einkommen muß doch die Steuer, so niedrig auch der Betrag sein mag, vom notwendigen abgenommen werden. Wir halten auch heute noch die progressivste Einkommensteuer für die gerechteste und in der Verwaltung praktischste Art der Steuern, weil sie der Leistungsfähigkeit Rechnung trägt. Wenn allerdings eine Differenzierung zwischen dem erwerbten und fundierten Einkommen getroffen würde, wäre dies eine wesentliche Verbesserung. Dann könnte auch die Grundsteuer fallen, denn auf verschuldeten Grund Steuern zahlen, ist eine unbillige Sache. Gewisses Einkommen, festes Gehalt, Pensionsberechtigung usw. ist steuerfähiger als das ungewisse Einkommen. Darum sind wir auch nie Freunde des vier Pfennig-Versteuern gewesen. Wir sind auch der Meinung, daß der Versuch gemacht werden möchte, das immobilität fundierte Vermögen als Einkommen besonders zu treffen. Ein Vorteil ist in der Bestimmung zu erblicken, daß das Einkommen in mehreren Gemeinden und das Einkommen von Mann und Frau von 2400 Mark an zusammengekommen und damit noch höherer Staffel versteuert werden soll.

Bei der enormen Höhe, die die indirekten Steuern des Reiches bereits erreicht haben (zirka 60 Mark pro Kopf) halten wir das Pinneisen und Hindrängen der Gemeinden auf indirekte Steuern für falsch. Zwar ist in dem Dekret der anfangs beabsichtigte Zwang vermieden worden, aber die Tendenz ist doch da. Die Umsatzsteuer auch hier noch anzunehmen, wäre unangebracht, weil sie eine weitere Vertuierung der notwendigen Lebensmittel bedingen würde. Wir sind für höhere Schulen, halten es aber für unzulässig, wenn wie z. B. in Großenhain, die Umsatzsteuer dem Kern des Brot, den Rollen usw. belastet, damit der Bessersituierte keine Kinder in höhere Schulen schicken kann. Ferner halten wir es für selbstverständlich, daß das Einkommen aus der Arbeiterversicherung steuerfrei zu bleiben hat. Die Bestimmung, daß die Amoseneinfänger keine Steuern zu zahlen haben (Heiterkeit), sollte wohl nur zur Dekorations dienen, die doch halb auch besser unterblieben wäre. Die Kopfsteuer hat natürlich wegszufallen. Einverstanden sind wir damit, daß Reichsausländer, die drei Monate lang einen Verdienst gehabt haben, zu den Gemeindevoranschlägen herangezogen werden. Kleinlich erachtet die Bestimmung, wonach die Gemeinden berechnigt sind, bis zu 75 Prozent ihres Steuerbedarfs von Einkommensteuern zu decken. In Preußen müssen die Zuschläge gleichmäßig erhoben werden und Einkommen unter 900 Mark können freigelassen werden. Unzulässig ist die Vergütung der Einkommensteuer mit der Kirchensteuer und die Einzelstellung der Schulsteuer. Als einen Versuch, bessere Verhältnisse zu schaffen, kann man es betrachten, daß die Kirche selbständig gemacht werden soll, insofern ihr besondere Steuergebiete zugewiesen werden sollen. Damit steht freilich im Widerspruch, daß die politische Gemeinde zu beschließen hat und die Kirche nur zu hören ist, daß aber bei Streitigkeiten die oberste Kirchengemeinde zu entscheiden hat. Warum läßt man, wenn man die Kirche selbständig machen will, die politische Gemeinde nicht ganz weg. Recht und billig ist das Verlangen, daß die Kirchensteuern nur von den Mitgliedern der Kirchengemeinde entrichtet werden sollen. Allerdings fehlt dann eine Deklaration, wer als Mitglied der Kirchengemeinde zu betrachten ist. Unverständlich bleibt, daß juristische Personen, die doch rechtlich neutral und religionslos sind, ebenfalls Kirchensteuern zahlen sollen.

In die kirchlichen Angelegenheiten sollte sich der Staat überhaupt nur insofern einmischen, als sie den Staat beeinflussen. Unzulässig ist, daß die Kirchengemeinden 80 Prozent, die politischen Gemeinden aber nur 75 Prozent ihres Bedarfs durch Einkommensteuer decken dürfen. Das einfachste wäre doch, die Kirche könnte ihren Bedarf gleichmäßig durch Zuschläge zur direkten Gemeindefeuer decken. Warum man die Schulsteuer extra erheben will, ist nicht einzusehen. Daß man Kirchen- und Schulsteuern, die durch das Parochiallastengesetz von 1888 verbunden sind, nicht trennt, ist natürlich. Man hätte diese Sache aber der bürgerlichen Gemeinde zuweisen sollen, wenn man schon zur direkten Staatschule nicht kommen wollte.

Wir wollten und sehr wundern, daß das Schulsteuergesetz beraten wird, noch bevor man weiß, was aus der Volksschulreform wird. Wir halten das direkt für unzulässig. Die Bildung von Rücklagen für nicht werdende Objekte, wie Schulen und dergleichen, sollte zur Pflicht gemacht werden. Ferner könnten Bestimmungen über Verwendung von Sparkastensüberschüssen noch aufgenommen werden. Wir wünschen dann auch, daß das Strafverfahren bei Steuerhinterziehung ein öffentliches sein möge. Das würde besser wirken, als die Strafen, die unter der Hand bezahlt werden. In der Deputation werden wir entsprechende Anträge stellen und versuchen, noch manche Verbesserung in das Gesetz hineinzubringen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Koch (Sp.): Aufgabe des künftigen Gemeindefeuergesetzes sollte es vor allem sein, falsche Einschätzungen unmöglich zu machen. Unsere Gemeindevoranschläge räume dem Haus- und Grundbesitz ein außerordentliches Privileg ein, was sehr leicht zu einer Interessenpolitik führt. Immerhin halten wir den vorliegenden Gesetzentwurf

für besser als den früheren. Mit der Ablehnung der Gemeindefeuer sind wir einverstanden, ebenso damit, daß die Ergänzungsteuer nicht den Gemeinden zugänglich gemacht wird. Auch die andern Sondersteuern lehnen wir ab, die Umsatzsteuer lehnen wir rundweg ab. Große Bedenken hegen wir auch gegen die Erhöhung der Staatsstaffel bei den unteren und mittleren Einkommen, dagegen stimmen wir der Vermögenswertsteuer und der Grundsteuer zu. Bedenklich erscheint es uns auch, daß die Regierung ermächtigt wird, von den Bestimmungen des Gesetzes Dispens zu erteilen. Ein solches Recht sollte dem Landtage vorbehalten bleiben.

Hg. Dr. Mangler (konf.) spricht über das Schul- und Kirchensteuergesetz, dem seine Freunde im großen und ganzen sympathisch gegenüberstehen.

Hg. Polern (nat.-lib.) äußert verschiedene Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gemeindefeuergesetzes, wendet sich u. a. gegen eine Vorabbelastung des Grundbesitzes und gegen die Kopfsteuer.

Hg. Nitzsche (Soz.): Wir nehmen zum Kirchensteuergesetz eine ablehnende Haltung ein, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß die Kirche durch freiwillige Beiträge die Mittel, die sie braucht, selbst aufbringen soll, daß der Staat aber keinerlei Zwang auf die Staatsbürger ausüben hat. Wenn man den guten Willen gehabt hätte, würde die ganze Materie durch ein Gesetz geregelt werden können. Der Staat weist den Gemeinden immer neue große Aufgaben zu, fragt aber nicht danach, wie sie die Mittel hierfür aufbringen können. Aber gerade die ärmeren Klassen der Bevölkerung sind es, die ein Interesse an dem Ausbau der sozialen Einrichtungen haben. Wir sind grundsätzlich der Ansicht, daß die gesetzliche Neuordnung des Gemeindefeuerwesens nicht nur angebracht, sondern geradezu notwendig ist, bestehen doch hier noch heute in vielen Gemeinden arge Mängel infolge Ausgestaltung der Ortsteuerverordnung, die die ärmeren Klassen besonders belastet; vielfach hat man auch noch rückständige Steuern, die nicht mehr in unsere heutige Zeit passen. Wir geben nun zu, daß die Vorlage, wegen ihr noch so viele Mängel anhaftet, geeignet ist, die ärgsten Mängel und größten Schäden zu beseitigen. Die wesentlichste Bestimmung ist die Anwendung des Staatseinkommensteuertarifs für die Gemeindevoranschläge, wenn sie nicht dahin geändert würde, daß für die unteren Einkommen eine höhere Besteuerung zugelassen wird als für die bei der Staatseinkommensteuer.

Das Bild, welches die Regierung in der Begründung des Entwurfs von den Zuständen in den Gemeinden entwirft, erhebt unangenehme Perspektiven und zeigt, daß viele Gemeinden selbst bei äußerster Anspannung aller Kräfte nicht den unbedingt notwendigen Aufgaben gerecht werden können. Führt doch die Regierung selbst einen Fall an, in dem eine Ueberlastung der Gemeindevoranschläge von 500 Prozent vorliegt, also wo fünfmal mehr Gemeindevoranschlag erhoben wird, als das Staatseinkommensteuertarif beträgt. Die Durchföderung des Staatseinkommensteuertarifs hat die Regierung nun damit begründet, daß vielfach die Einkommen so klein sind, daß es den Gemeinden unmöglich wäre, namhafte Steuerbeträge zu erheben. Dieses Argument beweist aber, daß in vielen Gemeinden die Armut sehr groß und die Leistungsfähigkeit sehr klein ist.

Das kann nun dieses Gesetz diesen notleidenden Gemeinden für Hilfe bringen? So viel Zeit, Mühe, Arbeit und Sachkenntnis auch aufgewendet worden ist, so wird doch dem schlimmsten Uebelstande, der Ueberlastung vieler Gemeinden bis zum Zusammenbruche, doch nicht entgegengetreten, obgleich das Gesetz in erster Linie sein Augenmerk auf diesen Krebsknoten der Gemeinden hätte richten müssen. Das Gesetz enthält also nicht bloß eine Lücke, sondern verlagert geradezu in einer ignominösen Frage. Gewiß können sich hier viele Schwierigkeiten ergeben, bei einem ersten Willen würde sich aber doch ein Weg gezeigt haben. Wir haben im letzten Landtage den Antrag gestellt, daß der Staat den ärmsten Gemeinden die Schullasten abnehmen soll, der indessen keine Annahme gefunden hat. Nach unserer Ansicht hätte das Gesetz auch davon ausgehen müssen, daß die Gemeindevoranschläge vom Staate nach einheitlichen Grundätzen erhoben werden, um sie dann an die Gemeinden nach dem Verhältnis abzugeben. Jetzt liegen die Verhältnisse so, daß, wer das Glück hat, in einer wohlhabenden Gemeinde zu leben, vielleicht die Hälfte der Staatseinkommensteuer zahlt, während andr: in der gleichen Lage, aber in armen Gemeinden, das drei- und vierfache der Staatseinkommensteuer zahlen müssen. Das ist eine Ungerechtigkeit. Die Vorlage macht keinen Versuch, diesem Uebelstande zu begegnen, sie schreibt vor, daß die Gemeinden eine Umsatzsteuer, Vermögenssteuer, eine höhere Progression usw. einführen können, aber was sollen diese Bestimmungen den Reichen und armen Gemeinden nützen, die keine hohen Einkommen usw. haben? Wir sind auch für einen Staatszuschuß für Schulen, Armeen und Wegebauschüsse im Verhältnis der Aufgaben zur Leistungsfähigkeit. Wir werden versuchen, bei der Spezialberatung unsere Anträge in der Vertretung zu verhandeln und den Uebelständen der Gemeinden so viel als möglich beizukommen.

Ein andrer Uebelstand ist die Schuldenwirtschaft der Gemeinden. Die Politik der bürgerlichen Gemeindevoranschläge läuft ja darauf hinaus, möglichst niedrige Steuern zu haben. Die Folge ist, daß die Gemeinden, wenn große Aufgaben an sie herantreten, Schulden machen müssen. Wenn auch an der Schuldenwirtschaft oftmals die geringe Leistungsfähigkeit der Gemeinden schuld sein mag, so werden diese Verhältnisse durch Schuldenmachen doch nur noch schlimmer. Hier kann Abhilfe durch Fondsabhebung geschaffen werden. Ueber die Verrechnung der Sparkastensüberschüsse schweigt sich der Gesetzentwurf ebenfalls aus. In vielen Gemeinden wird aber geradezu ein Mißbrauch mit diesen Sparkastensüberschüssen getrieben, man verwendet sie ganz nach Belieben an hauswirtschaftlichen Zwecken, obwohl sie ihrer ganzen Natur nach nur gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken dienen sollen. Zur Grundsteuer, die von konservativer und zum Teil auch von nationalliberaler Seite angegriffen worden ist, ist zu bemerken, daß die Bestimmung im § 48 sehr mißlich ist. Die Gemeinden besitzen vielfach jetzt bereits höhere Grundsteuern, als sie das Dekret vorsieht, bleibt es nun bei der Bestimmung, so können sie die Grundbesitzer mehrheiten in den Gemeindevoranschlägen leicht zum Vorwand nehmen, die Grundsteuer in den Gemeinden zu erhöhen. Daß es dazu kommt, wünscht wohl niemand von uns. Wir meinen, daß hier mit dem Steuersatze noch etwas höher gegangen werden könnte.

Recht unklar ist die Bestimmung, daß die Gemeindevoranschläge, wenn sie mehr als 175 Prozent des Staatseinkommensteuertarifs betragen, der ministeriellen Genehmigung bedarf. Welchen Zweck hat diese Bestimmung? Es ist doch bekannt, daß die meisten Arbeitergemeinden eine höhere Gemeindevoranschlagsteuer als 175 Prozent haben! Die Bestimmung bedeutet also, daß künftig sehr viele Gemeinden zur Erhebung der Einkommensteuer die Genehmigung der Regierung einholen müssen. Man kann sich die Sache nicht anders erklären, als daß die Regierung Hintergedanken hat, sie will die Einkommensteuer schon im Interesse des Staates. Offenbar will sie den betreffenden Gemeinden besonders Bedingungen auferlegen, will sie einen Druck ausüben, daß zwar alle indirekten Steuern angewendet werden. Dadurch werden die Schwierigkeiten dieser Gemeinden natürlich nur noch wesentlich erhöht. Mit einer Betriebssteuer für Schantworte können wir uns nicht einverstanden erklären, der Gastwirtsstand ist ohnedies schon sehr belastet. Eine besondere Schulsteuer halten wir nicht für erforderlich, ebensowenig wie besondere Schulgemeinden, sie würden auch nicht nötig sein, wenn man sich entschließen könnte, die Konfessionsschule zu beseitigen. Das ganze Schulwesen würde sich dann einfacher und zweckmäßiger gestalten lassen. Wir sind auch gegen die Einführung von Verbrauchsabgaben jeder Art. Leider läßt die Vorlage die Biersteuer zu und auch eine Kopfsteuer soll kommen. Die ganze Vorlage zeigt eben die Tendenz, die hohen Einkommen

möglichst zu schonen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß man die Einkommensteuer zur Hauptsteuer machen soll. Redner polemisiert dann gegen die Hg. Dr. Rangler und verlangt Befreiung der Dissidenten von der Kirchensteuer.
 Abg. Dr. Roth (Sp.) meint, die eigentümliche Tatsache, daß das Volksschulgesetz später kommt als das Schulsteuergesetz, gebe zu Bedenken Anlaß.
 Ein Antrag auf Schluß der Debatte — es ist noch circa ein Dutzend Redner gemeldet — wird gegen drei Stimmen angenommen. Die beiden Dekrete gehen an die Gesetzgebungsdeputation. Es finden noch zwei Sitzungen statt.
 Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.
 Nächste Sitzung: Mittwoch vorm. 11 1/2 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnangelegenheiten.

7347,07 Mk.; mithin bleibt ein Bestand der Lokalkasse von 20760,94 Mk. Die Kasse ist von den Revisoren revidiert und für richtig befunden worden. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1911 lag gedruckt vor. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Verwaltungsmitglieder. Nach kurzer Debatte wurden die alten Kollegen wieder gewählt. Der Antrag der Verwaltung auf Einstellung eines dritten Beamten brachte eine sehr rege und lange Debatte, so daß der Antrag des Kollegen Herrn. Schumann, die Punkte 3, 4 und 5 der Tagesordnung wegen der schon weit vorgeückten Zeit zur Fortsetzung dieser Generalversammlung bis nach der Reichstagswahl zu vertagen, einstimmig angenommen wurde. Ebenso wurde der Antrag der Verwaltung: an Gewerkschaften, die im Streit sind und dazu noch Geld brauchen, Darlehen in Höhe bis 10000 Mk. verzinsbar zu gewähren, einstimmig angenommen. Die Fortsetzung der Generalversammlung wird nach Ende dieses Monats sein.

ist zu verzeichnen: für die Hauptkasse 5617,35 Mk., für die Ortskasse 2828,50 Mk., an Ausgabe: für die Hauptkasse 2402 Mk., für die Ortskasse 1828,00 Mk. An Unterstüßungen wurden ausgezahlt: Reiseunterstützung 600 Mk., Kranken- und Erwerbslosenunterstützung 1105,20 Mk., Gemahregeldunterstützung 100,20 Mk. Mitglieder wurden 192 aufgenommen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 419 beträgt. Durch das Agitationskomitee wurden 117 Mitglieder gewonnen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Ritter, Heymeß, Paul, Springfeld, Eppstein, Herr, Drehschmitt und Herrmann. Kartelldelegierter ist Diege. Im Gauvorstand sitzen die Kollegen Rudolph, Bedel und Apel. Zur Gaukonferenz wurde Ritter delegiert. Unter Verschiedenes gab Bennegold bekannt, daß in Kleinschöcher sämtliche Unternehmer Tariferträge unterbreitet worden sind. Die Unternehmer lehnen aber bis heute sämtliche Forderungen ab. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, weitere Schritte einzuleiten. Der Lichtbildvortrag hat einen Ueberlauf von 25 Mk. gebracht. Am Montag, den 5. Februar, findet im Zivolt eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Emil Weil aus Frankfurt referiert. Auf Antrag Pauls wurden den Kassierern 5 Prozent für die Beitragsabfertigung gewährt.

Bereine und Berammlungen.

Die Fabrikarbeiter
 hielten im Volkshause eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß im letzten Quartal wiederum vier Kollegen und zwei Kolleginnen verstorben sind. Die Ehrung geschah in üblicher Weise. Nachdem Kollege Düppner den Bericht über die Agitation im letzten Jahre erstattet hatte, gab Kollege Bodenstein den Kassenbericht. Die Einnahme der Hauptkasse im letzten Quartal beträgt 2587,15 Mk. Demgegenüber ist eine Ausgabe für Kranke und Arbeitslose von 1030,45 Mk., für Meise-, Rechtschutz-, Umzugs- und Sterbegeld sowie für den Anteil an die Lokalkasse 4480,20 Mk. zu verzeichnen. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt inkl. des Kassenbestandes vom 3. Quartal 34117,01 Mk. Die Ausgabe im letzten Quartal beträgt

Fleischer.
 In der am 17. Januar im Volkshause abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Rudolph den Jahresbericht. Er bemerkte, daß sich die Zahlstelle trotz einiger Krisen sehr gut entwickelt habe. Leider sei es auch zu einem ersten Konflikt gekommen, in dem der Vorsitzende sein Amt niederlegte. Durch intensive Arbeit gelang es, auch diese Scharte auszuweichen. Im Laufe des Jahres machte es sich infolge Ueberhäufung der Arbeiten des Vorstandes notwendig, einen Beamten anzustellen. Durch Lohnbewegungen gelang es, sieben Tariferträge abzuschließen. Infolge der Lohnbewegungen hatten einige Unternehmer Schadenersatzklagen angehängt. Auch mußten einige Kollegen ihre Arbeit für die Organisation mit Haftstrafen büßen. Abgehalten wurden 20 Vorstandssitzungen, 12 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen, sowie einige Vertrauensmännerversammlungen. Kollege Bennegold gab den Kassenbericht. An Einnahme

Die Fabrikarbeiter Markantstädts
 hielten am 18. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer, der den Kassenbericht vom 4. Quartal gab, wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Hierauf entspann sich eine heftige Debatte wegen des Geldes, das wir der Hauptkasse noch schulden. Kollege Gämisch beantragte, das Geld binnen 14 Tagen abzuschicken. Dem wurde aber nicht stattgegeben. Kollege Wigel erklärte, daß das Geld bis zum nächsten Quartal abgesandt wird. Als Kartelldelegierter wurden die Kollegen Wigel, Roth, Zille, Hufe, Kollhardt und Steuer gewählt.

Persil

das selbsttätige **Waschmittel!**

Wer seine Wäsche schonen und ihr größere Gebrauchsdauer sichern will, nehme zum Waschen nichts anderes als Persil, das bewährte, selbsttätige, unschädliche Waschmittel von Millionen Hausfrauen. — **Erhältlich nur in Original-Paketen.**

Der Washtag bringt Ihnen keinen Ärger mehr!

Persil wäscht ganz von selbst! Die Wäsche wird eingesetzt, etwa 1/4—1/2 Stunde gekocht und gut ausgespült; sie ist dann fertig, blütenweiß wie auf dem Rasen gebleicht.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten **Henkel's Bleich-Soda.**

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Kleiner Anzeiger

Verkäufe
Seltenes Angebot.
 Flottgehendes **Produkten-Geschäft**
 mit 1- bis 2mal wöchentlichem Schlachten, ohne Konkurrenz, in beliebiger Fabrik, Lage Pl. Lindenau (Nähe Sad) ist günstig wegen anderer Unternehmen zu verkaufen. Off. unt. **S. P. 100** Filiale d. Volkshaus, Lindenau.

Ausstattung
 und einzelne Möbel, Sofas, Trum., Bild., Bttst. lief. Lendel, U. Arelenstr. 4.

Spiegel!
 Große Pfeilspiegel, v. 5 an, wirklich feine gr. Trum.-Spiegel. **28 A**, spottb. zu verk. **Nürnberg Str. 16, L.**

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, billigsten Preisen. Klisch., Klagenstr. 35b, k. Lad.

Neue u. geb. Möbel, Spiegel, Polsterwaren, ganze Ausstattg., sehr bill. **Neu-Möbeln**, Solbbedingstr. 31, **Werner.**

Vitrage
 bill., crème u. weiss gestreift, fert. Fenster **3 A** Gardinen, Netze sehr billig.

Elisab. Heidorn Dorotheenstr. 2.
 Best. getr. Girah. u. Wallf. sow. Garder. all. Art spottb. Neue Kost. u. Kleid. i. a. Farb. El. Mäntel, Jacketts, Pelzboas sow. Gef.-Käufe all. Art teils z. halb. Pr. Waschengard. bill. zu verk. u. z. verl. **Schröders Damen-Monats-Garderobe** Wächterstr. 24 II., kein Laden.

Trauringe
 massiv Gold von 4 an.

Gustav Kaniss
 Tauchaer Strasse 6.
 10 Proz. Rabatt. [11332]
 Hygienischen Bedarf
 verl., Anw. lib. Berwend. gibt Fr. Ida Becker, Konradstr. 70, I., abds. 6-8 auf Wunsch i. 98. Reisekörbe, Popp, Panorama.

Aquarien
 Terrarien, Fische, Pflanzen, Zubeh. enorm bill. **Rob. Waldmann**, Dufourstr. 21, Tel. 13050. Preisliste gratis. **40** Zengals-Koplen **40** Tachy, Windmühlstr. 33.

Singer-Nähmaschinen
 v. 15. A. a., gr., s. v. l. b. **Schub. Petersstr. 34, D.**

Allo Schallplatten
 Fabrikate **25 1/2**, cm Dopp. Pl. v. 75 an, Sprechapp., Spielb., Pianos zu Fabrikpreisen, Gehäuse, Tricht., Lauswerke, Ersatzteile u. Rep. Bill. Preise am Plage. **Aue Eberhardstr. 5, Tel. 5001.**

Mandolinen und Zithern
 billigst. Unterricht frei! **Grimmischer Steinweg 14, I. Etage.**

Zusatzförmiges Klavier 50 A
 Lind., Diakonissenstr. 8, I. I.

Grammophon, Schallplatten
 Schallböden, Nadeln, sowie sämtl. Bedarfsart. Reparatur. an Spielböden u. Sprechmisch. Rein Lad., daher äußerst bill. **Markklooberg, Born. St. 20, I.**

Stüh. u. Piegew. bill. zu verk.
 Gehls., Cöthner Str. 23, I. 20.

Guterh. Ofen billig zu verk.
 E. Schitt., Kirchstr. 20a, pt. I.

Zoologische Handlung
Otto Jäger
 Plagwitz, Fischeherstraße 8.
 Gde. Fröbelstr. 1.

Vogelfut.
 aller Art, Aquarien, gr. Answ. in Vogelkäfigen, Züchtereier, edl. Kanar.

Ausw. präw. Kanar., hochf. Som. Mühl., sow. a. Cpa. Vogelf., prakt. Käf. v. 20 an, Almel., Eier, Mehlw. empf. **Werkh. Vogelf., Dblg., Jauerstr. 11**

1 Dekbauer (teilig) zu verk.
 Selterh., Eblischstraße 8, I. I.

Manarienth. v. 6 A. u. g. Judt.
 weibch. Vi., Klopstockstr. 12, I. *

Billiges Angebot!

Billiges Angebot!

Maskenkostüme
 In allen Arten in sehr grosser Auswahl ::

Antertigung
 von ganzen Kostümen innerhalb 24 Stunden

Karneval 1912!

Maskensamt alle Farb. Mtr. 78	Lahnband Gold u. Silber Mtr. 2-9
Maskenatlas alle Farb. Mtr. 45	Glitzerborte Gold u. Silb. Mtr. 65
Gold- u. Silberstoff Mtr. 1.10 95	Diademe Stück 18 60
Schärpenstoffe gestr. Mtr. 1.35 95	Münz.-Halsk. u. Armbrd. St. 15
Tarlatans alle Farben . Mtr. 14	Münzen einz., Gold u. Silb. Dtzd. 3
Clown-Stoffe Figurendessins Meter 45	Satins Riesensatins Meter 65
Bauerntücher in Satin, Mussellin und Kattun Stück von 45	Tirolerhüte in grosser Auswahl, Filz Stück 1.35 1.25 90
Miederverschnürungen Gold und Silber Stück 78 48	Domino-Masken alle Farben, mit Behang Stück 48 38 28
Domino-Masken alle Farben Stück 38 18	Gaze-Masken in grosser Auswahl Stück 48 38 25
Gaze-Masken in grosser Auswahl Stück 48 38 25	Charakter-Masken elegante Neuheiten Stück 1.45 95 65
Nasen in Papier und Wachs Stück 28 10	Musikinstrumente (Pappe) Stück 48 38 22
Papiermützen hübsche Dessins, gut sortiert Stück von 2 an	Konfetti in Tüten, staubfrei 3 Pakete 10
Konfetti in 1/2-Pfund-Beuteln Stück 28	

Enorme Auswahl sämtl. Karnevalartikel, Radau- und Ulk-Gegenstände, Luftschlangen und Girlanden in besonders preiswerlen Ausstattungen.

Gastwirte und Vereine 10 Prozent Rabatt!

Gebr. Joske Leipzig

Windmühlstr. 4-12

Nebenverdienst.
 Eine der ältesten und größten deutschen **Feuer-Versicherung-Gesellschaft**, welche bereits bestens eingeführt ist, sucht noch einige [1251*]

Vertreter
 gegen Gewährung höchster Provisionen. Offerten werden unter **B. 199** an **Hausenstein & Vogler, Leipzig**, erbeten.

Hiesige Färberei u. Chemische Wäscherei
 sucht für Ostern 1912 einen Sohn achtbarer Eltern als **Lehrling**
 zur gründlichen Erlernung der Branche. Offerten unter **N. P. 352** an **Invaliddank, Leipzig**, erbeten.

Lernende
 Junge Mädchen, welche Ostern die Schule verlassen, finden in unserer **Blumen- und Federfabrik** gegen sofortige Vergütung dauernde Stellung. [1818*]

Tobias & Schmidt, Dresdner Straße 1, II.

Patentbureau
Anger & Ullrich, Grimmischer Steinweg 16, prüfen Ideen kostenlos. **Vorzügliche Verwertung.**

Kaufgejuche
 Ausgekämmtes Damenhaar kauft stets zu höchst. Preisen **Friseur Schönbrodt, Quers. 33, I.**

Haare kauft **H. Sturm**, Klisch., Glessorstr. 53.

Unterricht
Tanz-Schnellkurs Beg. am 1. und 5. Februar, abends 7/9 Uhr, f. **Walzer u. Rheinländer**. Honor. 8 A. Dauer 6 Wochen. **A. Matthias**, Köalgt. 7, Tr. C, I.

Arbeitsmarkt
Lastantoführer sof. gef. Angeb. mit Lohnford. u. **M. T. 344** an **Invaliddank, Leipzig**

Frauen und Mädchen
 w. d. Maschinenstricken erlern. woll., erh. Hausarb. d. ganze Jahr hindurch, a. auswärts. Stundenl. 20-30 Agaram. Maschine w. gettes. Ausf. bereit. **W. Paul Krause**, Strumpffb., Leipzig, Grimm. Str. 22, I. *

Perfekte [1274]
Woll- u. Lumpen-Sortierer in **W. Stumpf, Gerberstr. 12**. Welt. unabh. f. Frau z. Führ. eines Klein. Haush. gef. Lind., Gäntherstr. 16, I. I. 9. m. 9-12 U.

Klavierspieler
 zum **Bockler-Fest** gesucht **Berliner Straße 52.**

Bilbig leicht man **Maskenkostüme** jeder Art und bei **Todt, Gohls**, **gul: Drachenfeld, 3. Et.**

Masken-Kostüme!
 verleiht billigst [902*] **A. Kitzing** **Surprinzstraße 22, L**